PROTOKOLL

über die 25. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 12. Dezember 2024, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:
Ing. Markus Vogl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:
Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA
Dr. Michael Schodermayr
Dr. Helmut Zöttl

STADTRÄTE:
Mag. Katrin Auer
Christian Baumgarten
Evelyn Kattnigg, BA (FH)
(ohne GR-Mandat)
Ing. Judith Ringer

GEMEINDERÄTE:
Rudolf Blasi
Prof. Mag. Andreas Brandstetter
(bis 15:00 Uhr - inkl. Abstimmung TOP 8)
Patrick Breitwieser
Tina Forster
Pit Freisais
Julia Granegger
Julia Greger
Rosa Hieß
Ing. Franz-Michael Hingerl
Stefanie Hofstätter
Thomas Kaliba
Heidemarie Kloiber
David König
DI Harald Peham
Uwe Pichler
Ruth Pohlhammer
Mag. Kurt Prack
Mag. Irene Pumberger
Sevil Ramaj
Alexandra Riedl
Evelyn Schröck
Martin Schröder
Dr. Markus Spöck, MBA
Dominik Steinmayr
Georg Stimeder, BA
Jürgen Unger
Lisa Wesp, BSc MSc
Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VOM AMT:
Dr. Martina Kolar-Starzer
Dr. Carsten Roth
Dr. Manfred Hübsch
Mag. Dr. Hansjörg Rangger
MMag. Dr. Bernhard Bräuer
Techn. GF OBR DI Anita Schürrer-Wizani
Thomas Schwingshackl, MBA
Mag. Bylbyl Mehmeti

ENTSCHULDIGT:
GR Prof. Mag. Andreas Brandstetter *ab 15:00 Uhr*
GR Christian Royda

PROTOKOLLFÜHRER:
Dr. Martina Kolar-Starzer
Martina Straßer

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
   FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG,
   DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) AKTUELLE STUNDE

5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES
   gem. § 54 Abs. 3 StS

6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1)	**2024-405086**	**Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr; Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2023/24 und Auszahlungen Endabrechnung im Dezember 2024. ..... 8**
2)	**2024-385445**	**ÖRK, Bezirksstelle Steyr-Stadt – Behindertenfahrdienst Förderung 2024. ..... 9**
3)	**2024-364684**	**Caritas Familienhilfe – Leistungsvereinbarung 2025. ..... 10**
4)	**2024-386551**	**Tarif- und Gebührenordnung für die Alten- und Pflegeheime Steyr, Anpassung ab 1.1.2025. ..... 11**
5)	**2024-347202**	**Neubau Aussichtsterrasse Neutor. 12**
6)	**2024-359908**	**Kanalisation Stadt Steyr, Einzugsgebiete Ennsleite, Ennsdorf und Neuschönau; Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für Kanal Erneuerungen, Renovierungen und Reparaturen der Schadensklassen 3 / 4 / 5. ..... 13**
7)	**Abfall-8/2016**	**Reststoffdeponie der Stadt Steyr, Oberflächenabdeckung, Mehrkostenforderungen, Nachtragsangebote. 14**
8)	**Pers-303/21**	**Zusammensetzung des Personalbeirates – Änderung aufgrund der neuen Geschäftseinteilung des Stadtsenates. 20**
9)	**2023-392373**	**2. Novelle Kanalgebührenordnung der Stadt Steyr. 21**
10)	**2023-392172**	**1. Novelle Wassergebührenordnung der Stadt Steyr, gültig ab 01.01.2025. ..... 31**
11)	**2022-806248**	**Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr ab 01.01.2025. ..... 36**
12)	**2024-166937**	**Neufassung der Lustbarkeitsabgabeordnung ab 01.01.2025 (Enderledigung). 38**
13)	**2024-391780**	**Aufnahme eines Kontokorrentkredits mit Kreditrahmen (Kassakredit) für den Zeitraum 2/2025 bis 12/2025; qualifizierte Beschlussfassung erforderlich. 49**
14)	**2023-388904**	**Darlehensaufnahme für das Haushaltsjahr 2024; 2/3-Mehrheit erforderlich. 50**
15)	**2024-342300**	**Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 2025. ..... 51**
16)	**2024-342300**	**Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2025-2029. ..... 87**

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:

1) 2024-405086 Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr; Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2023/24 und Auszahlungen Endabrechnung im Dezember 2024.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

2) 2024-385445 ÖRK, Bezirksstelle Steyr-Stadt – Behindertenfahrdienst Förderung 2024.

3) 2024-364684 Caritas Familienhilfe – Leistungsvereinbarung 2025.

4) 2024-386551 Tarif- und Gebührenordnung für die Alten- und Pflegeheime Steyr, Anpassung ab 1.1.2025.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

5) 2024-347202 Neubau Aussichtsterrasse Neutor.

6) 2024-359908 Kanalisation Stadt Steyr, Einzugsgebiete Ennsleite, Ennsdorf und Neuschönau; Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für Kanal Erneuerungen, Renovierungen und Reparaturen der Schadensklassen 3 / 4 / 5.

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN MAG. KATRIN AUER:

7) Abfall-8/2016 Reststoffdeponie der Stadt Steyr, Oberflächenabdeckung, Mehrkostenforderungen, Nachtragsangebote.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

8) Pers-303/21 Zusammensetzung des Personalbeirates – Änderung aufgrund der neuen Geschäftseinteilung des Stadtsenates.

9) 2023-392373 2. Novelle Kanalgebührenordnung der Stadt Steyr.

10) 2023-392172 1. Novelle Wassergebührenordnung der Stadt Steyr, gültig ab 01.01.2025.

11) 2022-806248 Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr ab 01.01.2025.

12) 2024-166937 Neufassung der Lustbarkeitsabgabeordnung ab 01.01.2025 (Enderledigung).

13) 2024-391780 Aufnahme eines Kontokorrentkredits mit Kreditrahmen (Kassakredit) für den Zeitraum 2/2025 bis 12/2025; qualifizierte Beschlussfassung erforderlich.

14) 2023-388904	Darlehensaufnahme für das Haushaltsjahr 2024; 2/3-Mehrheit erforderlich.
15) 2024-342300	Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 2025.
16) 2024-342300	Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2025-2029.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR Martin Schröder
GR Uwe Pichler

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

Ich darf die Sitzung des Gemeinderates hiermit eröffnen. Darf feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen worden ist und die Beschlussfähigkeit vorliegt. Für die Protokollprüfung wurden vorgeschlagen Gemeinderat Martin Schröder und Gemeinderat Uwe Pichler. Beide nehmen natürlich gerne an. Entschuldigt für die heutige Sitzung ist Gemeinderat Christian Royda und berufsbedingt etwas frühzeitig muss uns eventuell Gemeinderat Mag. Andreas Brandstetter verlassen, sollte die Sitzung länger dauern.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Herr Gemeinderat Christian Royda hat am 7. November 2024 mehrere Anfragen eingebracht. Aufgrund des Umfanges der Anfragen werden diese gemäß § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates schriftlich beantwortet werden.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

Gleich einmal zu Beginn, für all diejenigen die heute hungrig zur Sitzung gekommen sind, es wird im Anschluss wieder einer Tradition gemäß Reiterweckerl geben. Ich glaube das ist auch eine immer schöne Tradition, die letzte Sitzung zum Jahresende auch ausklingen zu lassen. Was ebenfalls sehr erfreulich ist, der Advent in Steyr läuft hervorragend. Am 22. November war die Eröffnung auf der Promenade. Wir haben viele neue Formate geschaffen in Steyr. Gerade das Adventdorf am Stadtplatz, glaube ich, erfreut sich großer Beliebtheit. Aber auch der Kunst-Adventmarkt in den Schlossgalerien ist wirklich einen Besuch wert und viele, viele andere Veranstaltungen. Das Steyrer Christkind ist auch sehr fleißig in der Vorweihnachtszeit unterwegs. Und was uns auch besonders freut natürlich, dass die Steyrtalbahn hier gerade in dieser Jahreszeit ein Besuchermagnet ist.

Besonders hinweisen möchte ich auf unser Kulturangebot, auch in der Weihnachtszeit. Es findet traditionell das Weihnachtssingen in der Marienkirche statt, wo am 15. und 22. Dezember, jeweils um 16:30 Uhr, hoffentlich dann sehr vorweihnachtliche Stimmung aufkommt. Hier singen verschiedene Chöre und das ist wirklich schon ein Fixpunkt in der Adventzeit auch in Steyr. Ebenfalls ein Fixpunkt, einer für die Harten sage ich, Weihnachtsschwimmen in Steyr. Traditionell gehen am 14. Dezember die Schwimmer in die Enns, bei durchaus, glaube ich, beeindruckenden niedrigen Temperaturen. Aber auch das ist etwas, was dazugehört in Steyr und was viele Besucherinnen und Besucher auch in die Innenstadt lockt. Was auch eine schöne Tradition und ein schöner Brauch ist, dass es einen Sonderzug der Steyrtalbahn gibt, am 24. Dezember. Ab heute gibt es ja hierfür die Tickets und ist immer sehr, sehr schnell auch ausgebucht. Und ich freue mich, dass dieses Angebot für die Kinder und Familien hier in unserer Stadt so gut ankommt.

Ebenfalls erwähnen darf ich, dass die neue Radfahrüberfahrt bei der Ennser Straße offiziell eröffnet worden ist. Auf Höhe Spar ist eine zusätzliche Möglichkeit geschaffen worden, hier vom Radweg, der von Dietach kommt, über Gleink in den Resthof zu wechseln. Ein Maßnahmenpaket aus der letzten Periode noch, wo wir die Radrouten festgelegt haben. Und hier ist

ein weiterer Lückenschluss im Radfahrnetz der Stadt Steyr erfolgt. Etwas unerfreulicher, und gleichzeitig haben wir hier sehr viel Glück gehabt, war der Unfall auf dem Gelände der Stadtbetriebe. Hier hat ein LKW unserer eigenen Kommunalbetriebe das Dach der Tankstelle mitgenommen, es war auch ein Beifahrer im Fahrzeug. Unser Glück war, dass zum Glück die Fahrzeuge so gebaut sind, dass sie einer solchen Belastung standhalten und gleichzeitig niemand sich im Umfeld der Tankstelle aufgehalten hat. Natürlich ist hier ein großer Sachschaden entstanden, aber ich glaube wir alle wären mehr betroffen, hätte es hier Personenschaden gegeben. Wir werden jetzt schauen, wie rasch hier auch eine Lösung gefunden werden kann.

Es war auch letztens erst ein Bericht zum Thema Drogenkonsum in Österreich, wo auch Steyr mit vorgekommen ist, weil wir eine der wenigen Bezirksstädte sind, die auch am Abwassermonitoring teilnehmen. Ich glaube es war ein sehr eindrücklicher Bericht, der, glaube ich, viel aufgezeigt hat, was notwendig ist, um in diesem Bereich auch agieren zu können. Darum sind wir auch stolz darauf, dass wir hier in Steyr bereits seit 20 Jahren das Netzwerk Flow akut haben. Und hier hat eine wirklich sehr beeindruckende Feier stattgefunden, um dieses Netzwerk für Suchtprävention auch in den Vordergrund zu rücken. Und auch aktuell noch 16 Tage gegen Gewalt an Frauen, Orange the World, und auch Steyr ist dabei, wir beleuchten eine Brücke und der Frauenausschuss hat auch mit mehreren Aktionen auf diese wichtige Initiative hingewiesen.

Ebenfalls sehr erfreulich ist, dass wir jährlich besondere Leistungen im Bereich des Denkmalschutzes würdigen dürfen. Steyr ist nun einmal eine der Städte mit den meisten Baudenkmälern. Und es war wieder eine sehr beeindruckende Feier, die wir hier im Steyrer Rathaus erleben haben dürfen. Und es waren auch wieder beeindruckende Leistungen, die hier vor den Vorhang geholt worden sind. Und es ist immer wieder schön zu erleben, mit wieviel Herzblut hier einzelne Objekte dann auch saniert werden. Und auch das handwerkliche Geschick, das ja auch bei uns ausgezeichnet wird, dass man das auch ein bisschen stärker beleuchtet. In Vorbereitung sind wir für die Verleihung der Ehrenzeichen, des Ehrenringes. Wir haben ja bei der letzten Sitzung hier einstimmig diese Verleihungen beschlossen. Diese werden dann morgen über die Bühne gehen in einem Festakt des Gemeinderates. Und ich glaube auch darauf freuen wir uns schon gemeinsam. Und so mein persönliches Highlight des heurigen Jahres, aber ich glaube es wird erst im nächsten Jahr so richtig dann auch nutzbar, ist die Eröffnung des Paddlerweges, diese neue Liegefläche, die hier entstanden ist. Und die aus meiner Sicht sicher im nächsten Jahr sehr gut frequentiert sein wird. Aber es ist auch jetzt in dieser Jahreszeit schon durchaus schön, hier am Wasser zu stehen und diese Fläche dort zu nutzen.

Wir wissen, und wir kommen nun zu den Arbeitslosenzahlen, dass diese alles andere als erfreulich sind. Es war sogar eine Schlagzeile hier zu lesen, jeder achte oder jede achte SteyrerIn ist arbeitslos. Eine Situation, die für uns natürlich nicht erfreulich ist. Es hat deshalb auch ein Treffen mit den Vertreterinnen und Vertretern der großen Leitbetriebe gegeben, plus Interessensvertretern, um hier auszuloten, was braucht es. Ich glaube gut oder schön zu erwähnen ist, dass es hier sehr viele Stärken gibt in der Steyrer Industrie. Gut ist auch darauf hinzuweisen, dass natürlich gerade die klein- und mittelständischen Unternehmen es sind, die auch immer wieder für Stabilität sorgen in diesen schwierigen Zeiten. Und dass die Maßnahmen, die schon vor 30 Jahren gegriffen haben, wahrscheinlich auch die sind, die jetzt in der Krise helfen können. Nämlich Qualifizierung, Ausbildung, Forschung, Entwicklung und gerade auch Förderungen in Institutionen in diesem Bereich, nämlich diese Forschungsprämie, die ein ganz wichtiger Standortvorteil ist. Aber eben auch Investitionen in Forschung und Entwicklung, und auch die Produktion hier im Standort. In diesem Zusammenhang natürlich etwas, was uns alle belastet. Und das ist auch bei diesem Gespräch sehr gut herausgekommen. Die Teuerung, die die Haushalte in den letzten Jahren massiv beschäftigt hat, ist eben auch eines der Themen, glaube ich, was hauptsächlich jetzt die Unternehmen hier bei uns beschäftigt. Darum ist es natürlich sehr, sehr unerfreulich, dass gerade aus nicht nachvollziehbaren Gründen die Strompreise in den letzten zwei, drei Tagen verrücktspielen. Wir haben jetzt gerade eine Situation, dass am gestrigen Tag die Strompreise wieder auf über 50 Cent gestiegen sind und es wird ein Hoch von 85 Cent erwartet. Das ist für all diejenigen, die sich für einen flexiblen

Preistarif entschieden haben, natürlich eine schwierige Situation, weil, das ist das Zehnfache von dem, was man normalerweise zahlt. Als Stadt haben wir den Beschluss gefasst, hier auf einen Fixpreis wechseln zu wollen nächstes Jahr. Ich glaube aufgrund der aktuellen Entwicklung es eine durchaus vernünftige Entscheidung war, die wir damals getroffen haben. Aktuell sind wir noch in einem Floating-Modell und natürlich schauen wir jetzt auch, wie weit die Stadt hier in der Lage ist, kurzfristig auch noch die Stromverbräuche zu reduzieren. Allerdings muss man auch sagen, die Möglichkeiten sind beschränkt. In der Nacht müssen die Straßenbeleuchtungen laufen. Aber wie gesagt, eine derzeit für uns nicht ganz einfache Situation. Weil, wie gesagt, sehr unvorhersehbar, dass das gekommen ist. Und auch deshalb auch schwer einschätzbar, wie das in den nächsten Tagen und Wochen auch weitergehen wird. Wie gesagt, Arbeitslosigkeit, starker Anstieg, den wir zu verzeichnen haben. Aber das Thema Qualifizierung ist hier sicher etwas. Und da haben wir zum Glück mit dem Arbeitsmarktservice einen sehr guten Partner, der hier viele Instrumente auch anbietet. Soweit zu meinen Meldungen.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:

Es liegt kein Thema vor für eine Aktuelle Stunde.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES
gem. § 54 Abs. 3 StS

2024-378742 Budgetvorgriff zum zeitgerechten IT-Aufbau für Sozialraumzentrum Ennsleite

Es liegt ein Beschluss zur Kenntnisnahme vor. Und zwar war es hier notwendig, für Umstrukturierungen, dass wir im Bereich der Sozialraumorientierung hier auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen, was EDV betrifft. Und dafür wurde eine Kreditüberschreitung in Höhe von 24.726,-- Euro beantragt und vom Stadtsenat auch so genehmigt.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Damit darf ich in die Tagesordnung einsteigen. Als erste Berichterstatterin ist Frau Vizebürgermeisterin Anna-Maria Demmelmayr-Durst genannt.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:

1) 2024-405086 Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr; Endabrechnungen für das Betreuungsjahr 2023/24 und Auszahlungen Endabrechnung im Dezember 2024.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stadt Steyr hat mit insgesamt acht Kinderbetreuungseinrichtungen privatrechtliche Verträge abgeschlossen, wo wir uns ja auch zur Übernahme des jährlich auflaufenden Abgangs verpflichten. Im Gemeinderat vom Juli 2024 haben wir bereits die Vorschauen genehmigt, nun liegen die Endabrechnungen vor. Generell kann man sagen, im Vergleich zum Vorjahr gibt es wieder Steigerungen. Aufgrund Personalkosten und auch aufgrund Instandhaltungskosten, die auch immer wieder ins Budget schlagen. Der Voranschlag wurde sehr, sehr vorsichtig von den Rechtsträgern budgetiert. Aus diesem Grund ist auch nun die Abrechnung leicht unter dem gesamten Budget, was uns natürlich trotzdem aufgrund der Budgetlage sehr freut. Und ich ersuche um Zustimmung zur Mittelfreigabe laut Amtsbericht.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts der FA Kinderbildung und -betreuung wird bewilligt:

☒ Mittelfreigabe € 164.499,- bei VASt 1/240000/757000
☒ Mittelfreigabe € 76.556,- bei VASt 1/240800/757000
☒ Kreditübertragung € 76.556,- von VASt. 1/240000/757000 auf VASt 1/240800/757000

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Sehe ich, ist nicht der Fall. Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Wer ist für diesen Antrag? Das ist einstimmig so angenommen. Dann bedanke ich mich bei der Berichterstatterin. Ich darf zum nächsten Berichterstatter kommen, Vizebürgermeister Dr. Michael Schodermayr.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

2) 2024-385445 ÖRK, Bezirksstelle Steyr-Stadt – Behindertenfahrdienst Förderung 2024.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Liebe Gäste, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Presse, der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Gemeinderat und Stadtsenat, hohe Beamtenschaft, geschätztes Präsidium. In meinem ersten Punkt darf ich den Antrag stellen für die Freigabe von 63.100,-- Euro für den Behindertenfahrtdienst des Roten Kreuzes. Die machen das schon viele Jahre im Auftrag der Stadt Steyr, seit 1991, um genau zu sein. Die Geschichte kennen sie glaube ich schon alle. Das war eine gemeinsame Sache von der Sozialabteilung des Landes Oberösterreich und der Stadt Steyr. Die Sozialabteilung ist da ausgestiegen. Wir haben das unter großen Kraftanstrengungen, auch des Roten Kreuzes und der Stadt Steyr, gemeinsam geschafft, diesen Fahrtdienst aufrecht zu erhalten. Sie haben sogar jetzt noch einmal den Schrauben angezogen, wie es um die Sparmaßnahmen, Einsparungsmaßnahmen gegangen ist. Es waren vorher 83.000,-- Euro, die wir gezahlt haben pro Jahr. Und es sind ab dem heurigen Jahr 63.100,-- Euro. Ich bitte um Zustimmung für diese doch sehr wichtige Sache.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts des GB IV/Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste wird bewilligt:

Zuerkennung einer Förderung von **€ 63.100,00** an das ÖRK, Bezirksstelle Steyr-Stadt, Redtenbachergasse 5, 4400 Steyr für den Behindertenfahrdienst
☒ Mittelfreigabe **€ 63.100,00** bei VASt **1/413000/757100**

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Mir liegen auch jetzt hier keine Wortmeldungen vor, weshalb ich auch hier zur Abstimmung kommen darf. Wer ist für diesen Antrag? Auch das ist einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

3) 2024-364684 Caritas Familienhilfe – Leistungsvereinbarung 2025.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Ja, in meinem nächsten Punkt geht es um die Caritas Familienhilfe, die Leistungsvereinbarung für das Jahr 2025. Es war die ehemalige Familien-Kurzhilfe und Langzeithilfe, die ist zusammengefasst worden in einen Punkt. Wenn ein Familienmitglied, ein wesentliches Familienmitglied, ausfällt durch Krankheit, Tod oder Überforderung, dann springt hier die Caritas ein mit einer Familienhilfe und wird für eine gewisse Zeit die Familie unterstützen. Und der Beitrag ist deswegen so wertvoll, weil es verhindert, dass die Familien auseinanderfallen, dass man womöglich Kinder in Fremdunterbringungen geben muss. Also eine gute Sache. Im Vorjahr waren 250.000,-- Euro veranschlagt, für das kommende Jahr werden aufgrund der Daten, die uns eben aktuell vorliegen, 220.000,-- Euro beantragt. Eine namhafte Summe, allerdings zwei Dinge zur Einschränkung, die Hälfte bezahlt das Land Oberösterreich dafür. Das ist deswegen bemerkenswert, weil das eine echte Unterstützung ist, also nicht nur eine scheinbare, sondern eine echte Unterstützung. Weil wir vom Sozialhilfegesetz her sowieso die Dinge machen müssen, und würde das Land hier nicht 50 % bezahlen, blieben die 100 % bei uns hängen. Und das ist, denke ich mal, schon sehr bemerkenswert und sollten wir auch nützen. Und wenn man weiß, was eine Fremdunterbringung kostet, das sei auch noch dazu gesagt, da sind ein bis zwei Fremdunterbringungen im Jahr schon mehr Kosten, als diese unterstützende Maßnahme uns kostet. Ich bitte daher um Freigabe von 220.000,-- Euro, von denen 110.000,-- Euro schlagend werden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts des GB IV/Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste wird **der Abschluss der Leistungsvereinbarung 2025 über 4.000 Leistungsstunden der Caritas Familienhilfe** genehmigt und die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der voraussichtlichen ungedeckten Kosten in Höhe von **€ 220.000,00** bewilligt:

☒ Mittelfreigabe im VA 2025 in Höhe von **€ 220.000,00** bei VASt **1/424000/7281000**

Die hierfür erforderlichen Mittel sind im Budget 2025 vorzusehen.
Die Auszahlung an die Caritas Linz erfolgt nach Rechnungslegung.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Mir liegt eine Wortmeldung vor, Gemeinderat Uwe Pichler.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder des Gemeinderates, eine sehr unterstützenswerte Sache, wird auch die Zustimmung von unserer Fraktion natürlich finden. Ich hätte nur eine Verständnisfrage, weil ich mir den Amtsbericht angeschaut habe. Im Jahr 2023 waren 2.400 Stunden rund, ungefähr, für 2024 haben wir keine Zahlen. Und jetzt für 2025 sind es 4.000 Stunden. Das ist doch eine ziemlich große Erhöhung. Hat das irgendeinen Grund oder ist da der Bedarf so groß, dass die Erhöhung um 1.500 Stunden notwendig ist?

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Sehe ich ist nicht der Fall. Herr Berichterstatter.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Okay, nicht zu bremsen heute. Die Berechnungsgrundlage sind die Zahlen des gesamten Jahres von 2023 plus die bisher aufgelaufenen Zahlen. Also das erste halbe Jahr, das erste Dreivierteljahr des heurigen Jahres, die Endzahlen sind natürlich noch nicht da. Und aufgrund dieser Zahlen wird die Berechnung für das nächste Jahr gemacht, das kann ich sagen. Die genaue Ziffer kann ich jetzt nicht sagen, kann ich aber nachliefern. Ist kein Problem.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:
Aber ist es notwendig?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Es ist notwendig. Und es wird ohnehin nur nach Abruf dieser Leistung bezahlt. Also das ist jetzt der Rahmen, den wir setzen. Und der wird dann nach tatsächlichen Kosten eben ausgezahlt.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gut, danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? War das sicher schon das Schlusswort des Berichterstatters? Womit ich zur Abstimmung kommen darf. Wer ist für diesen Antrag? Das ist einstimmig so angenommen.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

4) 2024-386551 Tarif- und Gebührenordnung für die Alten- und Pflegeheime Steyr, Anpassung ab 1.1.2025.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Jawohl und auch das jedes Jahr, die Erhöhung der Tarife für unsere Alten- und Pflegeheime in Steyr. Diesmal Gott sei Dank moderat, weil auch die Rundumkosten nur moderat gestiegen sind. Ich darf hier bitten um Zustimmung zu einer Erhöhung für Einzelwohnungen von derzeit 146,-- Euro auf 152,-- Euro. Und für die Doppelwohnung pro Platz von derzeit 131,-- Euro auf dann im nächsten Jahr 137,-- Euro. Und auch hier ist die Berechnung so wie ich es beim vorherigen Punkt gesagt habe, weil die heurigen Daten natürlich noch nicht vollständig sind. Und was noch dazu kommt, was man auch immer mit einrechnen muss, ist, dass wir jetzt einen Leerstand unter Anführungszeichen, einen erhöhten, haben, aufgrund der personellen Situation. Wir können nur so viele Leute aufnehmen, wie wir auch durch unser Personal abdecken können. Und auch das vermindert die Einnahmen, das ist auch ein Faktor, der die Kosten erhöht für den Einzelplatz. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des vorliegenden Amtsberichtes der Alten- und Pflegeheime Steyr vom 31. Oktober 2024 wird die Tarif- und Gebührenordnung für die Alten- und Pflegeheime Steyr, zuletzt geändert durch GR-Beschluss vom 14. Dezember 2023, mit 1.1.2025 wie folgt geändert:

1. Artikel 2 Abs. 1 Z. 1 lautet:

1. Standardtarif für das APE, das APM und das APT (EURO)

	Tagestarif	Monatstarif bei 31 Tagen	Monatstarif bei 30 Tagen
Einzelwhg.	152	4 712	4 560
Doppelwhg.	137	4 247	4 110

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Mir liegt jetzt doch eine Wortmeldung vor, Gemeinderat Wolfgang Zöttl.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BEd:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur mal kurz auch einen Dank aussprechen, weil leider Gottes ist seit längerer Zeit meine Mutter auch im Altenheim. Und jetzt sehe ich das wirklich einmal vor Ort, was das Personal dort leistet. Und das wollte ich einmal erwähnt haben hier und die Chance nutzen bei diesem Punkt das zu sagen, also wie gesagt, wenn man selber nicht ins Altersheim kommt, ist man natürlich froh. Aber wenn man dort ist, wird man sicher super gepflegt. Und jetzt, wie gesagt, dadurch, dass meine Mutter selber dort ist, habe ich einen Eindruck gewonnen, was da geleistet wird. Und echt, das habe ich vorher nicht gewusst, Hut ab vor den Personen, die dort arbeiten. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Ich glaube wir werden diesen Dank gerne weiterleiten. Es gibt ja auch jetzt die Weihnachtsfeier dann der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und ich glaube, das tut auch gut, wenn man so etwas einmal hört. Wünscht der Berichterstatter das Schlusswort?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Ich wollte mich dem Dank nur anschließen, weil sonst hätte ich es gesagt, danke Wolfgang. Ich kann es nur bestätigen.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Wer ist für diese Tarif- und Gebührenordnung? Auch das ist einstimmig so angenommen. Ich bedanke mich. Und wir kommen zum nächsten Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Helmut Zöttl.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

5) 2024-347202 Neubau Aussichtsterrasse Neutor.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuseher. In meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um die Aussichtsterrasse beim Neutor. Jeder wird diesen Platz kennen, es war früher der Beginn oder die Einfahrt in die Stadt. Da war ja früher eine Brücke, die wurde dann entfernt, übrig geblieben ist dieser Stummel, diese Aussichtsterrasse. Die auch gerne genützt wird, sowohl von Besuchern touristisch oder auch von jenen, die sich dort gerne hinsetzen und sich etwas in der Gastronomie kaufen, und dort diesen Platz genießen. Es ist ein schöner Platz. Leider ist er in die Jahre gekommen und ich habe mir das jetzt angeschaut, laut Informationen, die ich bekommen habe, ist die das letzte Mal generalsaniert worden 1973. Das sind über 50 Jahre bis jetzt. Und leider ist sie jetzt trotz Unterstützung, was wir eh schon gemacht haben, soweit, dass wir sie gesamtsanieren müssen. Es war alternativlos, leider. Jetzt haben wir uns dementsprechend umgesehen, was wir da machen können. Es wird wieder eine Variante aus Holz werden. Dazu sind aber Mittel in der Höhe von 93.272,-- Euro notwendig. Und ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts der FA Hoch- und Tiefbau wird genehmigt:

1.) Auftragserteilung an **Firma Fuchs Holzbau-Meister GmbH** in Höhe von **€ 72.846,50 (exkl. USt)** (€ 87.415,80 inkl. USt).
2.) Für Unvorhergesehenes **€ 7.284,65** exkl. USt (**€ 8.741,58** inkl. USt).

3.) ☒ Dotierung der VASt. 5/612000/005000 im VA 2025 mit € 93.300,00 für das Vorhaben Neubau Aussichtsterrasse Neutor
4.) ☒ Mittelfreigabe im VA 2025 bei VASt **5/612000/005000** in Höhe von **€ 93.272,66**

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Ich sehe, es ist nicht der Fall. Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Wer ist für diesen Betrag? Das ist einstimmig so angenommen.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

6) 2024-359908 Kanalisation Stadt Steyr, Einzugsgebiete Ennsleite, Ennsdorf und Neuschönau; Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für Kanal Erneuerungen, Renovierungen und Reparaturen der Schadensklassen 3 / 4 / 5.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
In diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Kanalsanierung. Wie wir wissen, haben wir in Steyr sehr viele alte Kanäle, die von den Schadensklassen so weit sind, dass wir sie erneuern müssen. Das müssen wir tun, diese Reparaturen, und da wird, wie jetzt schon der Herr Bürgermeister gesagt hat, die Ennsleite, Ennsdorf und Neuschönau Zug um Zug für uns zum Sanieren werden. Dafür brauchen wir aber eine Erstellung von einer Ausschreibungsunterlage, weil es geht immerhin um geschätzte 2,4 Millionen Euro, die da investiert werden müssen in der nächsten Zeit. Und wir haben das ausgeschrieben und es gibt einen Billigstbieter, das ist das Ziviltechnikerbüro HIPI und die haben den Zuschlag bekommen für 104.388,-- Euro inklusive. Dieser Betrag ist im Voranschlag 2024 noch nicht enthalten. Wird aber im Voranschlag 2025 vorgesehen. Und wird auch dann erst schlagend und dort zum Bezahlen werden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts der FA Hoch- und Tiefbau wird genehmigt:

1.) Auftragserteilung an **HIPI ZT GmbH** in Höhe von **€ 86.990,00** (exkl. USt) (**€ 104.388,00 inkl. USt**).
2.) ☒ Dotierung der VASt. 5/851000/004000 im VA 2025 mit € 86.990,00 für das Vorhaben Kanalisation Stadt Steyr, BA 30
3.) ☒ Mittelfreigabe im VA 2025 bei VASt. 5/851000/004000 in Höhe von **€ 86.990,00**

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Sehe ich ist es nicht der Fall. Dann darf ich auch hier zur Abstimmung kommen. Wer ist für diesen Antrag? Auch das ist einstimmig so angenommen. Wir kommen zur nächsten Berichterstatterin Frau Mag. Katrin Auer.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN MAG. KATRIN AUER:

7) Abfall-8/2016 Reststoffdeponie der Stadt Steyr, Oberflächenabdeckung, Mehrkostenforderungen, Nachtragsangebote.

STADTRÄTIN MAG. KATRIN AUER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Sehr geehrte Zuschauer und Zuschauerinnen. Mit dem Stadtsenatsbeschluss vom 29. Juni 2023, sowie dem Gemeinderatsbeschluss vom 6. Juli 2023, wurde die Auftragsvergabe zur Errichtung der Oberflächenabdeckung der Deponie der Stadt Steyr an die Firma Bernecker GmbH beschlossen. Und im Zuge dieses Projektes sind jetzt nun notwendige Änderungen hinsichtlich nicht vorhersehbarer Fakten eingetreten, die sich einerseits auf Massenmehrungen von bestehenden Leistungspositionen im Leistungsvertrag auswirken und andererseits solche, die nicht im ursprünglichen Leistungsverzeichnis abgebildet waren. Diese Mehrkostenforderungen wurden selbstverständlich von unseren Beamten und Beamtinnen geprüft, aber auch von der örtlichen Bauaufsicht auf Herz und Nieren geprüft, und liegen hiermit zur Freigabe vor. Vorweg eine positive Nachricht. Der Großteil dieser Mehrkostenforderungen kann durch die Summe für Unvorhergesehenes abgedeckt werden. Um welche Mehrkostenforderungen und Massenmehrungen es sich handelt, entnehmen sie bitte dem Amtsbericht auf Seite 2 und 3, da ist ganz genau aufgeführt, um welche Arbeiten es sich handelt. Was aber auch abgelehnt wurde, in der Tabelle 1 sehen sie auch noch den Vergleich zwischen angemeldeten Mehrkostenforderungen und dem vorläufigen Stand, das heißt was dann nach der Prüfung noch übriggeblieben ist. Und es ergeben sich somit Mehrkostenforderungen in der Höhe von 1.906.073,30 Euro. Und die Summe von den 4.107.476,61 Euro setzt sich aus den Massenmehrungen und den Zusatzaufträgen zusammen. Nämlich nicht nur von den, wie ich erwähnt habe, Massenmehrungen, die in den Leistungspositionen enthalten sind und dann mehr Aufwand bedeutet haben, sondern eben auch Zusatzaufträgen, die im Laufe der Arbeiten zutage getreten sind. Diese sind aber, diese Differenz sehen Sie dann in Tabelle 1, Kostenprognose Oberflächenabdeckung. Die Summe der Massenmehrungen und Zusatzaufträge macht, wie gesagt, 4.107.476,61 Euro aus. Dann Minus der Summe aus Mengenminderungen und entfallenden Leistungen durch die Prüfung der Bauaufsicht und unsere Beamtinnen und Beamten werden wieder 3.229.704,95 Euro abgezogen. Und es bleiben Mehrkosten in der Höhe von 877.771,66 Euro. Und die sind gedeckt durch die bereits beschlossene Summe für Unvorhergesehenes, die eine Höhe ausmachte von 878.757,66 Euro. Bezugnehmend auf diese Tabelle möchte ich noch festhalten, dass die Mehraufwendungen aus der Summe der Massenmehrungen und der in diesem Amtsbericht beantragten Zusatzleistungen, abzüglich der bisher realisierten Mengenminderung, insgesamt durch die im Gemeinderat beschlossene Reserveposition für Unvorhergesehenes abgedeckt werden kann, wie ich erwähnt habe. Allerdings wurden im Laufe des Jahres 2024 eine Reihe weiterer Aufträge in Zusammenhang mit dem Projekt Oberflächenabdichtung vergeben, die bisher im vorhandenen Kreditrest auf einer Voranschlagstelle ihre Deckung gefunden haben. Nachdem aber im beschlossenen Hauptauftrag an die Firma Bernegger aufgrund der dargestellten Massenmehrungen und der notwendigen Zusatzleistungen keine Kreditreste mehr auf dieser Voranschlagstelle verbleiben, ist eine Kreditüberschreitung in der Höhe von 200.000,-- Euro erforderlich. Zusätzlich zur allfälligen Abdeckung der für die Zusatzaufträge beantragten Reservepositionen für Unvorhergesehenes in der Höhe von 190.607,33 Euro ist eine Kreditüberschreitung in gleicher Höhe erforderlich. Die beantragte Kreditüberschreitung beläuft sich somit insgesamt auf 390.607,33 Euro. Wie gesagt, die Mehraufwendungen, und das was abgelehnt wurde und die Zusatzleistungen, sind im Detail im Amtsbericht beschrieben und ich ersuche daher um Zustimmung zur Auftragsvergabe an die Firma Bernegger zum Preis von 1.906.073,30 Euro exklusive Umsatzsteuer sowie für Unvorhergesehenes einen Betrag von 190.607,33 Euro exklusive Umsatzsteuer. Und die Freigabe für den Mittelbedarf in Höhe von 2.033.780,22 Euro sowie eine Kreditüberschreitung auf der Voranschlagstelle in Höhe von 390.607,33 Euro. Diese Kreditüberschreitung erfolgt durch Darlehensaufnahme und ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 26.11.2024 wird

1. der Auftragsvergabe an die Fa. Bernegger GmbH, Gradau 15, 4591 Molln zum Preis von EUR 1.906.073,30 exkl. USt. (EUR 2.287.287,96 inkl. USt.) zugestimmt. Für Unvorhergesehenes wird ein Betrag von EUR 190.607,33 exkl. USt.
(EUR 228.728,80 inkl. USt.) bewilligt.

2. die Freigabe für den Mittelbedarf in Höhe von EUR 2.033.780,22 erteilt.

3. eine Kreditüberschreitung auf der Voranschlagsstelle 5/852100/006000 in Höhe von EUR 390.607,33 genehmigt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung erfolgt durch Darlehensaufnahme.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Mir liegt eine Wortmeldung vor, Vizebürgermeister Dr. Helmut Zöttl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Danke schön. Wenn sich sonst niemand meldet, muss ich das machen. Ja, wer kennt sich noch aus? Es werden wahrscheinlich nicht mehr sehr viele sein, die jetzt wirklich den Durchblick haben. Ist aber auch nicht so leicht, ich muss es wirklich sagen. Wir haben diese Thematik schon oft in diesem Rahmen diskutiert und das geht sogar schon in das letzte Jahrzehnt zurück. Die Mülldeponie bzw. Reststoffdeponie hat die Stadt schon Jahrzehnte begleitet, sowohl wirtschaftlich gesehen auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite. Wobei ich mir fast sicher bin, dass die Einnahmenseite, dass das, was da erwirtschaftet worden ist, schon längst weg ist und wir eigentlich mehr oder weniger dieses Erbe jetzt angetreten haben. Ich sage ein Millionengrab und jetzt müssen wir halt irgendeine Lösung finden. Und ich glaube die amtierenden Politiker, die herinnen sind, und auch die Bürger in Steyr werden diese Belastungen spüren. Für mich stellt sich aber schlussendlich schon die Frage, ob diese Deponie unterm Strich wirtschaftlich bilanzieren wird. Selbstverständlich sind wir für Naturschutz und wir müssen verhindern, dass diese Schadstoffe, die sich dort befinden, in die Enns kommen bzw. in die Umwelt. Und das ist natürlich notwendig, da haben wir auch alles mitgetragen. Und ihr wisst es, es sind sehr viele Maßnahmen schon getätigt worden in den letzten Jahren, ich glaube, dass es schon Millionen sind mittlerweile. Angefangen von einem Schlierrücken, der im Nachhinein entdeckt worden ist, der verhindert hat oder den Abfluss Richtung Enns ermöglicht hat, dass das Wasser rausgedrückt hat. Eine Quelle ist aufgetaucht, der Schlierrücken wie gesagt, eine Dichtwand, ein Messbrunnen, ein Messer in Richtung Stützmauern, Leitungen wurden verlegt. Und das immer auch begleitet von diversen Firmen und ich glaube wir haben allen gesetzlichen Auflagen da immer entsprochen. Und das haben wir auch mitgetragen. Es war auch damals die Idee von unserer Seite, den Altlastensanierungsfonds, in einem Gespräch haben wir das einmal gesagt, mit einzubeziehen. Am Anfang hat es geheißen das geht nicht, weil es eine bestehende Reststoffdeponie ist. Aber es ist doch gegangen. Und ich glaube wir bekommen da auch einen entsprechenden Betrag von über 2 Millionen Euro refundiert, was ja sehr positiv ist. Aber ich glaube auch, dass wir hier herinnen als Politiker oder als Vertreter der Gemeinde, oder der Stadt, darauf zu achten haben, dass mit den Finanzmitteln sparsam und zweckmäßig umgegangen wird. Und darum habe ich mir die Thematik ein bisschen, bin in die Tiefe gegangen. Man muss zu der ganzen Geschichte in die Historie zurückblicken. Wir haben, und das ist auch ganz interessant, in der Sitzung vom 21. September, ab der Seite 12 ist es sehr interessant nachzulesen, was da alles besprochen worden ist, für den einen oder anderen, den das interessiert. Begonnen hat es mit der Einreichplanung, wo wir das erste Mal erfahren haben, dass wir die Deponie abdecken müssen, da hat es einen Bescheid geben, dass die Südseite zumindest einmal abgedeckt werden muss, von der

Landesregierung. Das hat dann dazu geführt, dass wir am 6. Juli 2023 hier im Gemeinderat diese drei Anträge bezüglich der Abdeckung der Restdorfdeponie und die Bauaufsicht ausgeschrieben haben. Und ich glaube es waren in Summe über 8,7 Millionen Euro, die da von allen beschlossen worden ist. Natürlich, weil wir ja dementsprechend auch dem gesetzlichen Auftrag entsprechen wollten. Am 16. Juli hat es einen Antrag auf Nachprüfung gegeben, weil es beim Landesverwaltungsgericht einen Einspruch gegeben hat. Und da müssen gewisse Fristen eingehalten werden und daher ist es mit Dringlichkeit damals Ende August in den Stadtsenat gekommen, zur Beschlussfassung für uns. Da bin ich das erste Mal ein bisschen skeptisch geworden und habe das auch in der aktuellen Stunde, die wir dann als FPÖ eingefordert haben, zum Ausdruck gebracht. Wir haben damals gefordert, dass wir eine Neuausschreibung dieser Vergabe der Abdeckung und auch der Bauaufsicht möchten. Es war eine hitzige Diskussion da herinnen, kann mich noch erinnern. Unsere Argumentation war, dass die Ausschreibung 40 Prozent nur den Preis betroffen hat und je 30 Prozent das Baustellenkonzept, also das gesamte Konzept, wie es gemacht wird, und 30 Prozent die Qualität des Materials. Wir haben das damals kritisiert und das als falsch gesehen. Wir haben gesagt, in Wirklichkeit müsste zumindest der Preis 80 Prozent ausschlaggebend sein und nicht 40. Wie gesagt, es war eine hitzige Diskussion. Es sind interessante Argumente gefallen von jeder Seite. Zum einen war das dieses zertifizierte Material, das zur Aufschüttung herhalten hat müssen. Zum anderen der Zeitfaktor, weil jede Verzögerung angeblich im Monat Minimum 36.000 Euro gekostet hätte. Ich kann es nicht beurteilen. Und natürlich auch der Bescheid vom Land Oberösterreich, dem wir nachkommen mussten. Wir haben das dann diskutiert und dementsprechend ist auch die Wortwahl gefallen. Für die Frau Stadträtin Auer war das alles hieb- und stichfest und nur ein Misstrauen der FPÖ gegenüber den Experten. Ich nehme an, die örtliche Bauaufsicht war da gemeint, weil sonst wüsste ich nicht, wen man da sonst meinen hätte sollen. Und es war ein Akt gegen die Klimastrategie der Stadt. Alles nachzulesen im Protokoll. Für mich zeigt aber der heutige Amtsbericht, den wir hier vorfinden, dass wir in unserer geforderten aktuellen Stunde mit einer Neuausschreibung eigentlich völlig richtig gelegen sind. Das bestätigt in Wirklichkeit dieser Amtsbericht. Wenn man jetzt, so wie es die Frau Kollegin auch schon vorgeschrieben hat, das Konzept anschaut, das weicht vom ursprünglichen Konzept, was damals gemacht worden ist, das zu 30 % den Kriterien für die Ausschreibung Grundlage war, weicht das meiner Meinung nach gewaltig ab. Zum einen diese Position der Mengenminderung und entfallenden Leistungen, die mit 3,23 Millionen Euro von 8,8 Millionen Euro zu sehen ist, zeigt schon, da ist ja wesentlich was anderes geschehen oder hingekommen, und dieses zertifizierte Material, bin ich mir nicht mehr ganz sicher. Und es ist für mich fraglich, ob das wirklich in dieser Menge erforderlich war oder ist und dementsprechend auch die Ausschreibung damals beeinflusst hat. Ich glaube aber auch, dass es gar nicht notwendig war, da gibt es halt unterschiedliche Meinungen. Weil ich glaube, dass dort auf Dauer kein Gemüsegarten gemacht wird auf einer Mülldeponie, sondern eine PV-Anlage soll dort errichtet werden. Also ist das für mich sehr fraglich. Ein weiterer Punkt, warum ich glaube, dass das ursprüngliche Konzept abgeändert worden ist, ist in Wirklichkeit jetzt die Neigung. Wir haben jetzt gehört, dass diese Neigung der Flanken von diesem Reststoffberg von, ich habe es mir ausgerechnet, 22 Grad auf rund 27 Grad angehoben wird. Das heißt, es entsteht ein wesentliches größeres Volumen, Restvolumen. Es ist da früher vom alten Konzept ausgegangen worden, 70.000 Kubikmeter Fassungsvermögen für den restlichen Ablagerungsbedarf. Das wird jetzt durch diese Anhöhung, oder steiler werden dieser Flanken, um 100.000 Kubikmeter mehr. Das heißt, es geht auf 170.000 Kubikmeter. Was aus wirtschaftlicher Sicht natürlich sehr, sehr positiv ist. Kann man nichts sagen, das bringt der Stadt Geld. Aber es weicht vom ursprünglichen Konzept stark ab, meiner Meinung nach. Die Massenmehrung ist ein weiterer Grund, dass man sagt, da stimmt ja was nicht. Weil die Zusatzaufträge, die jetzt reinkommen mit 4,1 Millionen, da sind 2 Millionen Euro jetzt nur für diese Maßnahmen, so wie sie da drinnen stehen, notwendig. Ein weiterer Punkt, dass man sieht, dass das nicht dem ursprünglichen Konzept entspricht. Wer aber glaubt, dass mit diesen Investitionen, die jetzt da getätigt werden auf der Reststoffdeponie, dann endgültig alles abgetan ist, der irrt. Es muss ja in Folge auch das Material, das noch eingebracht wird, abgedeckt werden. Das heißt, es wird eine unendliche Geschichte. Das geht wieder von Neuem los und wir müssen auch das wieder abdecken. Und wir als FPÖ-Fraktion sind der Meinung, dass die nächsten Politikergenerationen, auch die

nächsten Bürger in unserer Stadt, nicht dieselbe Situation vorfinden sollen, wie wir, dass sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Daher wollen wir einen Abänderungsantrag machen und einen zusätzlichen Passus eingefügt haben in das Thema, in den Amtsbericht, beziehungsweise in das Thema Reststoffdeponie. Wir möchten drinnen haben, dass dieser Passus drin ist, es müssen alle zukünftigen Einnahmen und Gebühren, durch die Lagerung diverser Reststoffe auf der Steyrer Deponie, zweckgebunden für die Sicherung dieser verwendet werden. Sprich, dass das Material was jetzt gebraucht wird, diese Einnahmen müssen für die vergangenen und die zukünftigen Aufgaben, die auf dieser Deponie zu machen sind, noch hergenommen werden und nicht ins allgemeine Budget fließen. Danke. Herr Bürgermeister hat es das letzte Mal auch mündlich gemacht. Das muss gehen.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Wir klären kurz die Geschäftsordnung. Ich ersuche die FPÖ den Antrag kurz schriftlich bitte zu skizzieren, damit er mit in der Verhandlung stehen kann. Das, was du gesagt hast, kurz auf einen Zettel schreiben bitte. Ja, gib mir, unterschreibe mir bitte, einer reicht… Nachdem die Materie, glaube ich, sehr kompliziert ist und hier, glaube ich, auch einiges an Fachwissen notwendig ist, würde ich jetzt nach § 20 hier eine Expertin beiziehen, die hier auf diese Ausführungen eingehen kann. Ich glaube, dass es für den Gemeinderat wichtig ist, für seine Entscheidungsfindung hier, auch die richtigen Informationen zu haben, um das einzuordnen zu können. Ich würde die zuständige Beamtin, die Frau Anita Schürrer-Wizani, ersuchen, bitte kurz nochmal auf die Argumente einzugehen und zu erläutern, warum aus ihrer Sicht dieser Amtsbericht so notwendig ist. Bitte.

OBR DI ANITA SCHÜRRER-WIZANI, TECHN. GF RHV:
Ja, danke gleich an der Stelle noch einmal für die Möglichkeit, auch hier Stellung zu nehmen. Thema zertifiziertes Material. Das Stichwort ist gefallen. Das Material das jetzt eingebaut wird und was benötigt wird für die Abdeckung, ist natürlich genauso zertifiziert wie ursprünglich ausgeschrieben, wie ursprünglich beabsichtigt im Einreichprojekt. Alle 7.500 Tonnen muss eine Probe gezogen werden, muss von einem externen Labor das untersucht werden, ob das Material den Bestimmungen entspricht, das es haben soll. Wir haben es, um das Thema Sparsamkeit anzusprechen, geschafft, nachdem wir sehr große Materialquellen haben, den Untersuchungsumfang von alle 2.500 Tonnen auf alle 7.500 Tonnen erweitern zu können. Das heißt, ein Drittel vom Untersuchungsumfang, auf das konnten wir das reduzieren. Ich möchte damit unterstreichen, dass wir uns seitens, also meinerseits, sprich als Vertreterin der Stadt gegenüber der Baufirma, als auch von der ÖBA sehr bemühen und auch die Baufirma selber da auch Interesse hat, dass sie die Kosten relativ gering hält. Zu den Hangneigungen möchte ich etwas sagen. Der ursprüngliche Bescheid hat hergegeben, dass man Hangneigungen hat zwischen 1 zu 2,5 bis 1 zu 2. Ich habe es im Umweltausschuss präsentieren dürfen. Die Anpassung der Hangneigung auf das maximal mögliche Maß hat es eröffnet, dass man Deponievolumen gewinnt. Das ist im Zuge der Detailplanung sehr klar herausgekommen und es ist herausgekommen, dass man 100.000 Kubikmeter mehr Deponievolumen durch diese Maßnahme lukrieren kann. Und jeder Kubikmeter Deponievolumen kann mit einer Dichte von Reststoffen von 1,7 hochgerechnet werden auf die Tonnage, da reden wir dann doch von 170.000 Tonnen, die zusätzlich an Deponiematerial gelagert werden kann. Mit den herkömmlichen Preisen für Reststoffe ist das eine erkleckliche Summe, die man damit der Stadt öffnet, dass sie in Zukunft einnimmt, um auch da Kosten zu decken. Zusätzlich gibt es die Förderung. Es ist angesprochen worden, es ist gelungen eine Betriebskostenförderung bei der KPC herbeizuführen. Die Förderkosten werden knappe 2 Millionen sein. 1,6 Millionen wurden davon schon ausbezahlt. Und soweit ich informiert bin, gibt es auch über das kommunale Investitionsprogramm unter dem Titel Kreislaufwirtschaft hier Zuschüsse. Das weiß aber die Frau Wührleitner-Brunner besser als ich, aber da ist auch schon Geld in die Kasse der Stadt geflossen. Was die unendliche Geschichte anbelangt möchte ich noch was dazu sagen, nein es ist keine unendliche Geschichte, es ist eine ganz klare Geschichte, die heißt, wenn die Deponie voll ist, muss abgedeckt werden. Das ist Gesetz, das steht so in der Deponieverordnung. Wir haben jetzt einen Gutteil der Deponie, sprich die erste Schüttebene, geschüttet und dort werden die Flanken jetzt abgedeckt. Das ist einfach Aufgabe, das ist

vorgeschrieben. Da ist das Land dahinter, wir hatten auch entsprechenden Behördendruck. Dem sind wir gefolgt und das hat alles seine Richtigkeit und seine Correctness. Wenn jetzt dieser erste Abschnitt, wir nennen es Intensivbautätigkeit, so steht es auch im ersten Amtsbericht drinnen, abgeschlossen ist, wird wieder weiter Abfall geschüttet auf der Deponie und dann geht das Ganze in den sogenannten Regelbetrieb über, und in diesem Regelbetrieb wird dann abschnittsweise die Deponie weiter abgedeckt. Die Abdeckung ist dann abgeschlossen, wenn die Deponie vollfüllt ist. Das große Glück für die Stadt Steyr an der Stelle ist es, dass es keine zeitliche Befristung gibt, wie es sonst bei Bescheiden üblich ist, sondern dass wir den Bescheid so haben, dass wir die Deponie betreiben dürfen bis zur Vollfüllung. Und das ist 323 Meter über Adria und erst dann, wenn dieser Pegel erreicht ist, ist die Deponie dann ganz endgültig bis zum letzten Quadratmeter abzudecken. Also da wird noch ein bisschen Zeit verrinnen und mit den gewonnenen, mit den 100.000 Kubikmetern an Deponievolumen, wird sich das Ende der Abdeckung jetzt nicht wie ursprünglich prognostiziert um 2035 bewegen, sondern wahrscheinlich bei 2040, 2045. Ich bin da kein Prophet, also bitte verzeihen Sie mir, wenn ich ihnen da keine klare Jahreszahl nenne. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe jetzt gerade keine, dann müsstest du ... Bitte, zu einer zweiten Wortmeldung hat sich der Herr Vizebürgermeister Zöttl gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Ich kann meiner Vorrednerin nur Recht geben, das ist alles richtig, was sie gesagt hat. Das ist auch korrekt so aus meiner Sicht. Ist auch nicht irgendwie kritisch aus meiner Sicht gemeint gewesen, sondern es soll lediglich aufzeigen, dass wir jetzt schon schauen müssen, was in Zukunft passiert. Das ist jetzt 2035, 2040. Wir haben bis dahin Zeit, dass wir Geld einnehmen und die jetzigen Kosten und die zukünftigen Kosten, die noch auf uns zukommen, dass es keine unendliche Geschichte wird, müssen wir jetzt vorsorgen. Und daher bin ich der Meinung, dass wir diese Einnahmen jetzt schon zweckgebunden in diese Richtung kanalisieren müssen. Sonst ist der Tag X, wenn es wieder so weit ist, wieder kein Geld da und irgendwer wird belastet. Also wenn das jetzt passiert, Zug um Zug, kann das nur eine vernünftige Entscheidung sein.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Zu einer Wortmeldung hat sich der Stadtrat Christian Baumgarten gemeldet.

STADTRAT CHRISTIAN BAUMGARTEN:
Darf ich vielleicht ganz kurz zu diesem Abänderungsantrag, dieser scheint ja nicht unvernünftig zu sein, absolut nicht. Ich hätte nur jetzt vorgeschlagen, und das mache ich jetzt ganz kurzfristig oder ganz kurz, zieht den Antrag jetzt zurück, geben wir ihn in den Ausschuss, aber nicht, weil wir eingraben, sondern weil es wichtig ist. Es sind ein paar rechtliche Fragen zu klären. Die können wir jetzt in der Kürze nicht abklären. Was wirklich dahinter hängt, da geht es auch um steuerliche Sachen, hat mir der Finanzdirektor gesagt. Ich würde bitten, die FPÖ-Fraktion, dass sie den Antrag zurückzieht. Den Hauptantrag müssen wir beschließen, weil wir das Geld sowieso zahlen. Das hat ja mit dem nichts zu tun, mit den Rücklagen derzeit. Der Zusatzantrag hat ja nichts mit dem Hauptantrag, dass wir das Geld brauchen, zu tun, sondern da geht es um etwas, dass man dann beschließt, dass man das reintut und die Rücklagen eben zweckgebunden hat. Das ist ja grundsätzlich nichts Unvernünftiges um Gottes Willen. Es hängen nur da jetzt wirklich ein paar rechtliche Sachen dran. Die müssen wir abklären. Wenn wir nämlich jetzt den Zusatzantrag beschließen und es kommen da ein paar rechtliche Geschichten, dann haben wir etwas beschlossen, von dem wir nicht mehr rauskommen. Und da hätte ich jetzt in vernünftiger Weise gebeten, das so zu machen. Den Hauptantrag müssen wir sowieso abstimmen, weil wir ja das Geld brauchen, damit wir auch etwas zahlen können. Und um den geht es ja auch gar nicht, sondern es geht um das, dass wir eine Zweckwidmung dann machen, wenn ich das richtig lese, und das können wir nachher beschließen. Und wir müssen über den Passus wirklich im Ausschuss reden. Weil so viele rechtliche Unklarheiten da jetzt sind, dass es nicht wirklich gescheit ist, den heute zu beschließen. Das wäre meine

Bitte. Und das ist kein Schmäh oder eine Linke, sondern es ist ja nicht unvernünftig. Also ich glaube, dass wir da auf einem Wort sind, dass das ganz gescheit ist. Aber man muss es aber auch dann gescheit machen, bitte. Und daher hätte ich gebeten ...

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Zu einer Wortmeldung hat sich Fraktionsobmann Wolfgang Zöttl gemeldet.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BEd:
So, nach einer kurzen Rücksprache sind wir damit einverstanden, dass wir den Antrag jetzt zurückziehen, damit das richtig ausgearbeitet wird. Und wirklich auch, wenn es steuerliche Vorteile gibt, dass wir das wirklich ordentlich damit einbinden können. Jedoch möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns jetzt bei dem Antrag enthalten werden. Weil wir eben schauen möchten, was jetzt nachher rauskommt mit dem Antrag, den wir jetzt zurückgezogen haben. Und nicht wegen populistischen Geschichten, sondern wirklich, dass das Hand und Fuß hat, weil das aus unserer Sicht sehr wichtig ist. Und haben wir in der Vergangenheit auch schon gesagt, bei dem ersten Antrag, wo die Deponie ohne unsere Zustimmung für die Abdeckung von der Firma X, möchte ich das nicht mehr sagen, beschlossen worden ist. Danke.

Abänderungsantrag FPÖ – direkt eingebracht
Der Gemeinderat möge beschließen:

Es müssen alle zukünftigen Einnahmen und Gebühren die durch die Lagerung diverser Reststoffe auf der Steyrer Deponie zweckgebunden für die Sicherung dieser verwendet werden.

Der Abänderungsantrag wird zurückgezogen.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gibt es in dieser sehr umfassenden Diskussion weitere Wortmeldungen? Sehe ich ist nicht der Fall. Das heißt, der Abänderungsantrag wurde hiermit zurückgezogen. Ich darf damit fragen, gibt es von der Berichterstatterin noch das Schlusswort?

STADTRÄTIN MAG. KATRIN AUER:
Ja, kurz bitte. Danke für diesen konstruktiven Beitrag, für die Diskussion. Und auch, dass Sie sich, Herr Vizebürgermeister, extra mit der Frau DI Anita Schürrer-Wizani getroffen haben, um das Thema zu diskutieren. Ich glaube wir können wirklich alle dankbar sein für die Arbeit, die dort geleistet wird, es ist ein Mammutprojekt. Wir haben es auch im Umweltausschuss ausführlich diskutiert. Es ist alles transparent, es ist alles wasserdicht, kann man sagen, auf der Deponie. Und ich möchte einfach alle einladen, vielleicht im Frühling, dann fahren wir mal auf die Deponie, machen wir eine Exkursion hin und schauen uns dieses Projekt vor Ort an. Weil alle die vorbeifahren, auf der Nordspange, sehen es ohnehin, den Baufortschritt, es ist wirklich beeindruckend. Und deswegen danke dem ganzen Team. Auch den externen Firmen und Dienstleistern. Danke schön. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gut. Dann darf ich zur Abstimmung kommen. Wer ist für diesen Antrag? Das sind die Stimmen der MFG, der ÖVP, der NEOS, der GRÜNEN und der SPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? Das ist die Fraktion der FPÖ. Damit ist dieser Antrag so angenommen. Wir kommen zum nächsten Berichterstatter und dafür darf ich den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin übergeben.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: **28**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

ÖVP 6 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR Prof. Mag. Andreas Brandstetter, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **0**

Stimmenthaltungen: **7**

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:

8) Pers-303/21 Zusammensetzung des Personalbeirates – Änderung aufgrund der neuen Geschäftseinteilung des Stadtsenates.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Ich übernehme den Vorsitz. Wir kommen zum achten Tagesordnungspunkt.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Ja, ein eher technischer Amtsbericht. Es geht darum, dass wir die Zusammensetzung und Agenden im Stadtsenat verändert haben. Die Agenten des Personals sind zu Stadtrat Christian Baumgarten gegangen und deshalb ist es natürlich auch sinnvoll, diesem den Vorsitz im Personalbeirat zu übergeben. Ich ersuche um Zustimmung, dass Stadtrat Christian Baumgarten den Vorsitz im Personalbeirat übernimmt und ich dann als normales Mitglied in den Personalbeirat wechsle. Ich suche um Zustimmung zu diesem Amtsbericht.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Personalverwaltung vom 25. November 2024 wechselt der Vorsitz im Personalbeirat über Vorschlag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion von Bürgermeister Ing. Markus Vogl auf StR Christian Baumgarten.

Damit setzt sich der Personalbeirat gem. § 20 Oö. Objektivierungsgesetz i. V. m. § 35 Oö. Gemeinde-Personalvertretungsgesetz wie folgt zusammen:

Dienstgebervertreter	**Ersatz – keine Änderungen**
StR Christian Baumgarten als Vorsitzender	Vzbgm Dr. Michael Schodermayr
Bgm Ing. Markus Vogl	GR Alexandra Riedl
Vzbgm Anna-Maria Demmelmayr	StR Mag. Katrin Auer
GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd	GR Mag. Irene Pumberger
StR Ing. Judith Ringer	GR Dr. Markus Spöck, MBA

Dienstnehmervertreter – keine Änderungen	**Ersatz – keine Änderungen**
GR OAR Thomas Kaliba	Fridolin Hauser
Silvia Hammerschmid	Sandra Zöhrer
Gabriele Stimeder	Markus Schaumberger
Martin Temesvari (gem. § 35 (2) OÖ PVG)	Sascha Vollenhofer
Ing. Robert Braunsberger (gem. § 35 (2) OÖ PVG)	Hermine Stöllnberger

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gibt es Wortmeldungen dazu? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir bitte wieder zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Das ist einstimmig so angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR Dominik Steinmayr

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

Herr Gemeinderat Prof. Mag. Andreas Brandstetter verlässt die Sitzung um 15:00 Uhr.

9) 2023-392373 2. Novelle Kanalgebührenordnung der Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Ja, wir kommen jetzt zum großen Bereich der Gebühren und des Budgets. Das eine lässt sich vom anderen nicht wirklich trennen, weil beides zusammengehört. Das heißt, es geht auf der einen Seite natürlich auch darum, wie entwickeln sich die Einnahmen der Stadt, wie entwickeln sich die Ausgaben. Es gibt ja keine Mindestgebühren mehr, die vom Land vorgeschrieben werden. Es gibt allerdings eine Empfehlung, um welche diese angehoben werden sollen. Das beträgt 2,9 Prozent. Das ist die Inflationsrate, die im Sommer geherrscht hat. Und genau diesen Beitrag würden wir auch vorschlagen, dass wir hier diese Kanalgebühren, alle Beträge erhöhen, nämlich um 2,9 Prozent. Wir haben im Kanalbereich aktuell durch diese Gebühren eine leichte Überdeckung. Sieht man davon ab, dass man da noch gewisse Leistungen der Stadt gegenrechnen kann, liegen wir derzeit bei 117 Prozent. Gleichzeitig wissen wir, dass wir noch sehr viel vor uns haben, wenn es um das Thema Kanalsanierungen geht. Wir haben zuerst gerade gehört, was wieder auch notwendig ist, dann im nächsten Jahr an Kanalbauarbeiten und da sind wir leider Gottes noch nicht am Ende der Fahnenstange angelangt. Und ich versuche daher um Zustimmung, um Erhöhung der Gebühren um 2,9 Prozent.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA Bau-, Anlagen- und Wasserrecht wird die in der Anlage beigeschlossene 2. Novellierung der Kanalgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Soweit in dieser Verordnung auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise.

V e r o r d n u n g

des Gemeinderats der Stadt Steyr vom 12.12.2024, mit der die Kanalgebührenordnung für die Stadt Steyr, Beschluss des Gemeinderats vom 14.12.2023, zuletzt geändert am 19.09.2024, geändert wird.

Aufgrund § 1 Interessentenbeiträge-Gesetz 1958, LGBl. 28/1958 in der Fassung LGBl. 57/1973, und § 17 Abs. 3 Z 4 FAG 2024, BGBl. I 168/2023 idF BGBl. I 128/2024, wird verordnet:

I.

1. § 3 wird inhaltlich und betraglich geändert und hat zu lauten:

(1) „Die Anschlussgebühr errechnet sich bei bebauten Grundstücken als Produkt der Bemessungsgrundlage und des Einheitssatzes gem. Absatz 4. Die Bemessungsgrundlage des Kanalanschlussentgeltes berechnet sich - vorbehaltlich der Bestimmung der Absätze 2 bis 8 – wie folgt:

a) bei ein- oder mehrgeschoßiger Bebauung wird das Gesamtausmaß der unterbauten und bebauten Flächen der einzelnen Geschoße (Bruttogeschoßfläche), die einen unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss an die Kanalisationsanlage aufweisen berücksichtigt; ein Dachraum gemäß § 2 Z 8 des Oö. BauTG 2013, LGBl. Nr. 35/2013 idF. LGBl. Nr. 14/2024, der zu wohnlichen oder betrieblichen Zwecken benutzbar ist, wird ebenso wie ein Dachgeschoss zur Berechnungsgrundlage hinzugerechnet. Wohnlichen Zwecken dienen auch Freizeit- und Hobbyräume, Schwimmbäder und Saunen. Betrieblichen Zwecken dienen beispielsweise Lager-, Abstell-, Verkaufs und Produktionsflächen;

b) alle Garagen, unabhängig, ob sie im Hauptgebäude, an das Hauptgebäude angebaut oder freistehend sind werden entsprechend ihrer Brutto-Grundfläche der Bemessungsgrundlage zugerechnet.

(1a) Von der Gebührenpflicht ausgenommen sind:

a) Kellergeschosse und Dachräume, soweit diese nicht ausgebaut sind und sie weder wohnlichen noch betrieblichen Zwecken dienen;

b) Nebenräume außerhalb des Wohnungsverbandes, die wie Kellerräume zu Abstellzwecken benutzt und als solche kenntlich gemacht werden, auch wenn sie im Gegensatz zu üblichen unterirdischen Kellerräumen in oberirdischen Geschoßen liegen. Dies gilt nur, sofern sie über keine gesonderte Anschlussmöglichkeit an die Kanalisation verfügen und diese keine für Geschäfts- oder Betriebszwecke dienenden Lagerräume darstellen;

c) Wäschetrockenräume, Schutzräume und Technikräume (wie z.B.: Heizungs- und Brennstofflagerräume sowie Aufzugsschächte);

d) Balkone, sowie jener Teil der Terrasse oder Loggia, der über die Gebäudekante hinausragt;

e) Vordächer sowie Flugdächer.

(2) Werden auch Dachflächen an die Kanalisationsanlage angeschlossen, so werden 5 % dieser 100 m² lotrecht projizierte Dachfläche überschreitenden Fläche der Bemessungsgrundlage nach Abs. 1 hinzugerechnet. Bei der Berechnung ist auf die volle Quadratmeteranzahl abzurunden.

(3) Bei der Berechnung ist auf die volle Quadratmeteranzahl abzurunden. Die Feststellung der gebührenpflichtigen Bemessungsgrundlage erfolgt nach den bewilligten Einreichplänen. Stehen solche Pläne nicht zur Verfügung oder besteht zwischen den bewilligten Einreichplänen und dem Naturmaß eine Differenz, so ist die Bemessungsgrundlage nach dem Naturmaß zu berechnen.

(4) Der Einheitssatz beträgt 28,64 Euro je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage. Die Mindestgebühr beträgt 4.296,00 Euro. Dies entspricht einer Fläche von 150 m^2 der Bemessungsgrundlage.

(5) Die Gebühr für den Anschluss von Grundstücken, die nicht bebaut sind, beträgt unabhängig von deren Größe 1.104,94 Euro.

(6) Die Gebühr für den Anschluss von bebauten Grundstücken, deren Bauwerke nicht an die Kanalisationsanlage angeschlossen werden, beträgt unabhängig von deren Größe 1.104,94 Euro.

(7) Übersteigt die Bemessungsgrundlage gemäß Abs. 1 eine Fläche von 250 m², so bleiben für die weitere Gebührenbemessung Flächen außer Betracht, wenn diese weder wohnlichen noch betrieblichen Zwecken dienen.

(8) Unterschreitet die Bemessungsgrundlage gem. Abs. 1 eine Fläche von 150 m², ist für die Gebührenbemessung dennoch eine Fläche von 150 m² anzunehmen (Mindestgebühr). Werden lediglich Nebengebäude oder ähnliche Bauwerke (z.B. Garten- und Gerätehütten) bis zu einer Bemessungsgrundlage von 70 m² an die Kanalisationsanlage angeschlossen, so werden solche Nebengebäude und Bauwerke mit einer Bemessungsgrundlage bis zu 35 m² für die Gebührenbemessung fiktiv mit 35 m² festgesetzt (Mindestgebühr), und solche mit einer Bemessungsgrundlage von über 35 m² bis einschließlich 70 m² mit dem tatsächlichen Flächenausmaß.

(9) Für die so ermittelte Anschlussgebühr wird bei technisch und hygienisch einwandfreier Auflassung der bis zum Kanalanschluss bestehenden Abwasserbeseitigungsanlage wie Senkgruben, Sickergruben etc. eine Ermäßigung von 1.104,94 Euro gewährt. Diese Ermäßigung gilt beim Anschluss von Nebengebäuden oder ähnlichen Bauwerken im Sinne des Absatz 8 nur zur Hälfte.“

2. § 5 Abs 2 Kanalbenützungsgebühr wird betraglich angepasst:

(2) „Die Höhe der verbrauchsabhängigen Kanalbenützungsgebühr beträgt **4,53 Euro** pro Kubikmeter des aus der gemeindeeigenen Wasserversorgungsanlage bezogenen, mittels Zähler gemäß § 8 Wasserleitungsordnung der Stadt Steyr gemessenen, Wassers. Die Bemessungsgrundlage bildet der Wasserverbrauch des vorangegangenen Bezugsjahr."

3. § 7 wird wie folgt gefasst:

(1) „Die Verpflichtung zur Entrichtung der Anschlussgebühr gemäß § 2 entsteht mit dem Zeitpunkt des Anschlusses des Grundstückes oder des Baues an die Kanalisationsanlage. Dieser Anschlusszeitpunkt ist der Abgabenbehörde unverzüglich vom Gebührenschuldner verpflichtend anzuzeigen. Unterbleibt eine solche Meldung so entsteht der Gebührenanspruch mit dem Zeitpunkt der erstmaligen Kenntnisnahme des Anschlusses durch die Abgabenbehörde.

(1a) Bei Neu-, Zu- und/oder Umbauten bereits angeschlossener Bauwerke, entsteht die Gebührenschuld der Ergänzungsgebühr gemäß § 4 mit der Beendigung der Bauführung oder von benützungsfähigen Teilen des Baues, die wiederum der Abgabenbehörde verpflichtend vom Abgabenschuldner unverzüglich zu melden ist oder von Amts wegen festgestellt wird.

(2) Die Verpflichtung zur Entrichtung der Bereitstellungsgebühr gemäß § 6 entsteht erstmals in dem auf das Jahr der Herstellung des Anschlusses des Grundstücks an die gemeindeeigene Kanalanlage folgenden Kalenderjahr und endet am Ende jenes Kalenderjahres, in dem nachgewiesen wird, dass das gegenständliche Grundstück bebaut ist. Die Bereitstellungsgebühr wird ungeteilt für das gesamte Kalenderjahr eingehoben und mit Fälligkeit 15. Mai eines jeden Jahres vorgeschrieben.

(3) Die Verpflichtung zur Entrichtung der Kanalbenützungsgebühr gemäß § 5

a) entsteht erstmals mit dem auf die Fertigstellung des Kanalanschlusses folgenden Monatsersten;

b) endet mit dem Ablauf des Kalendermonates, in dem eine für die Einhebung maßgebliche Voraussetzung wegfällt.

(4) Die Kanalbenützungsgebühr gemäß § 5 wird jährlich gleichzeitig mit den Hausbesitzabgaben im Nachhinein vorgeschrieben und eingehoben. Eine Vorauszahlung (Akontozahlung) ist jeweils am 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres fällig. Die Höhe der Vorauszahlungen wird auf Basis des Wasserverbrauches des Vorjahres und der gültigen Kanalbenützungsgebühr berechnet. Die Vorauszahlungsbeträge können, im Fall großer Verbrauchsabweichungen, seitens der Stadt Steyr jederzeit angepasst werden. Diese Vorauszahlungen sind bei der jährlich im Nachhinein erfolgenden Gebührenabrechnung, welche am 15. Februar eines jeden Jahres fällig ist, in Abzug zu bringen. Im Jahr der Herstellung des Kanalanschlusses hat eine Vorauszahlung nicht zu erfolgen.

(5) Ein Eigentumswechsel wird für die Vorschreibung der Kanalbenützungsgebühr gemäß § 5 erst zum nächstfolgenden Fälligkeitszeitpunkt gemäß Abs. 4 berücksichtigt."

II.

Diese Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung anhängige individuelle Verwaltungsverfahren sind nach den bisher geltenden Vorschriften weiterzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat Markus Spöck. Im Anschluss bitte David König.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:
Sehr geehrte Gemeinderätinnen, sehr geehrte Gemeinderäte. Es ist nicht unerwartet wahrscheinlich, dass ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melde, aber vielleicht gestattet mir, dass ich gleich den Tagesordnungspunkt 9, 10 und 11 zusammenfasse. Da können wir Zeit sparen und im Prinzip würde ich dann dreimal dasselbe sagen, so sage ich es nur einmal. Ja, 2025 haben wir gerade gehört, gibt es wieder eine Gebührenerhöhung bei der Wasseranschlussgebühr, dann der Kanalanschlussgebühr, der Wasserbenützungsgebühr, der Kanalbenützungsgebühr und der Abfallgebühr. Und der Herr Bürgermeister hat es ja schon gesagt, früher hat es immer geheißen, wir wollen den Vorschlag des Landes, der ja damals immer auch schon eine Empfehlung war, der in einem Erlass zusammengeführt worden ist. Diesmal empfiehlt das Land ausdrücklich, das ist auch neu, also das ist im Amtsbericht diesmal auch neu drinnen. Ich erwähne es deswegen, weil auch in diesem Saal herinnen schon einmal gesagt worden ist, wenn man dieser Erhöhung nicht zustimmt, wir haben ja alle den Eid geschworen und dann gehen wir gegen Gesetze. Und da darf ich nur einmal sagen, wir haben noch nie gegen Gesetze verstoßen, sondern da geht es immer um Erlässe des Landes Oberösterreichs und ein Erlass, wir haben ja Gemeindeautonomie und somit können wir uns natürlich an dem Erlass halten, sind aber nicht verpflichtet, weil es eben kein Gesetz ist. Aber jetzt zu den Gebühren selbst, zu der Kanalanschlussgebühr, das war eigentlich die einzige Gebühr, wo wir mitgestimmt hätten, weil sie ja auch nur einmal verrechnet wird, wenn man neu anschließt. Aber können wir nicht, weil das natürlich mit der Kanalbenutzungsgebühr in einen Antrag zusammengeführt worden ist und die Erhöhung von diesen schon bereits erwähnten 2,9 Prozent auf 4,53 Euro tragen wir nicht mit. Die Wassergebührenerhöhung, das ist die zweite Erhöhung, auch die 2,9 Prozent, die Erhöhung auf die 1,84 Euro pro Kubikmeter, auch diese tragen wir nicht mit. Zu den Abfallgebühren. Was heißt eigentlich, wenn wir vom Müll von 2,9 Prozent reden? Wir haben alle zu Hause eine Tonne, 60 Liter, 120 Liter, je nachdem, kann man wöchentlich entleeren lassen, kann man zwei-wöchentlich entleeren lassen. Wenn man es zwei wöchentlich entleeren lässt, zum Beispiel die große, die 120 Liter Tonne, zahlen wir jetzt vierteljährlich 82,60. Es gibt seit 2015, ich habe mir das jetzt extra rausgesucht, eine Erhöhung von ganzen 69,4 Prozent. Die 60 Liter Tonne, das heißt, wenn man sparsam ist, zwei-wöchentlich, sind wir bei 49,20 Euro. Seit 2015 eine Steigerung von 76,9 Prozent. Seit 2015, also wir reden heute von den Gebühren von 2025. Und dann, normalerweise ist in den Antrag immer drinnen gestanden, der Passus, ich lese ihn vor, um auch im nächsten Jahr dem Kostendeckungsprinzip gerecht zu werden, ist eine Gebührenerhöhung unumgänglich. Ja, jedes Jahr reden wir wieder vom Kostendeckungsprinzip und alleine das Kontrollamt, Kontrollamtsleiter sitzt ja eh herinnen, hat vor einigen Jahren schon ausgerechnet, dass das Kostendeckungsprinzip nicht mehr gerecht wird und wir speziell beim Wasser und beim Abfall mehrere hunderttausend Euro pro Jahr an Gewinn schreiben. Und heuer lesen wir im Amtsbericht den Plan Deckungsgrad und danke einmal an den Berichtersteller, weil, das ist jetzt das, was wir eigentlich schon lange gesagt haben, schon lange gewusst haben, dass es so ist, aber es ist oft abgestritten worden, auch in der letzten Legislaturperiode, muss ich dazu sagen, das geht ja alles schon sehr viel weiter zurück, hat es immer geheißen, nein, nein, wir haben keine Plandeckungsgrade über 100 Prozent. Und siehe da, das, was wir immer vermutet haben, tritt auch ein. Wasser 113 Prozent, das heißt 100 Prozent wäre die Kostendeckung, 113 nehmen wir ein, beim Abfall 115 Prozent. Und bei der Kanalbenützung sind es 121

Prozent. Ja, soviel zum Budget. Das heißt, ich gehe mal davon aus, dass wir keine Erhöhung mehr für die Gebühren 2025 brauchen. Wir haben es heute schon im Vorwort des Bürgermeisters gehört, Wohnen muss leistbar bleiben. Das ist ja an und für sich dieser Spruch, der immer vor Wahlen gesprochen wird, aber leider dann nicht immer angewendet wird. Und natürlich, und das muss ich auch dazu sagen, muss der Finanzreferent aufs Geld schauen. Überhaupt keine Frage. Das ist seine Aufgabe und das verstehe ich und das ist selbstverständlich wichtig. Nur im Prinzip sollte man dort schauen, wo man etwas lukrieren kann, wo wir nicht immer dem Bürger das Geld wegnehmen müssen. Es ist alles legitim, dass wir das machen, überhaupt kein Thema. Und es ist für mich auch nachvollziehbar, dass das Budget ein Geld braucht. Es ist auch klar, dass wir mit diesen Gebührenerhöhungen auch das Budget 2025 nicht retten werden. Aber natürlich, dass der Herr Bürgermeister, der Finanzreferent, immer darauf schaut, wo Geld hereinkommen kann, alles vollkommen okay. Aber wir können nicht eine Gebührenerhöhung begründen, indem unsere Bürgerinnen und Bürger das Stadt-Minus mit ausgleichen müssen, weil wir Überschüsse bei diesen Punkten machen. Ich habe euch zuerst schon gesagt, Steigerungen von bis zu 77 Prozent seit 2015, das wird wahrscheinlich für viele Bürgerinnen und Bürger wirklich schwer leistbar sein. Und das sollten wir Gemeinderäte auch verstehen, dass es so ist und dass es vielleicht bessere Wege zu einer Budgetsanierung geben kann. Nimm einen Spruch von der SPÖ her, Mietenbegrenzung und Senkung der Betriebskosten, das wird ja auch immer wieder beworben, auch bei der letzten Nationalratswahl. Das wäre jetzt so ein Thema, wo auch wir in Steyr mit der SPÖ als Mehrheitsfraktion uns auch anschließen können. Abschließend noch einmal, wir sprechen uns als ÖVP schon seit vielen, vielen Jahren gegen diese Gebührenerhöhungen beim Wasser, beim Kanal und beim Abfall aus. Jedes Jahr wieder. Und ich werde auch nicht müde, das alle Jahre wieder zu machen, weil ich sage schon, Wohnen muss leistbar sein. Und darum stimmen wir gegen alle drei Gebührenerhöhungen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat David König.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gemeinderatskollegen und -kolleginnen. Ich darf mir auch erlauben, dass ich die drei Punkte 9, 10 und 11 etwas zusammenfasse. Der Vorredner hat schon sehr viel und viele Argumente eingebracht, die dafür oder dagegen sprechen. Und bei der Kanalgebührenverordnung sehen wir halt die Notwendigkeit strukturell. Das ist uns schon klar, dass wir da Einnahmen brauchen. Aber da werden wir uns diesmal enthalten. Und bei den Wassergebühren und bei den Abfallgebühren sind wir dagegen. Warum? Wir haben voriges Jahr die Gebühren durchschnittlich um 7 % ca. angepasst oder angehoben, ja. Und die Kosten für Wasser, Abfall und Kanalgebühren, die sind wohl mit der Gebühr, kommen natürlich auch zum Wohnen dazu. Und es wird immer alles teurer, das ganze Leben. Und irgendwo stehen wir da jetzt einmal auf der Bremse. Weil, das geht nicht, das wird zu viel. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Wünscht sonst noch jemand das Wort? Zuerst Stadträtin Kattnigg, in Vorbereitung Gemeinderat Kurt Prack bitte.

STADTRÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):
Ja, sehr geehrter Gemeinderat, liebe Zuhörer. Wir haben natürlich in der Fraktion sehr lange diskutiert über die Gebührenerhöhungen. Bei den Kanalgebühren haben wir natürlich auch die Situation gesehen, dass da sehr viele bauliche Maßnahmen notwendig sind und daher das Geld wieder zurückfließen muss. Trotzdem haben wir beschlossen, uns der Stimme bei diesen Kanalgebührenerhöhungen zu enthalten. Warum ist das so? Erstens einmal, also wir sind der Meinung, dass wir den Steyrer Bürgern aufgrund von der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in Steyr, aufgrund von der Arbeitslosigkeit, von der hohen Arbeitslosigkeit, die sukzessive steigt, das nicht mehr zumuten können. Die Mieten werden höher, die Lebenserhaltungskosten werden höher und darum sind wir einfach dagegen, dass die Gebühren erhöht werden. Und

außerdem möchte ich noch darauf hinweisen, ich nenne selbstverständlich keine Zahlen. Ich sitze auch im Aufsichtsrat der Stadtbetriebe Steyr und bei der Abfallwirtschaft wird ein dickes Plus geschrieben. Wir sind bei den Wassergebühren, also bei beim Geschäftsbereich Wasser sind wir deutlich kostendeckend und bei vielen anderen Bereichen. Wir sind bei den Verkehrsbetrieben wie immer nicht kostendeckend und das ist auch mitunter ein Grund, warum wir uns für diese Maßnahmen entschieden haben. Keine Kanalgebührenerhöhung, also Enthaltung, und Wasser und Abfallgebühren eben ein Minus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes bitte Gemeinderat Kurt Prack.

GEMEINDRAT MAG. KURT PRACK:
Werte Kolleginnen und Kollegen, das ist natürlich nie erfreulich, wenn Gebühren erhöht werden. Ich mag auch nicht das wiederholen, was wir normalerweise immer sagen, das ist ein hohes Gut, Wasser, und es geht letzten Endes hier ganz wesentlich um Wasser, auch wenn es beim Kanal, wenn wir vom Kanal reden, geht es ja letzten Endes ums Wasser. Abfall, je weniger, umso besser. Man kann da auch ein bisschen gegensteuern. Diese Dinge sind aus grüner Sicht relativ klar. Und deswegen werden wir dem Antrag auch zustimmen. Das ist der eine Grund. Der andere ist aber schon auch noch der, wenn man sich das Budget anschaut, über das wir nachher sprechen werden, dann werden wir alle da dann heraußen, oder viele von uns werden heraußen feststellen, dass es ganz furchtbar ist, was wir für ein Minus haben. Und ja, Gebührenerhöhungen sind auch ein Teil des Budgets und das ist nötig. Und wenn wir jetzt zu den Stadtbetrieben, was sie Kollegin Kattnigg gesagt haben, wenn sie sagen die Stadtbetriebe haben da, das ist deckend und das ist in Ordnung, eh, aber der öffentliche Verkehr ist es nicht. Na ja, das mag schon sein, aber dann braucht man halt ein Geld für den öffentlichen Verkehr oder stellen wir den ein, weil er nicht deckend ist? Das sind so die Dinge. Und wenn man dann irgendwo einen Geschäftsbereich hat, wo man ein bisschen höhere Gebühren einnimmt, als dieser eigene einzelne Geschäftsbereich selbst benötigt, dann wird man das halt brauchen für andere Dinge. Unter anderem für den öffentlichen Verkehr. Aber sicher nicht das Einzige. Also wir werden zustimmen. Die Erhöhung ist, finde ich, moderat. Die Erhöhung ist nicht angenehm. Man kann als Benutzer von Kanal, Wasser und Müll, hat man es selbst in der Hand auch einzusparen. Dazu rufe ich auf, das ist auch im Sinne der Umwelt gut. Und ich glaube ganz einfach, dass wir das Geld dringend benötigen. Und deswegen, so ehrlich kann man ruhig sein, dass wir das Geld benötigen. Und deswegen werden wir dem zustimmen, neben den anderen Gründen, was das umweltpolitisch auch für Auswirkungen haben kann. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes hat sich Gemeinderat Freises Pit gemeldet. In Vorbereitung bitte Gemeinderat Kaliba.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen. Es ist bereits einiges gesagt worden zu den Gebühren. Es ist eine Überdeckung gegeben. Und es ist auch schon gesagt worden, Steyr braucht grundsätzlich das Geld. Also wenn man sich jetzt die Finanzen anschaut, zu denen wir heute noch kommen, dann schaut es da sehr düster aus. Was mir allerdings generell fehlt, und da werde ich auch nachher dann beim Budget noch näher darauf eingehen, das ist einfach ein transparenter Plan, wie die verantwortliche Politik gedenkt die Finanzen in den Griff zu bekommen in den nächsten Jahren. Und wir haben da jetzt eine Überdeckung. Wie gesagt, das Geld wird benötigt, das ist klar. Aber warum genau eine Überdeckung in dieser Höhe notwendig ist, das ist für mich nicht transparent. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Und das gehört, wie gesagt, in einem Plan, wie man gedenkt die Finanzen in Steyr wieder in Schuss zu bringen, einmal auch erläutert und argumentiert. Und solange das nicht der Fall ist, werde ich mich bei dieser Gebührenerhöhung der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes macht sich Gemeinderat Kaliba auf seinen Weg. In Vorbereitung bitte für die zweite Wortmeldung David König.

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:
Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, werte Zuseher, der Kurt Prack hat ganz recht, Wasser und Kanal, das ist untrennbar miteinander verbunden. Und es ist noch nicht so lange her, zwei Generationen, drei Generationen, da war es nicht selbstverständlich, dass es sauberes Wasser gibt, sauberes Trinkwasser und vor allem so saubere Gewässer. Die Leute sind krank geworden vom Wasser, das sie getrunken haben, irgendwo aus einem Bacherl, das ist immer wieder passiert, wo Siedlungen waren. Die großen Flüsse waren dementsprechend verschmutzt von der Industrie. Mit den Kläranlagen, aber auch mit einer modernen Wasserversorgung hat man, glaube ich, die Lebensqualität, die Gesundheit der Bevölkerung deutlich erhöht. Und das hat alles sehr, sehr viel Geld gekostet. Wir sind in Steyr in einer Stadt, glaube ich, mit einem alten Stadtkern, der ein sehr altes Kanalnetz hat. Und das hat ja der Helmut Zöttl in seinem Bericht ja selbst gesagt, dass im Kanal immer wieder sehr große Investitionen notwendig sind. Und wir haben aber auch ein sehr großes Wassernetz. Wir versorgen ja, das muss man auch wissen, nicht nur die Stadt Steyr, sondern auch die angrenzenden Gemeinden rund um uns bekommen auch immer wieder Wasser von uns. Wir haben, glaube ich, 200 Kilometer Versorgungsleitungen, 80 Kilometer Anschlussleitungen. Das gehört alles Instand gehalten. Wir haben die großen Hochbehälter. Und ich glaube, das ist auch jedem noch in Erinnerung, der Ennsleiten Behälter ist um ein horrendes Geld erst saniert worden. Und das wird uns auch bei anderen Behältern natürlich im Laufe der Zeit immer wieder kommen. Und wenn vorher gekommen ist, im Bereich der Deponie sollte man schauen, dass man Rücklagen schafft, um dann so große Investitionen zu machen, muss es ja da trotzdem auch zulässig sein. Natürlich hängen wir dem Geld kein Mascherl um, wenn es jetzt reinkommt, weil wir Überdeckung haben, wo das hinkommt. Aber trotzdem, es hilft einfach die Stadtfinanzen dementsprechend stabil zu halten, um auch dann wieder aus dem Budget wieder große Investitionen zu tätigen, wenn ein Hochbehälter zu machen ist, wenn ganze Straßenzüge und Wasserleitungen wieder neu gemacht werden. Ich glaube wir gehen sorgfältig mit dem um. 2,9 Prozent so im Durchschnitt Erhöhungen, das deckt nicht einmal das ab, was wir glaube ich im letzten Jahr an Inflation gehabt haben. Und es ist ja nicht eine Gebühr, die wir jetzt erhöhen, für irgendwas, wo wir keinen Aufwand haben. Also die Wassergewinnung, die Wasserverteilung, aber auch die Abwasserentsorgung ist sehr energieintensiv. Und das wird natürlich mit Strom gemacht. Und das weiß auch jeder Haushalt draußen, dass die Energiekosten horrend gestiegen sind. Und wir immer noch in einem Bereich sind, wo das einen jeden trifft. Das trifft uns aber natürlich auch als Stadt für die Energie, die wir aufwenden müssen, dass wir mal daheim den Wasserhahn aufdrehen, dass das Wasser rauskommt und dass der Kanal wieder weg rinnt. Das ist ja nicht so, dass das ja irgendwo in einer Leitung verschwindet und dann rinnt es beim Reitclub wieder sauber in die Enns. Nein, da gibt es unzählige technische Bauwerke, Hebel, Anlagen, wo riesige Pumpen sind und das Abwasser von A nach B bewegen. Und das kostet alles viel, viel Energie. Und da geben wir viel mehr aus wie noch vor einem Jahr, weil einfach die Energiekosten so stark gestiegen sind. Und ich glaube es ist schon legitim, zumindest einen Teil der Kosten auch an den Endverbraucher weiterzugeben, weil man kriegt auch eine hohe Qualität. Und wir haben es anscheinend schon wieder vergessen, es ist nicht selbstverständlich, dass wir den Wasserhahn aufdrehen und das Wasser trinken können. Weil denkt zurück, was war durch eine Verschmutzung aus dem Rohrnetz, nicht von unserer Wasserversorgung, da hat man auf einmal das Wasser nicht trinken können. Und was das für eine Belastung für die Leute war, ich glaube, das ist es schon wert, Geld in die Hand zu nehmen. Wir haben ein tolles Brunnenschutzgebiet, wir haben eine tolle Mannschaft im Wasserwerk, aber genauso im RHV, die schauen, dass unser Trinkwasser in einer guten Qualität zur Verfügung gestellt wird und dass aber auch unser Abwasser dementsprechend entsorgt wird. Und ich glaube diese Erhöhung, die jetzt so vorgeschlagen ist, der kann man guten Gewissens auch in schwierigen Zeiten, und das wissen wir alle, das macht sich keiner leicht, kann man zustimmen, dass man einfach diese Qualität auch in Zukunft für die Leute zur Verfügung stellen kann. Und darum glaube ich, dass man sehr, sehr gut beraten

ist, auch für die Zukunft, wenn man Gewässer und Trinkwasser so sauber halten will, dass man diesem Antrag seine Zustimmung gibt oder diesen Anträgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Zu seiner zweiten Wortmeldung hat sich David König gemeldet, in Vorbereitung, ebenso zur zweiten Wortmeldung, Stadträtin Kattnigg.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss mich bei den Vorrednern schon vorweg ein wenig entschuldigen, weil ich muss da ganz klar widersprechen. Vielleicht fehlt da ein wenig Information, aber ich sehe das schon so, dass die Einnahmen, Wasser, Kanal, Abfall eigentlich im selben Bereich wieder eingebracht werden sollen oder fast zweckgebunden sind und nicht dazu dienen, irgendwelche Budgetlöcher oder Mehreinnahmen zu generieren oder dann irgendwelche Löcher zu stopfen. Deswegen für die Infrastruktur, wie angesprochen worden ist, für die Hochbehälter und so weiter, zur Erhaltung der Leistung herangezogen werden. Aber über das hinaus eigentlich sind die nicht zum Abschöpfen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes hat sich zu Wort gemeldet Stadträtin Kattnigg.

STADTRÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):
Ja, ich möchte auf den Kollegen Prack noch einmal kurz replizieren wegen den Verkehrsbetrieben. Bei den Verkehrsbetrieben ist es so, dass wir eben ins Minus gehen. Das wissen wir. Aber mein Zugang ist anders. Es gibt die Clean Vehicle Strategy von der EU-Kommission, dass im öffentlichen Verkehr Busse auszutauschen sind. Also in Zero Emission Busse ausgetauscht werden müssen bis zu einer Jahreszahl, die ich jetzt nicht im Kopf habe. Ich glaube, das ist bis 2030. So, was machen wir? Wir kaufen E-Busse, weil sie ja so günstig gefördert sind von der Frau Gewessler. Ich glaube 13 Busse sind es jetzt in Summe. Das ist eh medial schon mehrfach angekündigt worden. Es gingen aber auch Hybridbusse und das ist ein Punkt, wo ich die Strategie einfach nicht mittragen kann. E-Busse sind wichtig für die Umwelt- und Klimastrategie der Stadt Steyr, wo wir inhaltlich auch nicht mitgegangen sind und nur bei gewissen Teilbereichen, wo uns immer wieder vorgeworfen wird, dass wir für Klimaschutz nicht zuständig sind oder Klimaschutz zu wenig befürworten. Nein, das ist nicht der Fall. Aber wir sind einfach nur kritisch. Und das darf auch einmal gesagt sein. Und der zweite Punkt, wegen den Gebühren, wegen den Abwassergebühren. Es gab in der Vergangenheit eine Verkeimung. Die Hochbehälter beim Krankenhaus, der Steyrecker Hochbehälter, wird demnächst saniert. Da gab es eine Anweisung vom Land Oberösterreich. Haben wir kürzlich gehört. Ja, okay, es gab eine Verkeimung, darum hat man auch alles, die ganzen Leitungen und die Hochbehälter, anschauen müssen. Und aus meiner Sicht ist das eh höchste Eisenbahn, weil die eh schon so alt sind, dass wir das vielleicht schon früher beginnen hätten können. Aber durch die Verkeimung ist halt vielleicht einmal ein bisschen Bewegung in die ganze Sache reingekommen. Das ist meine Ansicht bei dem Thema. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Doch eine Wortmeldung von Gemeinderat Georg Stimeder. Nachdem das Thema Verkehr angesprochen wurde, bin ich nicht überrascht über die Wortmeldung.

GEMEINDERAT GEORG STIMEDER, BA:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich halte mich ganz kurz. Eine Falschmeldung muss ich da jetzt aufklären. Ein Hybridbus ist natürlich nicht mit einem Elektrobus gleichzusetzen und gilt nicht für die Quote. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Nun gibt es aber wirklich keine Wortmeldung mehr, hoffe ich. Der Berichterstatter wünscht das Schlusswort. Ja, bitte.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Nachdem jetzt alles gemeinsam diskutiert wird, versuchen wir es auch gemeinsam zu beantworten, wo ich gleich einmal ganz ... Geschätzte Frau Stadträtin, ich weiß, dass du in vielen Bereichen dich engagierst. Nur das, was da jetzt gerade gelaufen ist, das geht nicht. Wir haben keine Verkeimung in unseren Hochbehältern, Kruzitürken. Was ist denn das für eine Aussage der Bevölkerung gegenüber? Ja, es gibt Grenzwerte. Das hat aber mit einer Verkeimung nichts zu tun. Und wenn wir bei gewissen Parametern Grenzwerte erreichen, müssen wir reagieren. Das hat aber null mit unseren Hochbehältern zu tun. Da ist keine Verkeimung feststellbar. Und diese Aussage da im Gemeinderat, das ist einfach ein Wahnsinn. Was heißt denn das für die Leute da draußen? Wir bemühen uns tagtäglich, dass wir das Trinkwasser in Steyr sauber halten. Und ja, wir hatten eine Verkeimung im Rohrnetz, und das ist sehr gut angesprochen worden, die hier von außen eingebracht worden ist, aber nicht durch unsere Hochbehälter. Ja, aber der Eindruck ist entstanden und die Aussage war sehr wohl so zu verstehen, dass die Verkeimung in unseren Hochbehältern ... das hast du genau so gesagt. Nein, das hast du genau so gesagt. Und das hat man genau so verstehen können. Und ich glaube, das ist ja was, und das möchte ich einfach wirklich von uns weisen, weil, das ist einfach so was Wichtiges. Da geht es auch um das Vertrauen der Bevölkerung darin, dass wir hier tagtäglich denen sauberes Trinkwasser liefern. Und das ist angesprochen worden in dem Moment, wo wir es nicht mehr liefern können, da fragt keiner mehr nach den Kosten. Es hat nachher keiner gefragt, was das gekostet hat, wenn wir auf einmal hier Trinkwasser nicht mehr zur Verfügung haben. Also, wie gesagt, es ist sensibel. Wir müssen hier auch in den nächsten Jahren viel tun, das stimmt. Wir haben hier Hochbehälter, die in die Jahre gekommen sind, traditionellerweise, weil das halt Bauteile sind, die zum Glück sehr lange halten. Aber wir haben hier Sanierungsbedarf und wir haben jetzt einen saniert, und die Summen sind gewaltig. Und ich glaube auch, dass der Gemeinderat Kaliba eh sehr gut zusammengefasst hat, es geht hier um zukünftige Investitionen die enorm sind. Und vielleicht noch einmal zum Verständnis, auch Förderungen zu den E-Bussen, die kommen aus der EU. Ich weiß eh, in Österreich macht man alles, was gut ist, macht man gerne selber. Aber weder Reparaturbonus noch Sonstiges kommt aus Österreich. Das sind alles Mittel der EU, die wir hier zum Glück für uns nutzen können, um hier die Transformation voranzuführen. Auch noch einmal zum geplanten Abstimmungsverhalten, da hat jeder natürlich seine Gründe. Das Einzige, was überraschend ist, diese Zusammenführung, dass Kanalanschlussgebühren und Kanalgebühren in einem Antrag verpackt sind, das gibt es schon seit längerem, das war schon so im Stadtsenat, und im Stadtsenat hat es noch eine Zustimmung gegeben. Also das war jetzt für uns etwas überraschend, dass das jetzt auf einmal aufgetaucht ist sozusagen, dass man auf einmal erkannt hat, dass es da einen Antrag gegeben hat, wo beides drinnen ist, dem man zuerst zustimmen hat können und jetzt nicht. Das war jetzt für uns etwas überraschend, aber es soll so sein. Wir nehmen das zur Kenntnis. Das andere Thema ist, wenn ich als FPÖ sage, wisst ihr was, für den Kanal bin ich zuständig, da weiß ich was das für Aufwand ist und wie schwierig das ist, und was da alles zu sanieren ist und was da an Kosten auf uns zukommt, dann enthalte ich mich zumindest bei der Erhöhung. Weil da weiß ich ja zumindest was auf uns zukommt. Und beim Trinkwasser, wo wir genau wissen, wo wir als Aufsichtsräte wissen was auf uns zukommt, ja aber da ist uns dann mehr egal. Und das Dritte ist, es gibt einen inneren Zusammenhang. Und wenn man sich den Amtsbericht durchliest, dann kommt ihr drauf, da gibt es in der einen Stelle, wo vielleicht die Einnahmen sind, Überdeckungen, aber da muss man natürlich auch die Gesamtkosten rechnen. Beim Abfall, siehe da, wenn wir alles reinrechnen, was wir reinrechnen dürfen, was einfach an Kosten vom Abfall sind, sieht man, wir sind auf 97 Prozent. 97 Prozent sind nicht 100 Prozent, das heißt wir gewinnen beim Abfall sogar eine Unterdeckung mit 2,9 Prozent. Das ist vielleicht auch dann, für das Verständnis bei der Bevölkerung, ich weiß, und das ist nicht schön, wenn man Dinge erhöhen muss, aber wir erhöhen auch oder wir sichern auch mit diesen Einnahmen die Leistungen, die wir bringen. Und ich darf nur in Erinnerung rufen, was es geheißen hat, wie wir das Trinkwasser nicht mehr in der gewohnten Qualität zur Verfügung stellen haben können und darum müssen wir investieren. Es wird gewaltig sein, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt, sowohl im Wasser- als auch im Kanalbereich und darum ersuche ich auch um Zustimmung zu dieser Gebührenerhöhung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer ist für diesen vorliegenden Antrag? Das sind die Stimmen von SPÖ und Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? Die Stimmen von ÖVP und MFG. Wer übt Stimmenthaltung aus? NEOS und FPÖ. Der Antrag wurde somit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **20**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **6**

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Stimmenthaltungen: **8**

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

10) 2023-392172 1. Novelle Wassergebührenordnung der Stadt Steyr, gültig ab 01.01.2025.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Ich glaube wir haben sie schon sehr intensiv diskutiert gemeinsam, auch hier geht es darum, diese 2,9 % Erhöhung auf alle Gebühren durchzusetzen. Und ich ersuche auch hier um Zustimmung zu dieser Gebührenerhöhung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA Finanz- und Beteiligungsverwaltung wird die in der Anlage beigeschlossene 1. Novelle der Wassergebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt am 01.01.2025 in Kraft. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung WASSERGEBÜHRENORDNUNG, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 14.12.2023, außer Kraft.

Soweit in dieser Verordnung auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise.

1. VERORDNUNG
ZUR ÄNDERUNG DER WASSERGEBÜHRENORDNUNG DER STADT STEYR (1. Wassergebühren-ÄnderungsVO)

beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 12. Dezember 2024.

Aufgrund § 17 Abs. 3 Z. 4 Finanzausgleichsgesetz 2024 (FAG 2024), BGBl. I Nr. 168/2023 i.d.g.F., und § 1 Interessentenbeiträge-Gesetz 1958, LGBl. Nr. 28/1958 i.d.g.F., wird verordnet:

Die Wassergebührenordnung der Stadt Steyr, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 14. Dezember 2023, wird

wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 hat zu lauten:

Die Höhe der Anschlussgebühr beträgt bei einer Anschlussnennweite (NW) von

20 mm	€ 2.575,00
25 mm	€ 5.496,00
32 mm	€ 9.160,00
40 mm	€ 12.214,00
50 mm	€ 21.732,00
80 mm	€ 54.383,00
100 mm	€ 85.572,00
150 mm	€ 195.562,00

2. § 5 Abs. 2 hat zu lauten:

Die Höhe der Wasserbenützungsgebühr beträgt 1,84 Euro pro Kubikmeter, des aus der gemeindeeigenen Wasserversorgungsanlage bezogenen, mittels Zähler gemäß § 8 Wasserleitungsordnung der Stadt Steyr gemessenen, Wassers. Jeder angefangene Kubikmeter Wasser ist als voll zu berechnen. Die Bemessungsgrundlage bildet der Wasserverbrauch des vorangegangenen Bezugsjahr.

3. § 6 Abs. 2 hat zu lauten:
Die Wasserzählergebühr beträgt pro Jahr bei einer Anschlussnennweite (NW) von

20 mm	€ 35,00
25 mm und 32 mm	€ 35,00
40 mm	€ 74,00
50 mm	€ 134,40
80 mm	€ 143,20
100 mm	€ 160,80
150 mm	€ 295,20

4. § 6 Abs. 3 hat zu lauten:
Die Wasserzählergebühr für Verbundzähler und Hydrozähler beträgt bei einer Anschlussnennweite (NW) von

80/20 mm	€ 423,00
100/20 mm	€ 463,70
150/20 mm	€ 635,40

5. § 7 Abs. 1 hat zu lauten:
Die Verpflichtung zur Entrichtung der Wasseranschlussgebühr entsteht mit der Herstellung des Anschlusses des Grundstückes bzw. des Bauwerks an die Wasserversorgungsanlage. Dies gilt auch für nachträglich hergestellte zusätzliche bzw. neu dimensionierte Anschlüsse.

Diese Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt am 1. Jänner 2025 in Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Ja, eine Wortmeldung von Vizebürgermeister Zöttl, im Anschluss Gemeinderat Kaliba.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Danke schön. Es war ja quasi eine Aufforderung vom Herrn Bürgermeister mich zu melden, aber nicht jetzt zu den Wassergebühren, sondern das ist ja analog zu sehen mit den Kanalgebühren logischerweise. Wie wir wissen, jeder der einen Wasserhahn aufdreht zahlt doppelt so viel Kanalgebühren. Sprich, was der Bürgermeister gemeint hat, dass in den Kanälen so viel Geld vergraben wird oder so viel gemacht wird. Ja das stimmt, aber der Kanal bringt mehr als er sozusagen kostet. Und das müssen wir den Steyrer Bürgern auch sagen. Und wir haben heute schon einen Antrag gehabt, wo die Schadensklassen 3, 4 und 5 drinnen sind. Das sind alte Kanäle, die sind lange Zeit nicht saniert worden. Somit kann man sagen, es ist ein

Rückstau in den letzten Jahrzehnten aufgebaut worden. Vielleicht sind da die Gebühren nicht dementsprechend zweckgebunden in den Kanal investiert worden. Und darum müssen wir es jetzt machen. Es ist alles zeitverzögert. Und ich glaube, wenn wir das in jedem Bereich so handhaben würden, wie wir es heute mit der Deponie gemacht haben, dass man das Geld dort hineinsteckt, wo es auch verdient wird, dann wäre die ganze Situation eine wesentlich bessere, was das Budget betrifft. Also wo beginnt man, wo hört man auf? Aber ich glaube heute ist eh einmal ein guter Ansatz geschehen. Möglicherweise wird es für die Zukunft viel, viel interessanter, dass man darauf schaut, dass die Infrastruktur dementsprechend gewartet wird und in allen Bereichen gewartet wird. Weil ich glaube, dass das eine wesentliche Grundaufgabe der Stadt ist und die müssen wir erfüllen. Und wir dürfen da keinen Rückstau zusammenkommen lassen, weil wir sehen, das holt uns irgendwann ein. Irgendwer steht vor einer Entscheidung, was er jetzt machen muss oder tut, oder soll. Und das ist jedes Mal schwierig. Das sehen wir alle miteinander. Und ja, der Bürger spürt es auch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderat Thomas Kaliba, im Anschluss Stadträtin Kattnigg.

GEMEINDERAT THOMAS KALIBA:
Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuseher, ich muss auch noch einmal auf das Stellung nehmen, was die Evelyn da gesagt hat. Es könnte nämlich schon aus deinen Wortmeldungen, wenn man dir zugehört hat, der Anschein entstehen, dass der Steyrecker Behälter jetzt saniert wird, weil es eine Verkeimung von außen gegeben hat, vor ein paar Jahren im Rohrnetz, was mit dem Behälter gar nichts zu tun gehabt hat. Und im Zuge dessen wäre man jetzt vielleicht draufgekommen, dass man mit diesem Behälter was machen muss. Ist ja ein völliger Blödsinn. Weil auch vor, weiß ich nicht wie lange das jetzt schon wieder aus ist, vor 15, 20 Jahren ist der Münichholzer Behälter saniert worden. Und da hat es keinen Anlassfall vorher gegeben. Warum passiert denn so was? Das sind Betonbauwerke, wo diese Kammern verfliest sind, und man schaut sich an, wie ist der Beton beisammen, gibt es jetzt Abplatzungen, wo die Armierung rausschaut, bei den Decken oder so, wie sind die Lüftungseinrichtungen beisammen, wie sind die Rohre beisammen und vor allem, wie schaut die Verfliesung aus? Weil diese Behälter, die werden ja regelmäßig gereinigt und das Reinigen führt dazu, dass sich diese Verfugung der Fliesen schön langsam einfach auflöst. Das wird einfach weggewaschen, weil mit Reinigungsmitteln natürlich gearbeitet wird, alles lebensmittelecht, dass einfach eine hohe Qualität sichergestellt wird. Und irgendwann ist aber dann nichts mehr da und dann könnte es anfangen, dass die Fliesen dann einmal runterfallen. Und bevor man einen zu großen Sanierungsaufwand immer wieder hat, wird man sich dann einmal dazu entschließen, einen Behälter general zu sanieren. Und das wird Schritt für Schritt jetzt immer wieder kommen. Aber da zu sagen, ja gut dass es eine Verkeimung gegeben hat, weil jetzt hat von außen das Land einmal draufgeschaut und ist draufgekommen, wir müssen den Behälter sanieren. Das ist ein völliger Blödsinn. Das Wasser in Österreich ist eines der strengsten kontrollierten Lebensmittel und es werden regelmäßig Proben gezogen in unserem Rohrnetz, in unseren Brunnen, überall, um diese hohe Qualität, die wir haben, sicherzustellen. Und wir können wirklich stolz sein in Steyr, dass wir Trinkwasser trinken können, das so wie es aus dem Boden rauskommt, haben wir es in der Leitung, ohne einen Tropfen Chemie. Und das ist auch für andere Städte in Österreich nicht selbstverständlich, dass man nichts dazu geben muss, dass wir so eine gute Qualität haben. Und wir haben das nicht wegen Zurufen von außen, sondern weil da einfach immer schon nach vorne gedacht worden ist, weil das regelmäßig überprüft ist, gut gewartet ist und wir auch Gott sei Dank im Besitz eines sehr großen Brunnenschutzgebietes sind in Dietach, wo man dementsprechend auch Schutzzonen hat, dass das Wasser im Boden auch von vornherein sauber herauskommt und nicht verunreinigt ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als Nächste hat sich die Stadträtin Kattnigg zu Wort gemeldet.

STADTRÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):
Lieber Herr Kollege Kaliba, ich freue mich schon sehr, dass du demnächst in den Aufsichtsrat der Stadtbetriebe Steyr einziehst, du hast dich mit der Thematik im Vorfeld schon sehr gut befasst. Ich auch wie damals die Verkeimung war der Leitungen, habe ich mich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Möchte nur eines noch dazu sagen, wenn der Vorwurf gekommen ist, weil ja der Herr Bürgermeister aufgrund von meiner Wortmeldung sehr emotional geworden ist, falls ich gesagt habe, und ich höre mir das auch dann noch an, dass im Hochbehälter eine Verkeimung war, war natürlich nicht, es war eine Verkeimung in den Leitungen. Ich weiß auch dass die Leitungen, ich habe mich sogar beim Landesrat Kaineder anno dazumal erkundigt, weil das Wasserrecht ist ein Teil beim Kaineder, ein Teil war es beim Herrn Klinger, Landesrat Klinger damals noch, das ist aufgesplittet das Thema, habe mich intensiv mit der Materie beschäftigt. Ich habe nicht gesagt, oder falls ich es gesagt habe, dass im Hochbehälter eine Verkeimung war, nein, ist nicht so, war nicht so, sondern in den Leitungen, ich wurde auch damals ziemlich, weil ich mich so intensiv auseinandergesetzt habe mit dem Wassernetz in Steyr und Argumente geliefert habe, oder kritische Anmerkungen, wurde ich ziemlich angefeindet, ist egal, macht ja nichts, wenn man ordentlich arbeitet und sich mit einer Materie auseinandersetzt, dann ist das halt so. Aber ich wollte nur hinweisen, weil es halt das gegeben hat, unser Trinkwasser in Steyr ist sehr gut, wir haben damals ein Pech gehabt, da waren Fäkalkeime drinnen, das wissen alle, wir mussten, wir konnten die Wasserleitungen, also das Wasser, nicht benutzen. Und ich wollte darauf hinweisen, dass man dann vielleicht noch mehr auf die Hochbehälter geschaut hat, ich weiß, ich habe den Steyrecker Hochbehälter deswegen erwähnt, weil er detailliert in der letzten Aufsichtsratssitzung erklärt wurde, dass das Land gesagt hat der gehört saniert, der ist einer der Größten. Es gibt auch den gleichen Behälter noch in der Schlühslmayrsiedlung wurde uns erklärt. Es gibt mögliche Varianten für die Sanierung und die sind teuer, mehr will ich gar nicht gesagt haben, Entschuldigung, falls das angekommen ist beim Bürger, dass der Hochbehälter verkeimt war, aber ich werde mir das nochmal genau anhören, danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Mir sind keine Wortmeldungen mehr bekannt, wünscht der Berichterstatter das Schlusswort? Das wünscht er, bitte.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Ich möchte nochmal Danke sagen für diese Klarstellung, weil es glaube ich auch wichtig ist. Ich glaube es ist durchaus missverständlich zu interpretieren und darum ist es auch wichtig, glaube ich, dass die Bürgerinnen und Bürger mitbekommen, dass wir alle gemeinsam auch hier das Interesse haben, dass wir Wasser in höchster Qualität zur Verfügung stellen. Und ich ersuche über den Antrag abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gut wir kommen nun zur Abstimmung, wer ist für diesen Antrag? Das sind die Stimmen von SPÖ und Grünen. Wer ist gegen diesen Antrag? Das sind die Stimmen von FPÖ, MFG und ÖVP. Wer übt Stimmenthaltung? NEOS übt Stimmenthaltung. Der Antrag wurde somit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **20**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in}

Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **13**

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Stimmenthaltungen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

11) 2022-806248 Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr ab 01.01.2025.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gut, auch hier sind diese 2,9 % als Erhöhung angesetzt und darf wie gesagt noch einmal zur Kenntnis bringen, dass durch die Verrechnung der inneren Zusammenhänge, einfach Kosten die der Stadt entstehen, der Kostendeckungsbeitrag inzwischen auf 97 % gesunken ist, trotz Erhöhung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr, zu erfolgen. Diese Verordnung tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Soweit in dieser Verordnung auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise.

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 12.12.2024, über die Novellierung der **ABFALLGEBÜHRENORDNUNG** für die Stadt Steyr (Abfallgebühren-ÄnderungsVO 2025).

Gemäß § 18 Oö. Abfallwirtschaftsgesetz, LGBl. Nr. 71/2009 i.d.g.F., wird folgende Änderung der Abfallgebührenverordnung der Stadt Steyr (beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 15.12.2016, zuletzt geändert mit Gemeinderatsbeschluss vom 14.12.2023, 2022-806248), verordnet:

Artikel I

1. § 3 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Die Gebühr für die Sammlung und Behandlung von Hausabfällen, haushaltsähnlichen Gewerbeabfällen oder Biotonnenabfällen beträgt vierteljährlich pro gehaltener Abfalltonne mit einem Fassungsvolumen von

	ab 1.1.2025
1) 60 l (Abfallbehälter)	
a) bei wöchentlich 1maliger Entleerung	€ 98,40
b) bei 1maliger Entleerung jede zweite Woche	€ 49,20
2) 120 l (Abfallbehälter)	
a) bei wöchentlich 1maliger Entleerung	€ 165,20
b) bei 1maliger Entleerung jede zweite Woche	€ 82,60
3) 240 l (Abfallbehälter)	
a) bei wöchentlich 1maliger Entleerung	€ 298,80
b) bei 1maliger Entleerung jede zweite Woche	€ 149,40
4) 770 l (Abfallgroßbehälter)	
a) bei wöchentlich 1maliger Entleerung	€ 889,20
b) bei 1maliger Entleerung jede zweite Woche	€ 444,60
5) 1100 l (Abfallgroßbehälter)	
a) bei wöchentlich 1maliger Entleerung	€ 1.256,40
b) bei 1maliger Entleerung jede zweite Woche	€ 628,20“

2. § 5 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Für 60 Liter Abfallsäcke beträgt die Gebühr **€ 6,10** pro Sack.“

Artikel II

Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr, zu erfolgen. Diese Verordnung tritt am 01.01.2025 in Kraft. Personenbezogene Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter in gleicher Weise.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Wünscht hier jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Wieder die Stimmen von Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Die Stimmen von FPÖ, ÖVP und MFG. Und wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung von NEOS. Der Antrag wurde somit ebenso angenommen.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **20**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **13**

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Stimmenthaltungen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

12) 2024-166937 Neufassung der Lustbarkeitsabgabeordnung ab 01.01.2025 (Enderledigung).

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gut, hier liegt ein Antrag vor, den wir schon einmal diskutiert haben, dann in den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss geschickt haben. Jetzt wieder hier vor uns liegen haben, dass wir die 25 % Lustbarkeitsabgabe senken auf den allgemeinen Satz von 11 %. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag. Zeitgleich liegt ein Abänderungsantrag vor, der ja bereits schriftlich verteilt worden ist und damit auch in Verhandlung steht. Und ich ersuche um Diskussion und Zustimmung zu unserem Antrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Aufgrund des Ergebnisses der Beratung im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss in der Sitzung vom 02.12.2024 wird die Lustbarkeitsabgabenordnung 2025 der Stadt Steyr in der aus der Beilage ersichtlichen Fassung (Bearbeitungsstand 21.11.2024) beschlossen.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr zu erfolgen. Die Verordnung tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Mit diesem Beschluss wird zugleich der Antrag des Stadtsenates ‚Neufassung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr ab 01.11.2024‘ erledigt.“

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 12.12.2024, über die Erlassung einer **LUSTBARKEITSABGABE-ORDNUNG** für die Stadt Steyr (Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr 2025), welche die Lustbarkeitsabgabe für Veranstaltungen, Spielapparate und Wettterminals regelt

Gemäß § 17 Abs. 3 Z. 1 Finanzausgleichsgesetz 2024 (FAG 2024), BGBl. I Nr. 168/2023 i.d.g.F., und des Oö. Lustbarkeitsabgabegesetzes 2015, LGBl. Nr. 114/2015 i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1
GEGENSTAND DER ABGABE

(1) Der Lustbarkeitsabgabe unterliegen alle im Gemeindegebiet durchgeführten öffentlichen Veranstaltungen, sofern für den Besuch ein Eintrittsgeld zu entrichten ist.
(2) Der Lustbarkeitsabgabe unterliegen auch der Betrieb von
   1. Spielapparaten (§ 3 Z 6) an Orten, die für alle Personen frei oder unter den gleichen Bedingungen zugänglich sind, und
   2. Wettterminals (§ 3 Z 7).

§ 2
ABGABENBEFREIUNGEN

Der Lustbarkeitsabgabe unterliegen nicht

1. Veranstaltungen von Theatern, die aus Mitteln des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde regelmäßig Zuschüsse erhalten,
2. Ausspielungen gemäß § 2 des Glücksspielgesetzes, BGBl. Nr. 620/1989 i.d.g.F., durch Konzessionäre und Bewilligungsinhaber nach den §§ 5, 14 und 21 des Glücksspielgesetzes,
3. Vorführungen von Filmen (Kinovorführungen), Zirkusvorstellungen und sportliche Veranstaltungen aller Art,
4. Verkaufsausstellungen oder reine Schau- oder Werbeausstellungen der gewerblichen Wirtschaft und der Land- und Forstwirtschaft, sofern damit nicht Vorträge oder musikalische Darbietungen u. dgl. verbunden sind, es sei denn, dass solche Darbietungen einen notwendigen Bestandteil dieser Veranstaltung bilden,
5. Veranstaltungen deren Gewinn ausschließlich und unmittelbar zu einem vorher anzugebenden gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zweck verwendet wird,
6. Veranstaltungen von Kulturvereinen und Kulturschaffenden, welche vom Land Oberösterreich oder der Stadt Steyr in Form einer Geldleistung subventioniert werden,
7. Veranstaltungen von Einrichtungen, die dem OÖ Volksbildungswerk angehören,
8. Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich dem Feuerwehr- oder Rettungswesen zugutekommt und
9. Veranstaltungen, die ausschließlich kirchlichen Zwecken dienen.

§ 3
BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Im Sinne dieser Verordnung bedeutet:

1. „öffentlich“: für alle Personen oder alle Personen eines bestimmten Personenkreises frei oder unter denselben Bedingungen zugänglich;
2. „Veranstalter“: jede natürliche oder juristische Person, Personengesellschaft des Handelsrechts sowie eingetragene Erwerbsgesellschaft, in deren Namen oder auf deren Rechnung die Veranstaltung durchgeführt wird oder Spielapparate betrieben werden; Veranstalter ist auch, wer sich öffentlich als Veranstalter ankündigt oder den Behörden gegenüber als Veranstalter auftritt;
3. „Veranstaltung“: Veranstaltung iSd § 2 Z. 1 Oö. Veranstaltungssicherheitsgesetzes (LGBl. 78/2007 i.d.g.F.);
4. „Eintrittsgeld“: entspricht der Bemessungsgrundlage der Lustbarkeitsabgabe; finanzielle Gegenleistung für die Zulassung zur Veranstaltung;
5. „Zulassung“: der Besuch, die Benützung oder die Teilnahme an einer Veranstaltung;
6. „Spielapparat“: Spielapparat iSd § 1 Abs. 1 Z. 1 Oö. Lustbarkeitsabgabegesetz 2015 (LGBl. 114/2015 i.d.g.F.)
7. „Wettterminal“: Wettterminal iSd § 1 Abs. 1 Z. 2 Oö. Lustbarkeitsabgabegesetzes 2015 (LGBl. 114/2015 i.d.g.F.) i.V.m. § 2 Z. 8 des Oö. Wettgesetzes (LGBl. 72/2015 i.d.g.F.).

§ 4
ABGABENSCHULDNER UND HAFTUNG

(1) Abgabenschuldner bei den mit Karten entgeltlich zugänglichen Veranstaltungen gemäß § 1 Abs. 1 ist der Veranstalter.

(2) Abgabenschuldner für den Betrieb von Spielapparaten ist der Veranstalter.

(3) Abgabenschuldner für den Betrieb von Wettterminals ist das den jeweiligen Wettterminal betreibende Wettunternehmen iSd § 2 Z. 9 Oö. Wettgesetzes (LGBl 72/2015 i.d.g.F.).

§ 5
ANMELDUNG

(1) Zur Anmeldung verpflichtet ist der Abgabenschuldner.

(2) Lustbarkeitsabgabepflichtige Veranstaltungen gemäß § 1 Abs. 1 sind spätestens drei Werktage vor Veranstaltungsbeginn bei der Abgabenbehörde anzumelden.

(3) Jede Veranstaltung gemäß § 1 Abs. 1 ist grundsätzlich gesondert anzumelden. Die Abgabenbehörde kann jedoch die einmalige Anmeldung einer Reihe ständiger oder regelmäßig wiederkehrender, gleichartiger Veranstaltungen desselben Veranstalters als ausreichend ansehen.

(4) Lustbarkeitsabgabepflichtige Spielapparate und Wettterminals gemäß § 1 Abs. 2 sind spätestens am Tag der Aufstellung der Abgabenbehörde anzumelden. Ändert sich die Anzahl der Spielapparate und/oder Wettterminals, so hat der Abgabenschuldner diesen Umstand unverzüglich der Abgabenbehörde mitzuteilen.

(5) Diese Anmeldung hat unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Formulars zu erfolgen und sämtliche für die Bemessung bzw. Einhebung der Steuer in Betracht kommenden Angaben zu enthalten.

§ 6
EINTRITTSKARTEN

(1) Werden Eintrittskarten ausgegeben, so haben diese Kriterien gem. Abs. 2 zu erfüllen.

(2) Sämtliche Eintrittskarten, einschließlich der von einem Kartenbüro vertriebenen und der automationsunterstützt ausgegebenen Karten (z.B. Online-Tickets, e-tickets), müssen mit fortlaufender Nummer versehen sein und haben zu enthalten:
1. Zeit, Ort und Art (Bezeichnung) der Veranstaltung,
2. Angabe, in wessen Namen und auf wessen Rechnung die Veranstaltung durchgeführt wird und
3. Höhe des Eintrittsgeldes bzw. Hinweis auf die Unentgeltlichkeit.

(3) Im Zuge der Anmeldung hat der Veranstalter die Eintrittskarten oder sonstige Eintrittsausweise, die dazu ausgegeben werden sollen, der Abgabenbehörde zur amtlichen Kennzeichnung vorzulegen. Die Abgabenbehörde kann Ausnahmen (z.B. Online-Tickets, e-tickets) von den Erfordernissen für den Inhalt der Eintrittskarten gemäß Abs. 2 gestatten sowie von der amtlichen Kennzeichnung absehen, sofern dadurch die Bemessung der Abgabe nicht erschwert oder gefährdet wird.

(4) Sofern die Abgabenbehörde keine Ausnahme nach Abs. 3 verfügt hat, darf der Veranstalter die Teilnahme an der Veranstaltung nur gegen Entwertung der Eintrittskarten gestatten. Die entwerteten Eintrittskarten sind den Teilnehmern zu belassen und von diesen den (Kontroll)Organen der Abgabenbehörde auf Verlangen vorzuweisen.

§ 7
ABGABENABRECHNUNG

(1) Der Veranstalter hat für jede Veranstaltung iSd § 1 Abs. 1 einen fortlaufenden Nachweis über sämtliche vereinnahmten Eintrittsgelder zu führen. Für den Fall, dass Eintrittskarten aufgelegt werden, hat der Veranstalter auch über die ausgegebenen und nicht ausgegebenen einen Nachweis zu führen.

(2) Der Veranstalter hat jede Veranstaltung iSd § 1 Abs. 1 gesondert abzurechnen und, vorbehaltlich der in Abs. 3 und 4 getroffenen Anordnungen, diese Abrechnung innerhalb einer Woche nach Durchführung der Veranstaltung der Abgabenbehörde vorzulegen.

(3) Eintrittskarten, welche für mehrere Veranstaltungen Gültigkeit haben, sind binnen einer Woche nach Fälligkeit des Abonnementpreises abzurechnen.

(4) Die Abgabenbehörde ist berechtigt, für Abrechnungen über wiederkehrende Veranstaltungen Ausnahmen vom Grundsatz der gesonderten Abrechnung zu bewilligen.

(5) Die Abrechnung hat unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Formulars zu erfolgen und sämtliche für die Bemessung der Steuer in Betracht kommenden Angaben zu enthalten. Für den Fall, dass Eintrittskarten über Kartenbüros und/oder automationsunterstützt angeboten und verkauft wurden, hat der Veranstalter seiner Abrechnung auch einen Nachweis der angebotenen und verkauften Eintrittskarten vom jeweiligen Ticket-Vertriebssystem anzuschließen.

(6) Der Abrechnung sind die aufgelegten, jedoch nicht verwendeten Eintrittskarten zur Überprüfung und Vernichtung anzuschließen. Die Abgabenbehörde kann davon Abstand nehmen, wenn die Abgabenerhebung hierdurch nicht beeinträchtigt wird; in diesem Fall kann die Abgabenbehörde verlangen, dass die nichtverwendeten Eintrittskarten zu einem späteren Zeitpunkt übergeben werden.

(7) Eine Berichtigung der Abrechnung ist zulässig, wenn noch kein Bescheid erlassen wurde.

§ 8
BEMESSUNGSGRUNDLAGE UND ABGABENHÖHE

(1) Die Lustbarkeitsabgabe wird vom Eintrittsgeld erhoben, sofern für die Zulassung zur Veranstaltung ein Eintrittsgeld, in welcher Form auch immer, vereinnahmt wird.

(2) Zum Eintrittsgeld zählen:
1. das tatsächlich von den Teilnehmern bzw. Besuchern entrichtete Entgelt für den Preis der Eintrittskarte abzüglich einer allfällig im Preis enthaltenen Berechtigung zur Konsumation von Speisen und Getränke;
2. andere der Höhe nach von vornherein festgelegte Entgelte wie z.B. die ohne Ausgabe von Eintrittskarten festgelegten Eintrittsgelder;
3. Geldleistungen, die für den Besuch der Veranstaltung freiwillig erbracht werden (zB Spenden);
4. Bonuskarten, Festabzeichen, Stempelabdrucke oder sonstige Kennzeichnungen oder Eintrittsausweise, welche als Voraussetzung für die Zulassung zur Veranstaltung, entgeltlich abgegeben werden.

(3) Die Lustbarkeitsabgabe, die Umsatzsteuer sowie allfällige vereinnahmten Versandkosten der Eintrittskarten gehören nicht zur Bemessungsgrundlage.
Unentgeltlich ausgegebene Karten, wie Gästekarten oder Freikarten, bleiben auf Antrag abgabefrei, wenn sie als solche im Vorhinein kenntlich gemacht werden.

(4) Das Ausmaß der Lustbarkeitsabgabe für Veranstaltungen gemäß § 1 Abs. 1 beträgt 11% des Eintrittsgeldes.

(5) Das Ausmaß der Lustbarkeitsabgabe für Spielapparate und Wettterminals gemäß § 1 Abs. 2 beträgt für jeden angefangenen Kalendermonat der Aufstellung

1. 50,00 Euro für den Betrieb jedes Spielapparates bzw. 75,00 Euro für den Betrieb jedes Spielapparates in Betriebsstätten mit mehr als acht solchen Apparaten, sowie
2. 250,00 Euro für den Betrieb jedes Wettterminals.

§ 9
ENTSTEHEN UND FÄLLIGKEIT DER ABGABENSCHULD

(1) Die Abgabenschuld entsteht

1. mit der Entrichtung des Eintrittsgeldes durch Teilnehmer bzw.
2. mit der Inbetriebnahme der Spielapparate bzw. Wettterminals.

(2) Die Abgabe für Veranstaltungen nach § 1 Abs. 1 ist nach Einreichen der Abrechnung bzw. nach Abschluss der Ermittlungen durch die Abgabenbehörde mit Bescheid festzusetzen (§ 198 BAO). Diese Abgabe ist einen Monat nach Zustellung des Abgabenbescheides an den Abgabenschuldner zur Zahlung fällig und von diesem zu entrichten.

(3) Die Abgabe für Spielapparate und Wettterminals nach § 1 Abs. 2 ist nach erfolgter Anmeldung bzw. nach Abschluss der Ermittlungen mit Bescheid festzusetzen (§ 198 BAO). Soweit dem Abgabenschuldner die Lustbarkeitsabgabe in regelmäßig gleichbleibender Höhe vorzuschreiben ist, darf die Abgabenbehörde im Interesse der Zweckmäßigkeit der Abgabenerhebung im Abgabenbescheid festlegen, dass diese Festsetzung auch für die folgenden Abgabenzeiträume gilt. Ein solcher Bescheid ist als „Dauerbescheid“ zu bezeichnen. Ein neuer Abgabenbescheid ist zu erlassen, wenn sich die rechtlichen und/oder tatsächlichen Voraussetzungen für die Festsetzung ändern. Tatsächliche Änderungen sind der Abgabenbehörde unverzüglich und wahrheitsgemäß anzuzeigen (§ 119 BAO). Diese Abgabe ist am 15. jeden Monats zur Zahlung fällig und bis zu diesem Zeitpunkt vom Abgabenschuldner zu entrichten.

§ 10
ABGABENKONTROLLE

(1) Der Abgabenschuldner hat der Abgabenbehörde auf Verlangen unverzüglich alle Auskünfte zu erteilen, die zur Abgabenerhebung erforderlich sind.

(2) Die Abgabenbehörde ist berechtigt, die Einhaltung der Bestimmungen der Lustbarkeitsabgabeordnung zu überwachen, Einsicht in die Geschäftsbücher zu nehmen und insbesondere Erhebungen an Ort und Stelle der Veranstaltung/Vergnügung unentgeltlich vorzunehmen.

§ 11
SICHERHEITSLEISTUNG

(1) Zur Vermeidung einer Gefährdung oder wesentlichen Erschwerung der Einbringung der Abgabe ist die Abgabenbehörde berechtigt, in begründeten Fällen die Leistung einer Sicherheit in der voraussichtlichen Höhe der Abgabenschuld zu verlangen.

(2) Die Anordnung zur Leistung einer Sicherheit erfolgt durch Bescheid.

(3) Kommt der Abgabepflichtige der Aufforderung zur Leistung einer Sicherheit nicht nach, kann die Abgabenbehörde die erstmalige wie auch die weitere Durchführung der Lustbarkeit untersagen, solange die Sicherheit nicht geleistet ist.

§ 12
INKRAFTTRETEN

Diese Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen und tritt am 01.01.2025 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2015, zuletzt geändert durch den Beschluss des Gemeinderats vom 11.05.2017 außer Kraft; diese ist jedoch auf anhängige Abgabenverfahren weiterhin anwendbar.

Soweit in dieser Verordnung auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gemeinderat Uwe Pichler hat sich gemeldet, in Vorbereitung Gemeinderat Tina Forster.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:
Geschätzte Damen und Herren, wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, es liegt ein erneuter Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion vor, der derselbe ist im Grunde genommen wie im September bei der Gemeinderatssitzung, wo gefordert wird, dass die Lustbarkeitsabgabe komplett erlassen wird, sprich auf 0 % gesenkt wird. Ja, das ist im Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsausschuss diskutiert worden. Ja, es ist auch im Kulturausschuss diskutiert worden. Die Argumente konnten uns nicht überzeugen und wir bleiben weiterhin bei der Meinung, die Lustbarkeitsabgabe aus den bereits im September genannten Gründen komplett zu streichen, sprich Attraktivität des Kulturstandortes Steyr, sprich die Erhöhung der Spielstätten-Tarife, die wir Anfang des Jahres durchgeführt haben und die nicht gering sind und auch eine Belastung für die Kulturschaffenden in Steyr sind. Und darum stellen wir erneut diesen Abänderungsantrag und hoffen auf Zustimmung.

Abänderungsantrag FPÖ – direkt eingebracht
Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Ergebnisses der Beratung im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss in der Sitzung vom 02.12.2024 wird die Lustbarkeitsabgabenordnung 2025 in der aus der Beilage ersichtlichen Fassung (Bearbeitungsstand 21.11.2024) *mit nachstehenden Änderungen* (unterstrichen und kursiv) beschlossen:

§ 1 GEGENSTAND DER ABGABE

(1) *Die Lustbarkeitsabgabe aller im Gemeindegebiet durchgeführten öffentlichen Veranstaltungen, wird abgeschafft.*

§ 2 ABGABENBEFREIUNGEN

Z1 sowie Z3 – 9 entfallen

§ 3 BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Z1 sowie Z3 – 5 entfallen

§ 4 ABGABENSCHULDNER UND HAFTUNG

Absatz 1 entfällt

§ 5 ANMELDUNG

Die Absätze 2 und 3 entfallen.

§ 6 Eintrittskarten

entfällt zur Gänze

§ 7 Abgabenberechnung

entfällt zur Gänze

§ 8 Bemessungsgrundlage und Abgabenhöhe

Die Absätze 1 – 4 entfallen.

§ 9 Entstehen und Fälligkeit der Abgabenschuld

Absatz 1 Z1 und Absatz 2 entfallen

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gemeinderätin Tina Forster bitte.

GEMEINDERÄTIN TINA FORSTER:
Geschätztes Präsidium, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Zuseherinnen, wie es der Herr Pichler eh schon gesagt hat, haben wir das in mehreren Ausschüssen schon thematisiert und wir haben auch Anfang des Jahres eben gesagt, dadurch, dass wir bei den Spielstätten doch relativ hohe Erhöhungen gemacht haben, wollen wir versuchen die Lustbarkeit eben auf null Prozent zu verringern, weil wir eben sagen, andere Gemeinden, andere Städte, haben ebenfalls die Lustbarkeit abgeschafft, eben um wettbewerbsfähig in den Spielstätten und von dem her zu sein. Ja, der Herr Pichler hat eh schon gesagt, sie haben einen Abänderungsantrag einbracht. Ja super, weil sonst hätten wir den jetzt dann noch einbracht heute. Wir waren zu langsam. Wie gesagt, wir werden dem Abänderungsantrag zustimmen, weil wir eben auch sagen, 11 Prozent ist für uns ebenfalls zu wenig. Wir wollen auch auf die Null gehen. Bitte? Ja, die Reduzierung auf 11 Prozent ist zu wenig. Wir wollen die Reduzierung auf null Prozent und somit sind wir bei dem Abänderungsantrag dabei.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Stadtrat Christian Baumgarten, im Anschluss Gemeinderat Pit Freisais.

STADTRAT CHRISTIAN BAUMGARTEN:
Ja, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hohe Beamtenschaft, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Was mich heute ein bisschen nervös macht ist, von der FPÖ bin ich Populismus seit 100 Jahren gewohnt, dass die ÖVP da jetzt auch mittut, das überrascht ein wenig, muss ich ehrlich sagen. Weil das ist so, stellt man sich ein bisschen gut her nach dem Motto, macht einen schlanken Fuß in der Öffentlichkeit, wenn man was auf null tut, keine Frage. Wenn ich an die letzte Diskussion jetzt erinnere zu den Gebühren, die ist ja überhaupt steil, dort soll man nicht erhöhen, da tun wir was streichen, also schön langsam kenne ich mich bei euch nicht mehr aus. Und was ich spannend finde in eurem Antrag oder in der Begründung ist, 28.000 Euro sind das Mindereinnahmen in der Stadt, wenn wir das auf null stellen, und die FPÖ bezeichnet das als vernachlässigbar, 28.000 Euro ist vernachlässigbar. Dort soll man nicht erhöhen, dort sind 28.000 Euro, ist ja nichts, interessiert keinen für das Budget, steht da herinnen, vernachlässigbar. Steil ist auch, dass die FPÖ bei den Budgetverhandlungen für die Ressorts von ihnen mehr Geld will und gleichzeitig sagt, brauchen wir nicht, 28.000 Euro brauchen wir nicht, aber wir möchten schon gerne mehr haben, aber das brauchen wir nicht, und der Antrag, Freunde, dient nur dem, dass der Veranstalter mehr Kohle im Sackerl hat, weil klar ist ja, dass das in die Karten alles eingepreist wurde. Und wenn mir jetzt erzählt wird, wenn wir das abschaffen, dass die Karten für den Vitasek, Haderer, wie auch immer oder für sonst was, billiger werden, das glaubt ihr aber glaube ich selber nicht. Weil das kommt sicher nicht, das heißt die Veranstalter, kommerzielle Veranstalter, haben mehr Kohle. Wenn das eure Intention ist, gut, weil die Karten werden sicherlich nicht billiger, da brauchen wir ja überhaupt nicht reden und das kann auch kein Mensch glauben. Und es gibt ja für karitative Zwecke, für Kulturvereine und so weiter, gibt es ja die Ausnahme auch der Lustbarkeit, das heißt dieser Antrag dient tatsächlich nur Jenen die gewinnorientiert eine Veranstaltung machen, ob im Stadtsaal oder sonst irgendwo, jetzt die Kartenpreise sicher nicht senken, weil sie die Lustbarkeit eingepreist haben. Und daher kann ich das nicht verstehen, was der Antrag tatsächlich soll. Und Attraktivierung, ich meine es wird ja immer so geredet, die Maturabälle, die sind nur weggegangen, weil es die Lustbarkeit gibt, völliger Schmarrn, völliger Blödsinn, die Maturabälle sind nur aus einem einzigen Grund weggegangen, weil der Stadtsaal, wo die Maturabälle stattfinden, einfach nur mehr für 680 Leute circa, genau weiß ich jetzt nicht, 650, 680, der Herr Kulturamtsleiter weiß es, zugelassen ist. Das heißt die Maturanten können dort keinen Ball mehr machen, weil wenn sie die Musik, Deko und so weiter alles anrechnen und das nur mit den Eintrittskarten zahlen müssen, dann macht es für die keinen Sinn mehr und daher sind sie weggegangen, aber nicht wegen der Lustbarkeit, sondern nur, weil sie nicht mehr so viele Leute reinbringen. Und spannend ist auch, wenn ich mir das anschaue, wie viele Maturabälle auch heuer waren, sie kommen schon wieder zurück, sie kommen schon wieder zurück, weil der Stadtsaal trotzdem billiger ist inklusive der Lustbarkeitsabgabe als manche andere Veranstaltungsstätten, wo sie dann auch hinfahren müssen. Siehe Enns zum Beispiel kostet ein Schweinegeld, könnt ihr euch anschauen. Oder sie gehen halt in die Schule, ja eh, sie waren auch schon im Museum Arbeitswelt, geht nicht mehr. Also es macht einfach absolut keinen Sinn und ich ersuche wirklich dem Antrag, unserem Antrag von den 11 % zuzustimmen, weil es ist eine Verwaltungsvereinfachung, es kommt trotzdem Geld rein und liebe FPÖ, man kann nicht nur sagen da möchte ich Kohle haben, aber da interessiert mich das nicht, und 28.000 Euro, mich ärgert eigentlich das Wort, vernachlässigbar. Das heißt, das ist, finde ich, finde ich ziemlich anmaßend, in einer Zeit wo die Stadt jeden Cent braucht, sind 28.000 Euro für euch vernachlässigbar. Okay, es steht drinnen im Antrag. Und summa summarum, es bringt null, wenn man das auf null herunter stellt, für die Leute nämlich nicht, nur für die Veranstalter, die mehr Kohle dann haben. Und das wird mit uns nicht gehen und ich ersuche wirklich höflichst um Zustimmung, dass wir die 11 Prozent lassen, weil wir eh jede Kohle brauchen. Und noch einmal, wo anders soll man nicht erhöhen, da sollen wir streichen, das ist mehr wie witzig. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gemeinderat Pit Freisais hat sich zu Wort gemeldet. Im Anschluss bitte zur zweiten Wortmeldung Gemeinderätin Tina Forster.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
Sehr geehrte Damen und Herren, ich unterstütze den Abänderungsantrag auf null Prozent. Ich bin der Ansicht es gibt einen Wettbewerb der Regionen und Veranstalter schauen sich sehr wohl an, wo kann ich meine Veranstaltung ausrichten und das zum attraktivsten Preis. Und dementsprechend, wenn wir wollen, dass in Steyr ein Leben ist, dass da kulturell was passiert, dass wir das sozusagen beflügeln, dann ist das eine sehr gute Maßnahme. Und mit 28.000 Euro, natürlich es ist ein Geld, steht außer Frage, aber es ist ein Preis, der aus meiner Sicht verschmerzbar ist, dafür dass wir einen Beitrag dafür leisten, dass in Steyr, ja, dass das wirklich die Nummer Eins Adresse praktisch ist, wenn man sagt man möchte seine Veranstaltungen machen und liebäugelt nicht mit Enns oder sonst irgendwelchen Locations.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes bitte Gemeinderätin Tina Forster, in Vorbereitung Gemeinderätin Pumberger.

GEMEINDERÄTIN TINA FORSTER:
Ja, danke Pit, du hast das jetzt mir vorweggenommen, was ich eigentlich jetzt auch noch sagen wollte. Es geht nicht darum, dass wir was auf null Prozent setzen, weil der Veranstalter recht viel verdienen soll, sondern es geht darum, dass wir unsere Spielstätten auch mit einer dementsprechenden Auslastung besetzen. Und wenn wir eine Erhöhung der Spielstätten von fast 150 Prozent teilweise haben und dann noch die Lustbarkeit draufsetzen, die andere Bezirke beziehungsweise Gemeinden und Städte nicht haben, dann suche ich mir schon als Veranstalter sehr wohl aus, wo ich meine Veranstaltung mache. Weil ganz ehrlich, den Konsumenten ist es wurscht, ob er nach Bad Hall, nach Wolfern oder Sierning fährt oder nach Steyr. Weil, wir fahren auch nach München auf ein Konzert, wir fliegen auch nach Berlin auf irgendein Konzert etc. Dementsprechend geht es uns nur darum, dass wir unsere Spielstätten auch dementsprechend auslasten, also dass wir eine Auslastung haben und naja, wenn es woanders billiger ist, gehe ich als Veranstalter natürlich auch woanders hin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes bitte Gemeinderätin Pumberger, in Vorbereitung Uwe Pichler.

GEMEINDERÄTIN MAG. IRENE PUMBERGER:
Sehr geehrtes Präsidium, werte Zuseher zu Hause. Ich meine, ich bin jetzt sehr überrascht über den Herrn Stadtrat Baumgarten, dass er uns Populismus vorwirft. Der Herr Uwe, der Gemeinderat Pichler, hat das sehr sachlich formuliert und sachlich argumentiert. Und der Einzige, der das populistisch jetzt gegengeäußert hat, warst du. Das muss ich einfach jetzt so mal festhalten. Ich kann die Argumente von meinem Kollegen nur unterstützen. Und wenn man schon einen Antrag zitiert mit vernachlässigbar, sollte man vielleicht, das bin ich auch in meinem Berufsleben so gewohnt, das Ganze lesen. Weil, es steht nämlich drinnen, vernachlässigbar in Relation zu den Einnahmen der Spielstätten. Natürlich machen wir uns Gedanken über Einnahmen. Aber wenn eine Erhöhung da ist in Relation zu den Spielstätten, haben wir gesagt, dann kann man das zugunsten der Bürger natürlich einmal sagen, dann lasse ich halt einmal den Bürgern was nach. Und ich bin da auch bei den Matura-Bällen, die sind ausgewiesen in der Vorlage, was uns der Herr Finanzdirektor vorgeschrieben hat, es gibt nach wie vor die Maturanten, die interessiert waren an Bällen. Und ich bin da schon bei denen, die haben das Geld damit sie ihre Maturareise finanzieren. Und ich bin ihnen es vergönnt, dass dann das ohne Lustbarkeitsabgabe-Steuer für ihre Leistung, die sie da vier Jahre lang erbracht haben, auch in Anspruch nehmen können. Und abschließend noch was zum Amtsbericht. Wenn dann drinnen steht, es wurde diskutiert im Finanzausschuss ist das richtig, aber was mich ein bisschen stört ist, es wurde über rechtliche Formalien diskutiert und deswegen werden die abgeändert. Nein, haben wir nicht. Über das haben wir nie diskutiert. Steht uns ja auch gar nicht zu. Für das haben wir eh unsere Juristen, die das dann überprüfen, diskutiert ist immer nur über den Inhalt geworden und das stört mich dann an so einem Amtsbericht. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Zu seiner zweiten Wortmeldung hat sich Gemeinderat Uwe Pichler gemeldet.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:
Danke, dass die Kollegin Pumberger das mit vernachlässigbar klargestellt hat, weil das ist bitte wirklich im Kontext zu lesen. Aber vielleicht könnte man ja auch einmal auf der Ausgabenseite schauen. Und nicht nur bei den Einnahmen, sondern auch in der Ausgabenseite bei gewissen Förderungen schauen. Da könnten wir uns wahrscheinlich dieses Geld im Kulturbereich sicherlich einsparen. Und, weißt du lieber Freund Christian Baumgarten, weil du gesagt hast, mit uns geht das nicht. Schauen wir nach Leonding, SPÖ-Gemeinde, Bürgermeister befreit, schauen wir nach Enns, SPÖ-Bürgermeister befreit, schauen wir nach Micheldorf, SPÖ-Bürgermeister befreit, schauen wir nach Linz, SPÖ-Bürgermeister befreit. Es geht schon, wenn man will. Darum bitte ich dem Abänderungsantrag bitte zuzustimmen und um die Gemüter zu beruhigen, falls wieder erwarten der Abänderungsantrag nicht durchgeht, werden wir dem Hauptantrag zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Die Rednerinnenliste ist erschöpft. Wünscht der Berichterstatter das Schlusswort?

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Ja, die Lustbarkeitsabgabe ist ein sehr emotionales Thema, führt auch dann zu Ausschweifungen. Ich glaube man kann sozusagen jetzt die Lustbarkeit, die wir in Steyr verlangen, nicht vielleicht auch vergleichen, weil, wenn wir heute diskutieren über die große weite Welt, da werden extra Stadien aufgebaut, da kosten Tickets 350 Euro, dafür dass man sich eine Veranstaltung anschauen kann. Also wir sind weit entfernt davon. Aber wir haben schon, aber wir haben, genau, du bist eh in der Region geblieben, aber wir waren schon bei einem großen Exkurs auch, aber wir haben natürlich schon Veranstaltungssäle, die kosten viel Geld und ich glaube, da muss man auch immer wieder, und ihr habt zuerst auf die Kostenwahrheit gedrängt, wir sind weit entfernt von einer Kostendeckung, dass wir den Betrieb der Spielstätten finanzieren können. Darum glaube ich ist es auch durchaus legitim, dass man hier, wenn jemand ein Geschäft damit macht, und darum geht es ja, das heißt, dieser Antrag zielt darauf ab, jemand mietet von uns eine Einrichtung der Stadt Steyr und macht mit dieser Einrichtung der Stadt Steyr ein Geschäft. Und dafür gibt es einen gewissen Rückfluss an die Stadt. Und ich denke mal das ist in Ordnung. Und wir haben gesagt okay, wir wollen das beleben. Wir wissen die ganzen Rahmenbedingungen werden schwieriger. Wir wollen, dass einheitlich diese 11 % kommen. Das heißt, der Antrag selber, der da liegt, ist nämlich eine Reduzierung. Dass wir das auch nicht vergessen, wir wollen einheitlich 11 %, davon profitieren Etliche. Für die wird es einfacher Veranstaltungen in Steyr zu machen. Da gibt es hoffentlich mehr davon in Steyr, also das ist glaube ich ein guter Plan. Und ich glaube, dass ihr sozusagen nicht gegen diese Senkung seid, davon bin ich ausgegangen, also ich glaube, das wäre auch nicht nachvollziehbar, dass ihr dann gegen diese Senkung seid. Also ich habe eh auf dich geschaut, also von daher. Und ich ersuche daher um Zustimmung zu unserem Hauptantrag und wie es eh, glaube ich, aus den Wortmeldungen herausgekommen ist, werden wir diesem Abänderungsantrag nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gut, wir kommen nun zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag ab. Wer für den Abänderungsantrag ist steht bitte auf. Das sind die Stimmen von FPÖ, MFG, NEOS und ÖVP. Wer ist gegen diesen Abänderungsantrag? Das sind die Stimmen von Grünen und SPÖ. Nur zur Sicherheit, Stimmenthaltung übt niemand aus? Somit wurde der Abänderungsantrag abgelehnt.

Die Abstimmung über den **Abänderungsantrag** erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **14**

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **20**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Stimmenthaltungen: **0**

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Wir kommen nun zum Hauptantrag. Wer ist für den Hauptantrag? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung über den **Hauptantrag** erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

13) 2024-391780 Aufnahme eines Kontokorrentkredits mit Kreditrahmen (Kassakredit) für den Zeitraum 2/2025 bis 12/2025; qualifizierte Beschlussfassung erforderlich.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gut, ich darf hier um die Aufnahme dieses Kredits ersuchen, also dass wir diese Möglichkeit eingeräumt bekommen, plus auch an die Barvorlagen. Das heißt hier geht es um 10 Millionen Euro. Es hat hier erstmals ein Angebot einer anderen Bank gegeben das nominell minimal besser ist. Sieht man jedoch diesen Aufwand der verbunden ist hier auch einen Bankwechsel durchzuführen und vor allem auch dieses Volumen, das wir in der Regel nur aus diesen, sozusagen es geht um eine Bereitstellung eines gewissen Volumens von bis zu 10 Millionen Euro, im letzten Jahr haben wir 350.000,-- Euro davon ausgeschöpft, aber wir brauchen natürlich auch immer diese Absicherung, dass wenn etwas ist, wir auf das Geld zugreifen können und ich ersuche daher um Zustimmung zu diesem Amtsbericht, der Vergabe an diese 10 Millionen Euro wie bisher auch an die Bank Austria.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts der FA Finanz- und Beteiligungsverwaltung wird bewilligt:

1) Der Abschluss des beiliegenden Kontokorrent-Rahmen-Vertrages mit einem Disposaldo in der Höhe von 10,0 Mio. € (ohne Bereitstellungsgebühr) mit der UniCredit Bank Austria AG (Beilage 1) wird genehmigt.

2) Alternativ und ergänzend zur Inanspruchnahme von Finanzmitteln aus dem genehmigten Kontokorrentkredit (Kassakredit) mit einer maximalen Dispositionssumme von 10 Mio. Euro wird der Geschäftsbereich für Finanzen zur Aufnahme von Barvorlagen mit einer maximalen Laufzeit von einem Jahr bei allen österreichischen Kreditinstituten, bei der Stadtbetriebe Steyr GmbH, dem Sparkassenfonds Steyr sowie bei den Regiebetrieben der Stadt ermächtigt. Diese Ermächtigung wird dahingehend eingeschränkt, als die Summe der aushaftenden Barvorlagen bzw. der Verpflichtungen aus dem internen Liquiditätsausgleich und des in Anspruch genommenen Kreditrahmens aus dem mit der UniCredit Bank Austria AG abzuschließenden Kontokorrentkredits zusammengerechnet zu keinem Zeitpunkt die Summe von 40 Mio. Euro übersteigen darf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall, somit kommen wir zur Abstimmung. Ich möchte nur anmerken, hier ist eine qualifizierte Beschlussfassung erforderlich, sprich wir brauchen hier eine 2/3 Mehrheit. Wir kommen nun … *Zwischenrufe* … 13 und 14, das steht hier auch in der Tagesordnung, qualifizierte Beschlussfassung erforderlich.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Mehr als 600.000,-- Euro. Also es geht um ein Rechtsgeschäft, um Darlehensaufnahmen über 600.000,--, und damit ist hier im Gemeinderat eine 2/3 Mehrheit erforderlich. Es müssen mehr als 2/3 anwesend sein, also mehr als 24 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte müssen im Saal anwesend sein. Das stelle ich hiermit ausdrücklich fest. Und davon müssen 2/3 …

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gut, dann kommen wir nun zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **3**
Vbgm Dr. Helmut Zöttl
GR^{in} Rosa Hieß
GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

14) 2023-388904 Darlehensaufnahme für das Haushaltsjahr 2024; 2/3-Mehrheit erforderlich.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gut, hier geht es um die Darlehen, die wir für das heurige Jahr brauchen. Auch hier wieder sehr gut aufgelistet und hier ist auch natürlich die Diskussion die notwendig ist, die geführt werden muss oder die schon geführt worden ist im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Damit man es auch noch einmal versteht, da sichern wir uns jetzt hier beim Darlehen mit einer Fixzins-Variante ab oder gehen wir hier in eine variable Verzinsung mit einem gewissen Aufschlag. Es geht wie gesagt um 12 Millionen Darlehenssumme, die wir für das heurige Jahr brauchen. Und der Vorschlag wäre jetzt, diese 12 Millionen Euro mit einer Laufzeit von 25 Jahren und einem Aufschlag von 0,42 % auf den 3-Monats-Euribor mit einer variablen Verzinsung zu machen. Es ist im Amtsbericht glaube ich auch sehr gut angeführt, wie derzeit das

Verhältnis ist zwischen Fix-Verzinsungen und variablen Verzinsungen und darum plädieren wir hier auch in diesem Fall für eine variable Verzinsung. Weil wir damit auch einen sehr guten Mix haben auch in unserer Finanzierung. Und die Chancen in sinkenden Zinsen, wir haben es auch heute wieder mitbekommen, dass der EZB gesenkt wird, eher als höher erscheint als der, dass die Zinsen so steigen werden in den nächsten Jahren, dass hier die Fixzins-Variante für uns vernünftiger wäre. Ich ersuche um Zustimmung zu dieser Darlehensaufnahme.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts der FA Finanz- und Beteiligungsverwaltung wird bewilligt:

Der Abschluss des beiliegenden Darlehensvertrags mit der UniCredit Bank Austria AG über die Aufnahme eines Darlehens mit einem Volumen von 12,0 Mio. €, einer Laufzeit von 25 Jahren und einer variablen Verzinsung mit einem Aufschlag von 0,42% auf den Euribor 3 Monate.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gibt es Wortmeldungen dazu? Das ist ebenso nicht der Fall. Dann warten wir noch alle ab, dass sie reinkommen. Wir haben auch hier wieder eine 2/3 Mehrheit erforderlich. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Der Antrag wurde auch hier einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **3**
GR^{in} Rosa Hieß
GR Thomas Kaliba
GR David König

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **einstimmig angenommen.**

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gut mir wurde der Wunsch herangetragen eine kurze Pause bzw. eine Lüftungspause einzulegen. 10 Minuten Lüftungspause, Klopause und dann machen wir bitte in 10 Minuten wieder weiter. Bitte pünktlich um 16:00 Uhr wieder hier sein.

Unterbrechung der Sitzung von 15:50 bis 16:00 Uhr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Es ist 16:00 Uhr. Ich danke schön. Wir machen weiter mit unserem Gemeinderat. Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 15.

15) 2024-342300 Voranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 2025.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gut, als Berichterstatter darf ich jetzt einmal dieses Budget auch vorstellen. Es sind einige Folien hier auch, die vorbereitet worden sind. Vielleicht zum Einordnen ein bisschen die Rahmenbedingungen, unter denen wir jetzt dieses Budget auch zu erstellen hatten. Es gibt das KDZ, das ist diejenige Einrichtung, die die Gemeinden und Kommunen dabei unterstützt, auch was Zahlen, Daten, Fakten betrifft. Und da gibt es eine Einschätzung, und ich darf sie ihnen

vorlesen, nicht nur der Gesamtstaat, sondern auch Städte und Gemeinden werden in den nächsten Jahren einen Konsolidierungsbeitrag leisten müssen. Das ist besonders schwierig, weil sie stark von den vom Bund und Ländern vorgegebenen Rahmenbedingungen abhängig sind. Die aktuelle Gemeindefinanzprognose zeigt, dass ohne Gegensteuerungsmaßnahmen in den nächsten Jahren von Leistungskürzungen auszugehen ist. Und weiters wird hier geschrieben, durch die Steuerreformen der letzten Jahre ohne Gegenfinanzierung und die allgemeine Abschwächung der konjunkturellen Lage liegt die Einnahmendynamik nun deutlich unter jenen der Ausgaben. Dies wird durch zusätzliche Aufgaben der Städte und Gemeinden verschärft, insbesondere für die Bereiche Klimaschutz, Kinderbetreuung, Soziales, Gesundheit, öffentlicher Verkehr und auch durch das Informationsfreiheitsgesetz. Und das KDZ rechnet damit, für das Jahr 2025 ist mit rund 45 Prozent an Abgangsgemeinden zu rechnen, Tendenz steigend. Wenn wir uns anschauen, wie das Verhältnis ist von den Entwicklungen der Überschüsse, die Gemeinden erzielen, so waren die Überschüsse, die Gemeinden erzielen, bei 2019 rund bei 12,3 Prozent, im Krisenjahr 2022, und da hatten auch wir ein sehr vernünftiges Budget, war es 16,3 Prozent. Aktuell liegt dieser Wert nur mehr bei 8 Prozent und die Tendenz liegt dahingehend, dass Richtung 2028 diese Überschüsse auf 4,9 Prozent sinken und damit deutlich zu wenig sind, um Investitionen in den Gemeinden tätigen zu können. Was auch sehr spannend ist, das KDZ hat sich angeschaut, was bleibt den Gemeinden von den Mitteln, die sie als Ertragsanteile bekommen, übrig, um in der eigenen Gemeinde zu wirtschaften. Da war es 2019 noch, dass von einem Euro, der in die Gemeinde als Ertragsanteil gekommen ist, 51 Cent in der Gemeinde verblieben sind, um Aufgaben zu leisten. Alles andere ist in Transfer- und Umlageverfahren gegangen. 2025, im nächsten Jahr, bleiben uns noch 47 Cent und wenn es so weitergeht, bleiben uns 2028 nur noch 39 Cent. Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir jetzt dieses Budget gemacht haben. Ich glaube man bekommt es rundherum mit. Das heißt, nicht nur heute bei uns hier in Steyr rauchen die Köpfe im Gemeinderat, sondern auch rundherum rauchen die Köpfe. Viele Gemeinden, auch in Steyr-Land, gehen zum ersten Mal in den Abgang hinein. Eine Situation, die für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, selbst die, die schon jahrzehntelang diese Verantwortung tragen, eine ist, und das merkst du schon, wenn du mit ihnen redest, sie zum Teil auch an ihre Grenzen bringen. Ich glaube keiner will eine Gemeinde, die er jahrzehntelang verwaltet hat, wo er aus meiner Sicht einen guten Job gemacht hat, am Ende der Tage dann als Abgangsgemeinde übergeben. Und das ist eine Situation, vor der viele Kolleginnen und Kollegen jetzt hier in Oberösterreich und vor allem hier in Oberösterreich stehen. Zu den nackten Zahlen, dass wir sie zuordnen können. Wir rechnen im nächsten Jahr mit Einnahmen von rund 174,586 Millionen Euro. Das erscheint im ersten Moment durchaus vernünftig, nachdem hier eine Steigerung von 7,3 Prozent ausgewiesen ist. Schaut man sich die Zahlen genauer an und vergleicht sie vor allem mit dem, was wir an Ist-Zahlen für das heurige Jahr haben, so liegt diese Steigerung der Einnahmen nur noch bei 4 Prozent. Und weiß man, dass wir ja in den letzten Jahren auf eine Dividende der SBS verzichtet haben, die sich hier widerspiegelt, dann merkt man, dass es deutlich weniger hier an Einnahmen und Einzahlungsdynamik gibt. Bei den Auszahlungen liegen wir derzeit bei 174,1 Millionen Euro, 3,8 Prozent. Hier haben wir eine stärkere Dynamik als bei den Einnahmen, die sich mit dem Prozentsatz so nicht darstellt. Kennt man aber die Ist-Zahlen mit 166,5 Millionen, da merkt man, dass da durchaus eine höhere Ausgabendynamik, Auszahlungsdynamik entsteht als Einzahlungsdynamik. Das Positive allerdings hinter diesen Zahlen des letzten oder des heurigen Jahres ist, wir haben im letzten Jahr ein Budget beschlossen, das durchaus sehr unerfreulich war, konnten aber im Laufe des Jahres durch Einnahmesteigerungen, aber auch durch eine sehr strenge Haushaltsdisziplin es schaffen, hier bereits in der laufenden Gebarung ins Plus zu drehen. Das heißt, wir werden hier das heurige Jahr wahrscheinlich mit rund 1,3 bis 1,5 Millionen Euro in der operativen Gebarung mit einem Plus abschließen. Das ist natürlich erfreulich, aber wie gesagt, für das nächste Jahr durchaus herausfordernd. Vielleicht noch einmal zurück mit den Folien, bitte. Danke. Bei den Investitionen sehen wir, hier kommen die ganzen Maßnahmen und Pakete des Bundes zum Tragen. Das heißt, hier gibt es viele Unterstützungen, was Investitionen betrifft. Wir hatten im letzten Jahr ja nur 2,4 Millionen oder 2,2 Millionen an Einzahlungen geplant gehabt, was Investitionen betrifft haben jetzt für das kommende Jahr Investitionszuschüsse von 5,1 Millionen Euro geplant. Und haben auch geplant und das ist, glaube ich, das Niveau, auf das wir uns

einstellen müssen, wenn wir eine Stadt unserer Größe weiter erhalten wollen, dann werden wir rund 15 Millionen Euro im Durchschnitt investieren müssen. Wir haben für das nächste Jahr 15,36 Millionen Euro geplant. Das ist deutlich weniger als letztes Jahr. Ich darf aber in Erinnerung rufen, wir hatten letztes Jahr die Deponie-Sanierung und die Hallenbad-Sanierung. Nachdem wir hier über den Finanzierungshaushalt reden, ist ja immer das Thema, was wird in dem Jahr dann schlagend im Gegensatz zum Ergebnishaushalt, wo wir dann die einzelnen Jahre aufteilen als Abschreibung. Wir haben also hier auch im nächsten Jahr ein deutliches Minus bei der Investitionstätigkeit von rund 10 Millionen Euro. Nachdem nur ein minimaler Überschuss in der laufenden Gebarung zu erwarten ist, werden wir fast 10 Millionen Euro finanzieren müssen, 9,8 Millionen Euro. Das ist, wie gesagt, immer unter der Maßgabe, wir müssen natürlich schauen, dass wir die Auszahlungen so budgetieren, dass auch ein gewisser Puffer da ist. Nichtsdestotrotz merken wir, dass wir sehr eng budgetieren, weil wir immer wieder Kreditüberschreitungen brauchen. Bei den Einzahlungen natürlich auch vorsichtig budgetieren. Natürlich, und das werden wir dann auf einer weiteren Folie später noch sehen, die Realität schaut dann oft anders aus. Wir würden jetzt hier mal versuchen, und der Vorschlag wäre hier natürlich auch, verstärkt Kredite aufzunehmen und auch natürlich die Rückzahlungen zu bedienen, sodass der Finanzierungssaldo trotzdem dann im Plus ist mit 6,5 Millionen Euro. Und aus den Rücklagen müssten wir dann 3,3 Millionen Euro im nächsten Jahr decken, wenn diese Zahlen so eintreten würden wie geplant. Es würde aber die Verschuldung noch immer unter dem Niveau liegen, das wir bereits im letzten Budget geplant hätten. Jetzt diese Folie, und ich glaube die ist nicht uninteressant, wir budgetieren das was wir kennen. Das ist immer durchaus eine Herausforderung, hier auch die richtigen Ansätze zu wählen, weil wie gesagt, ich glaube wir brauchen jetzt nicht überall, wenn man überall Luft reinplant, schwierig, dann bekommen wir Riesenbudgets, die einfach nicht stemmbar sind. Aber nichtsdestotrotz, es gibt einen Unterschied zwischen Budget und Rechnungsabschluss, weil das ist nämlich auch sozusagen die operative Gebarung, die wir im laufenden Jahr machen müssen, wo wir auch immer drauf schauen müssen. Und hier sieht man in den letzten Jahren, das verändert dann das Ergebnis zwischen 7 und 12 Millionen Euro, oder 7 und 13 Millionen Euro. Je nachdem, welche großen Projekte jetzt verschoben werden, welche konjunkturellen Entwicklungen auch entstehen. Das heißt, nimmt man das zu Buche dessen, für den Blick in die Zukunft, ins nächste Jahr, so ist davon auszugehen, dass wenn wir hoffentlich ein bisschen Glück haben und auch die Konjunktur vielleicht nicht ganz so dramatisch einbricht, wie es derzeit aussieht, dass wir durchaus nahe an eine Null herankommen können mit dem Budget, das wir beschließen. Aber wie gesagt, hier sieht man auf jeden Fall diesen Effekt der letzten Jahre. Was glaube ich auch immer wichtig ist, und das ist auch so ein Thema, für was gebe ich das Geld aus. Das heißt, ist übertrieben gesagt, geben wir das Geld für Konsum aus? Das heißt, gehen wir damit einkaufen in den Supermarkt oder investieren wir in die Zukunft der Stadt? Und diese Folie zeigt sehr gut auf, mit dem, was wir hier investieren und Geld ausgeben, stärken wir die Infrastruktur der Stadt Steyr. Das heißt, das Vermögen der Stadt steigt, weil deutlich mehr investiert wird, als wir abschreiben. Hängt auch ein bisschen natürlich mit der alten Infrastruktur zusammen. Wir haben viele Objekte, die bereits abgeschrieben sind, aber wir sehen, wir investieren hier sehr stark in den Erhalt und Werterhalt unserer eigenen Städtischen Einrichtungen. Und von daher ist es, glaube ich, gescheit, hier auch diese Investitionen zu tätigen. Letztes Jahr war natürlich dieser große Ausreißer, wo wir wirklich gewaltige Investitionen gehabt haben. Wie gesagt, wir waren alle dabei, Hallenbad, Deponiesanierung, das sind natürlich gewaltige Investitionen. Wohin, das ist dann die nächste Folie, wohin investieren wir? Der größte Bereich geht in das Straßen-, Geh- und Radwegenetz. Das ist nun einmal einer der investitionsintensivsten Bereiche, der hier notwendig ist. Der zweite Bereich ist Thema Wasserschutz, Umwelt und Klima, da sind die Kanäle drinnen auch natürlich mit gemeint, die wir brauchen. Dann geben wir fast gleich viel für Bildung und Wissenschaft aus, weiters dann für Sport, Kultur und Freizeit und man könnte es wahrscheinlich auch bei Bildung und Wissenschaft dazugeben, diesen gesamten Bereich der Elementarpädagogik. Also man sieht, wir setzen hier mit den Investitionen dort Akzente, wo es wichtig ist, nämlich in die Zukunftsbereiche und damit ist aus meiner Sicht auch dieses Geld gut aufgebraucht. Die Frage ist natürlich jetzt, wenn Schulden steigen, geht sich das am Ende des Tages noch alles aus und die Frage ist ja berechtigt, ich glaube dieser Frage muss man sich auch stellen. Wir sehen hier, dass wir diese Politik, wie

wir uns verschulden, wie wir veranlagen, glaube ich hier sehr gut und weise gewählt haben. Man sieht hier Rechnungsabschluss 2021 und das ist das, wo wir gemeinsam in die Verantwortung gekommen sind, mussten wir rund 6,5 % der Einnahmen dafür aufwenden, Schulden und Tilgungen zu leisten. Wir haben uns hier verbessert, Voranschlag 2024 war 6,1%. Ich gehe davon aus, dass es noch deutlich besser wird, weil ja der Rechnungsabschluss auch für 2024 noch deutlich besser wird und ich gehe auch davon aus, dass die 5,6 % für das nächste Jahr noch besser ausschauen werden. Das heißt, wir werden in Zukunft trotz dieser herausfordernden Situation und obwohl wir viel investieren, aufgrund dessen, weil zum Glück die Einnahmen stärker steigen, hier weniger im Verhältnis aufwenden müssen, unsere Mittel dafür, dass wir die Schulden und Zinsen finanzieren können. Das ist ganz einfach übersetzt, wenn man sich daheim ein Haus kauft, dann schaut man auch, was habe ich für Einnahmen und was kostet mich der Kredit und die Rückzahlungsrate. Und das ist einfach das, das heißt, im Verhältnis zu dem, was wir einnehmen, wird das, was wir aufgenommen haben, um uns das Haus zu leisten, weniger. Und genau das tun wir auch mit den Mitteln, die wir aufnehmen. Die Mittel, die wir aufnehmen, investieren wir in die Stadt Steyr, in Infrastruktur. Dafür, dass wir Schulen haben, dass wir Infrastruktur haben, dass wir unsere Kanäle errichten, all das sind Infrastrukturleistungen und obwohl wir die fremd finanzieren müssen, zum Teil, ist der Aufwand, den wir dafür zu tragen haben, in Summe geringer vom Gesamtbudget. Also man sieht, wir haben hier, glaube ich, das Thema Budget sehr, sehr gut auch im Griff. Anders schaut das Ganze noch einmal und vielleicht auch erfreulicher aus, wenn man sich das Ganze dann anschaut, also Blödsinn, wir sind jetzt erst bei den Einzahlungen. Das heißt wir sind im Finanzierungshaushalt und hier sehen wir jetzt dann auch so ein bisschen die Problemstellen, die wir bei den Einzahlungen haben. Auf der einen Seite, man sieht es schon, das heißt, die Gemeindeabgaben steigen nur um 2,5 Prozent. Das ist natürlich deutlich weniger als die Ausgabendynamik. Hier ist natürlich gerade der Bereich der Kommunalsteuer einer, der hinten nachhängt. Wir merken, dass Löhne und Gehälter in Österreich durchaus sehr vernünftig gestiegen sind. Hier auch die Teuerungsabgeltung stattgefunden hat, dank der starken Gewerkschaften. Das heißt, hier ist es gelungen, den Teuerungsausgleich bei Löhnen und Gehältern durchzusetzen. Das kommt nur bei uns in den Kommunen nicht an, einfach aus dem ganz einfachen Effekt, weil in Summe das Arbeitsvolumen gesunken ist. Und leider Gottes gerade in der Industrie bei uns sehr gut bezahlte Arbeitsplätze weggefallen sind, weshalb wir hier nicht diese Dynamik erleben, die wir vielleicht bei anderen Einnahmen sehen. Bei der Grundsteuer ist es so eine Seitwärtsbewegung. Und das ist auch die große Stellschraube, wo ja auch der Bund und der Gemeindebund, und alle der Meinung sind, dass hier eine der Möglichkeiten besteht trotz klammer Finanzen die Gemeinden etwas zu entlasten. Das heißt hier gibt es ja auch die Diskussionen im neuen Regierungspapier. Und ich glaube, egal wer hier in Zukunft die Regierung in Österreich bildet, wird wahrscheinlich an dieser Schraube drehen, um die Gemeinden zu entlasten. Das heißt bei der Grundsteuer haben wir derzeit eine Seitwärtsbewegung. Hier ist davon auszugehen, dass eventuell in Zukunft hier eine dynamische Entwicklung ist. Ganz besonders dramatisch, und das ist das, was uns als Gemeinden besonders trifft, weil das sind unsere Steuern, die wir bekommen, das sind die Ertragsanteile. Das heißt, aus den Steuereinnahmen des Bundes, der Teil der den Gemeinden zusteht. Und wenn da ein Minus davorsteht und du weißt, dass das Leben überall teurer wird, dann ist das nicht recht lässig. Das heißt, wir haben hier eine Situation, die durchaus herausfordernd ist, wenn hier der größte Einnahmenbrocken als Gemeinde nicht steigt. Und das ist das, was jetzt vielen kleinen Gemeinden das Genick bricht. Das heißt, die sind wirklich nicht mehr in der Lage auszugleichen. Und wenn eine Bürgermeisterin mir erzählt, sie hat nur einmal die ganz normalen Ausgaben, die sie leisten muss und die ganz normalen Einnahmen zusammengezählt, und alleine da sind schon 250.000 Euro Minus herausgekommen, und da hat sie noch nicht einmal überlegt, was sie investieren soll, dann sieht man, es ist gerade eine sehr angespannte Situation in den Gemeinden. Und das ist vielleicht, dass wir es uns noch einmal gemeinsam bewusst machen, was es gesellschaftspolitisch heißt. Wir sind da herinnen, glaube ich, für die Bürgerinnen und Bürger, noch diejenigen, die am nachvollziehbarsten Politik machen. Wenn wir da intensiv über Gebührenerhöhungen diskutieren, dann kann sich jeder vorstellen, um was geht es da. Das sind Beträge, die sind überschaubar. Da kann sich jeder vorstellen, um was wird da gerungen und diskutiert. Und darum ist die Demokratie auch so wichtig zu erleben hier in der

Gemeinde. Wenn du aber nicht mehr gestalten kannst in der Gemeinde, und das können viele kleine Gemeinden nicht mehr, dann ist es demokratiepolitisch für die Zukunft eine Riesenherausforderung. Ich glaube, darum ist es auch so wichtig, und ich weiß, dass es allen schlecht geht derzeit, ich weiß, dass der Bund kein Geld hat, ich weiß auch, dass das Land kämpft, aber darum ist es auch so wichtig, dass man auf die Gemeinden schaut. Wenn wir nicht mehr gestalten können, dann wird es demokratiepolitisch echt eine Herausforderung in dem Land. Weil warum soll man sich dann auch politisch engagieren? Also wie gesagt, da steckt viel Sprengstoff hinter diesen Zahlen, die in der ersten Dimension einmal sehr nackt dastehen und sagt, naja, ist halt ein Minus davor. Aber wie gesagt, das ist schon etwas, was uns mit Sorge erfüllt. Bei den Gebühren haben wir zuerst beschlossen 2,9 Prozent. Wir gehen davon aus, dass es noch geringe Mengeneffekte gibt, würden hier 3,5 Prozent Erhöhung ansetzen. Leistungen und Kostenbeiträge sind Transfers, die wir bekommen zum Teil auch. Hier haben wir etwas mehr eingeplant. Hier ist auch das Guthaben aus dem Krankenanstaltenbeitrag zum Beispiel dann dahinter, also ist hier mit verbucht. Das heißt, es hat ein Guthaben gegeben aus dem Krankenanstaltenbeitrag. Die spiegeln sich hier in den 15 Prozent Steigerung wider. Besitz und Vermietung minimal mehr, Veräußerungen und Sonstiges, Einzahlungen aus Transfers haben wir ebenfalls, dank des Pflegefonds und des Zukunftsfonds stärkere Einnahmen, was uns natürlich sehr, sehr hilft, weil natürlich gerade in diesem Bereich auch die Ausgaben sehr dynamisch sind. Und bei Finanzwirtschaft und Beteiligungen sehen Sie jetzt diese Entnahme, Gewinnentnahme der Stadtbetriebe, die wir wieder planen. Die ist aus meiner Sicht sehr moderat. Und auch das muss man bei der Gesamtsituation der Stadt sehen. Wir haben in den letzten Jahren bewusst geschaut, dass wir die Stadtbetriebe finanziell gut aufstellen. Wir haben dort in Summe 20 Millionen Euro Liquidität angehäuft. Das ist viel Geld. Das wir natürlich auch in der Stadt gebrauchen könnten. Aber es war eine bewusste Entscheidung, dort das Geld zu parken, um in zukünftige Projekte investieren zu können, wie zum Beispiel E-Busse, wie aber auch ein Projekt, was uns glaube ich allen gemeinsam am Herzen liegt, nämlich hoffentlich zukünftig die Wasserkraft der Steyr durch ein Kraftwerk zu nutzen. Das heißt, viel Geld, das dort geparkt ist, aber wir werden es auch wahrscheinlich brauchen. Aber wie gesagt, wir waren hier wirklich sehr vorsichtig mit dem, was wir hier an Mitteln aus dem Unternehmen entnommen haben. Gut, das spiegelt sich darin, in der, wie gesagt, in den Einzahlungen. Bei den Auszahlungen sehen wir hier an erster Stelle das Personal, 3,4 Prozent. Wir haben hier eine höhere Erhöhung in Wirklichkeit geplant. Die wird so nicht ganz zum Schlagen kommen. Es waren dann die Kollektivvertragsabschlüsse der Beamten und für unsere Beschäftigten geringer. Das heißt, wir haben hier etwas höher geplant, als tatsächlich jetzt der Abschluss war. Warum nur 3,4 Prozent? Weil wir im Ist, auch das können wir sagen, beim Personal tiefer liegen. Auch hier haben wir ja gemeinsam Maßnahmen vereinbart, wo wir gesagt haben, wie wollen wir uns in Zukunft aufstellen. Da war noch ein Personalpaket dabei, das ist wirksam, das merkt man auch in den Zahlen. Weshalb hier auch dann tatsächlich das Ist auch ein anderes ist als im Voranschlag. Und wir hier zum Glück eine tiefere Basis haben, auf der wir aufsetzen können. Und wir hoffen natürlich auch, dass wir auch hier natürlich wieder deshalb auch im Personal weniger Aufwendungen haben. Der Sachaufwand wird um 4,5 Prozent steigen. Bei den Transferzahlungen, da sind auch Sozialhilfeleistungen drinnen, die steigen um 3,5 Prozent. Und in der Finanzwirtschaft haben wir ein leichtes Minus. Aber da haben wir relativ konstante Zahlen. Und so kommen wir auf die 174,1 Millionen Euro. Ich glaube wichtig ist auch, um das noch einmal zu unterstreichen, das heißt, wo liegt unsere Personalquote? Und ich darf da immer in Erinnerung rufen, wir versuchen natürlich hier bei Nachbesetzungen entgegenzusteuern. Auf der anderen Seite muss man auch ganz ehrlich sagen, wir haben auch zusätzliche Leistungen übernommen hier im Haus im Magistrat. Auch das spiegelt sich hier wider. Wir haben zum Beispiel mehr Krabbelstuben. Wir haben das Angebot bei den Kleinsten erweitert. Wir haben inzwischen zwei eigene Krabbelstuben. Dieses Personal sieht man natürlich hier auch abgebildet. Aber wir sehen, wir sind, was die Beschäftigung betrifft oder den Aufwand, um unsere Beschäftigten zu bezahlen, sehr konstant. Letztes Jahr war natürlich diese massive Gehaltserhöhung aufgrund der Inflation, die hier zugeschlagen hat. Allerdings die Ist-Zahlen, wie gesagt, sehen hier auch deutlich besser aus. Und ich gehe davon aus, dass man mit dem Rechnungsabschluss dann, wenn wir die Zahlen sehen, eh wieder auf das Niveau kommen, das wir auch 2022 gesehen haben. Aber das heißt, wir haben hier auch

trotz allem eine sehr stabile Situation, was das Verhältnis der Einnahmen zu dem was brauchen wir für unser eigenes Personal, ausgeben. Und spannend zum Schluss, weil es ein bisschen eine andere Sichtweise ist, ist der Ergebnishaushalt, wo wir ja dann tatsächlich wie ein Unternehmen auch sagen, okay, das heißt, wenn wir für jetzt 15 Millionen Euro irgendwo investieren oder 5 Millionen, dann werden ja die sozusagen zugeordnet in den einzelnen Jahren, weil dort geht es um die Nutzungsdauer des Gebäudes. Und wenn man dann diese Berechnung hier anstellt beim Ergebnishaushalt, dann sieht man, dass wir hier Erträge aus der laufenden Tätigkeit haben von 153,4 Millionen Euro. Die Transfers mit 28,8 Millionen Euro zu Buche schlagen, Finanzerträge von 2,2. Das heißt, Einnahmen von 184,5 Millionen. Und wenn man denen dann die Ausgaben gegenüberstellt mit 185,9 Millionen, sieht man, dass wir hier nur mehr 1,4 Millionen Euro im Minus sind im Ergebnishaushalt. Und wenn wir wissen, dass wir eine laufende Ergebnisverbesserung haben, ist davon auszugehen, dass der Ergebnishaushalt nächstes Jahr zum Glück endlich wieder ins Plus drehen wird. Also eine Situation, die wie gesagt in Summe nicht einfach ist für uns. Aber man sieht es aufgrund der Verschuldung und auch aufgrund der Rückzahlungsraten, und auch aufgrund des Ergebnishaushaltes, das was wir investieren, investieren wir gescheit, investieren wir in Zukunftsprojekte und sichert vor allem auch den Bestand der Stadt in Zukunft. Und ich ersuche daher dann auch um eine lebhafte Diskussion und letztendlich aber auch um Zustimmung zu diesem vorgelegten Budget. Vielen Dank.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts der FA Finanz- und Beteiligungsverwaltung wird bewilligt:

1. Der beiliegende Voranschlag (VA) der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2025 (Beilage 1) wird im Einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind, wie folgt festgestellt:

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
0	**Vertregungskörper und allgemeine Verwaltung**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**5.507.400**	
	und Auszahlungen von	**29.522.400**	**-24.015.000**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**6.305.800**	
	mit Aufwendungen von	**29.422.800**	**-23.117.000**

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
1	**Öffentliche Ordnung und Sicherheit**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**867.500**	
	und Auszahlungen von	**2.650.700**	**-1.783.200**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**441.400**	
	mit Aufwendungen von	**2.185.600**	**-1.744.200**

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
2	**Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**13.580.900**	
	und Auszahlungen von	**30.833.100**	**-17.252.200**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**9.781.200**	
	mit Aufwendungen von	**27.556.100**	**-17.774.900**

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
3	**Kunst, Kultur und Kultus**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**1.253.700**	
	und Auszahlungen von	**4.840.500**	**-3.586.800**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**1.153.800**	
	mit Aufwendungen von	**4.516.700**	**-3.362.900**

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
4	**Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**15.926.100**	
	und Auszahlungen von	**51.187.400**	**-35.261.300**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**16.057.400**	
	mit Aufwendungen von	**51.411.700**	**-35.354.300**

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
5	**Gesundheit und Umweltschutz**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**1.636.300**	
	und Auszahlungen von	**18.991.900**	**-17.355.600**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**1.718.000**	
	mit Aufwendungen von	**19.001.100**	**-17.283.100**

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
6	**Straßen- und Wasserbau, Verkehr**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**5.342.500**	
	und Auszahlungen von	**10.019.300**	**-4.676.800**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**1.840.000**	
	mit Aufwendungen von	**7.548.100**	**-5.708.100**

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
7	**Wirtschaftsförderung**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**386.700**	
	und Auszahlungen von	**1.486.300**	**-1.099.600**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**68.100**	
	mit Aufwendungen von	**1.274.000**	**-1.205.900**

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
8	**Dienstleistungen**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**38.662.400**	
	und Auszahlungen von	**39.678.800**	**-1.016.400**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**36.088.000**	
	mit Aufwendungen von	**37.688.900**	**-1.600.900**

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
9	**Finanzwirtschaft**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**111.325.200**	
	und Auszahlungen von	**8.566.900**	**102.758.300**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**111.770.500**	
	mit Aufwendungen von	**7.852.900**	**103.917.600**

2. Als gegenseitig deckungsfähig erklärt werden die in der Beilage 2 zum gegenständlichen Amtsbericht in den einzelnen Deckungskreisen ausgewiesenen Haushaltsstellen.

3. Der Wirtschafts- und Investitionsplans der Alten- und Pflegeheime Steyr (APS), der Wirtschafts- und Investitionsplan der Kommunalbetriebe Steyr (KBS), die Voranschläge 2025 der Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG, der Sparkassenfonds Steyr Stadterneuerungs KG sowie der KFA der Stadt Steyr, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß Stiftung und der Dienstpostenplan.

4. Die Möglichkeit zur Umschichtung von Finanzmitteln zwischen den im Voranschlag ausgewiesenen Vorhaben lt. Investitionsplan der Alten- und Pflegeheim Steyr (APS) sowie der Kommunalbetriebe Steyr (KBS). Das heißt, dass Mitteleinsparungen bei einem Investitionsvorhaben für einen allfälligen Mehrbedarf bei einem anderen der im Investitionsplan ausgewiesenen Vorhaben verwendet werden dürfen.

5. Die Freigabe und Auszahlung der auf der Voranschlagsstelle 5/858000/759000 vorgesehenen Mittel für den Investitionskostenzuschuss zugunsten der KBS im Jahr 2025 im Ausmaß der tatsächlich von den KBS bis längstens 31.12.2025 vorgenommenen Auszahlungen für Investitionen auf Basis des im Punkt 3) beschlossenen Investitionsplans der KBS

bzw. der beschlossenen Investitionspläne der Vorjahre maximal bis zu dem im VA 2025 vorgesehenen Betrag zuzüglich allfällig beschlossener Kreditübertragungen und -überschreitungen.

6. Die Freigabe und Auszahlung der auf der Voranschlagsstelle 5/899000/759000 vorgesehenen Mittel für die Gesellschaftereinlage zugunsten der APS im Jahr 2025 im Ausmaß der tatsächlich von den APS bis längstens 31.12.2025 vorgenommenen Auszahlungen für Investitionen auf Basis des im Punkt 3) beschlossenen Investitionsplans der APS bzw. der beschlossenen Investitionspläne der Vorjahre sowie des im Jahr 2024 angefallenen Schuldendienstes für langfristige Darlehen der APS maximal bis zu dem im VA 2025 vorgesehenen Betrag zuzüglich allfällig beschlossener Kreditübertragungen und -überschreitungen.

7. Die Freigabe und Auszahlung der auf den Voranschlagsstellen 5/851000/754000 sowie 1/851000/754000 vorgesehenen Mittel für die Transferzahlungen an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für die von der Stadt zu leistenden anteiligen Betriebs- und Investitionskosten maximal bis zu dem im VA 2025 vorgesehenen Betrag zuzüglich allfällig beschlossener Kreditübertragungen und -überschreitungen.

8. Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt festgesetzt:
   Die Hebesätze betragen:
   a) Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500 v. H.
   b) Grundsteuer B für andere Grundstücke 500 v. H.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als erstes zu Wort gemeldet hat sich Gemeinderätin Irene Pumberger.

GEMEINDERÄTIN MAG. IRENE PUMBERGER:
Sehr geehrte Kollegen, werte Zuseher zu Hause. Ich habe es uns ausgedruckt, das ist das Budget der Stadt Steyr, mit dem wir uns seit einigen Wochen beschäftigen. Also mehr als oder knapp 600 Seiten. Und zu dem ich mich heute auch vorbereitet habe, im Namen meiner Fraktion eine Stellungnahme abzugeben. Und zur Beruhigung von Herrn Stadtrat Baumgarten, ich werde mich sachlich halten, weil es sich ja um ein ernstes Thema handelt. Deswegen beginne ich meine Rede mit einer Bestimmung aus dem Stadtstatut, § 77 des Stadtstatutes heißt es, die Landesregierung hat das Recht, die Gebarung der Stadt auf Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Nimmt man diese Bestimmung ernst, wirft das folgende Fragen auf. Entspricht der Voranschlag diesen Anforderungen? Ist darin auf Sparsamkeit ausreichend Bedacht genommen? Ist Zweckmäßigkeit gegeben? Ist das Budget überhaupt wirtschaftlich? Sind anstehende Projekte wirklich dringlich? Schon auf den ersten Blick ist dies unserer Ansicht zu verneinen. So ergibt sich nämlich allein aus der Gegenüberstellung von Ein- und Auszahlungen im Finanzierungshaushalt, dass die jährlichen Ausgaben die Einnahmen um rund 3,3 Millionen übersteigen. Dies ist kein Problem des aktuellen Voranschlages, sondern ein bereits seit Jahren bekanntes strukturelles Ausgabenproblem, das aufzeigt, dass keine ausreichenden liquiden Mittel für Investitionen vorhanden sind und dem nicht entsprechend gegengesteuert wird. Die anfänglich begonnenen Arbeitskreise zur Erarbeitung von Konjugierungsmaßnahmen sind mittlerweile verstummt. Insbesondere bei den nicht systemrelevanten Subventionen, die sich immerhin in Summe laut Seite 555 folgende, auf rund 10 Millionen belaufen, gibt es keine erkennbaren Veränderungen mehr und werden diese offensichtlich im Vergleich zum Vorjahr ungekürzt ausbezahlt. Gerade dieser Bereich aber wäre besonders geeignet, den von mir oben zitierten Kriterien mehr Beachtung zu schenken. Es muss ja nicht einnahmenseitig, sondern es muss sich ausgabenseitig etwas ändern, denn ich persönlich denke nicht, dass der Bürger, die Bürger das Gefühl haben, zu viel an Steuern zu bezahlen. Diese wurden im Vorjahr ohnedies mit durchschnittlich 7 Prozent mehr an Gebühren belastet. Von uns ins Spiel gebrachte Vorschläge für signifikante Einsparungen, die wurden immer ignoriert. Ich erinnere, was mein Kollege Zöttl heute schon ausgeführt hat, an die

Sarkophag-Kosten für die Restmülldeponie. Es wurde von uns hier aufgezeigt, dass das Vorhaben um rund 2 Millionen günstiger bewerkstelligt werden könne und eine Neuausschreibung der Vergabe gefordert. Dieser Forderung wurde keine Beachtung geschenkt. Oder auch unsere Forderung nicht zugleich das gesamte System um über 2 Millionen auf LED umzustellen, sondern dies bei Bedarf nach und nach zu machen, wurde einfach als klimafeindlich abgetan. Es ist aber höchst an der Zeit, die Ausgaben auf ihre Notwendigkeit zu reduzieren und auch die Aufgaben der Stadt zu reflektieren. Dies zeigt ein zweiter genauer Blick ins Budget, nämlich dass zur Finanzierung geplanter Investitionen die Neuaufnahme von Darlehen in Höhe von 14,8 Millionen vorgesehen sind. Unter Berücksichtigung des Schuldendienstes von rund 10 Millionen, das heißt die Stadt Steyr bezahlt allein rund 10 Millionen nur an Kreditraten und Zinsen pro Jahr, ergibt sich eine Bruttoverschuldung per Dezember 2025 in Höhe von 93 Millionen und sind die Rücklagen bald aufgebraucht. Der Ansatz hier weiter zu investieren, in der Hoffnung auf Erhalt von Mehrleistungen vom Bund und Land, und auf die Bezahlung weniger Transferleistungen an Bund und Land, ist meiner Ansicht nach der falsche Ansatz. Und auch die vermeintlichen Mehreinnahmen durch die Kommunalsteuer sind aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage unrealistisch. Ein Budget ist kein Hoffnungswurf, sondern braucht Planungssicherheit und Zahlen in höchster Wahrscheinlichkeit. Der richtige Ansatz kann daher nur sein, nur so viel zu verteilen, als eben zur Verfügung steht. Eben nicht mehr, aber auch nicht weniger. Zusammenfassend können wir daher als Freiheitliche Fraktion im Sinne eines verantwortungsbewussten Handelns einzelnen Kapiteln dieses Budgets nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Stadträtin Judith Ringer, bitte.

STADTRÄTIN ING. JUDITH RINGER:
Sehr geehrte Gemeinderäte, Gemeinderätinnen, liebe ZuseherInnen, ich kann eigentlich zum Budget nur eines sagen, alle Jahre wieder. Letztes Jahr bin ich dagestanden und habe unsere Bedenken zum Budget angemeldet und habe gesagt, wir stimmen zu, wenn gewisse Forderungen erfüllt werden, weil wir einfach ein Notbudget vermeiden wollten. Was waren die Forderungen? Die Arbeitsgruppen sollen fortgesetzt werden. Ist leider nicht passiert. Wir haben eine frühere Einbindung gefordert, dass man im letzten Finanzausschuss im ersten Halbjahr, also Ende Juni, schon den Budgetplan einmal vorgetragen bekommen. Wir sind in die Budgetplanungen vor einem Monat eingebunden worden. Wir haben gefordert, dass die Förderungen überarbeitet werden sollen, dass es keinen Förderautomatismus gibt. Auch das ist nicht passiert. Wir tun einfach weiter wie bisher. Die übliche Vorgangsweise ist einfach Kosten erhöhen, der Bürger soll mehr Gebühren zahlen. Auf der anderen Seite reden wir dann von leistbarem Wohnen und sonstigen Sachen. Wir machen Projekte am Stadtrand, die eine mega Infrastruktur brauchen, wo wir dann Straßen bauen müssen, wo wir einen Kanal brauchen, einfach Sachen, wo man sich einfach fragt, ja anscheinend haben wir doch das Geld dafür. Auch beim Personal, Personalabbau, oder es wird immer noch weiter Personal aufgebaut. Wir geben Geld aus für Konzepte über Konzepte, für eine Schlossparkbepflanzung und sonstige schöner Wohnen Sachen. Uns fehlt einfach der Fokus, in welche Richtung soll das gehen. Und das Thema zweckgebundene Rücklagen, das heute auch schon mehrmals angesprochen worden ist, das haben wir auch schon seit langem eingefordert. Und deshalb gibt es bei uns auch keine generelle Zustimmung zu dem Budget, sondern nur in einzelnen Punkten. Und bei der Mittelfristplanung, das möchte ich jetzt auch gleich sagen, gibt es von unserer Seite keine Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes am Wort Gemeinderat Freisais Pit, in Vorbereitung bitte Pichler Uwe und Greger Julia.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:
Sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, die finanzielle Situation der Stadt ist extrem ernst. Das ist jetzt keine neue Erkenntnis, auch keine überraschende Erkenntnis, wenn man sich so die Entwicklung der letzten Jahre anschaut. Allerdings ist jetzt der Punkt

erreicht, wo die Rücklagen dahingeschmolzen sind und wir vor einem Berg an Neuverschuldung stehen, an einer millionenfachen Neuverschuldung, die in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommt. Jetzt kann man sagen, na gut, die Rahmenbedingungen sind nicht gut, weder für Steyr noch für Österreich. Auch international ist es momentan schwierig, das stimmt. Allerdings, was mir fehlt, und das ist auch mein primärer Kritikpunkt, es gibt keine politische Vision, keinen transparenten Plan, wie der Finanzreferent gedenkt die nächsten Jahre diese Situation in den Griff zu bekommen oder zu zumindest abzufedern. Aus meiner Sicht wird da nach wie vor einfach mit dem politischen Kalkül immer nur so viel getan, dass man eben nicht zu unpopuläre Maßnahmen trifft. Das ist halt deutlich zu wenig. Also in den guten Zeiten Maßnahmen groß zu verkaufen, was nicht alles getan wird für die Menschen und wenn es dann eben hart auf hart geht, dass man dann nicht bereit ist, die entsprechenden Schritte zu setzen. Es sind ja schon einige Punkte gekommen. Es wird notwendig sein, Einschnitte zu setzen, bei den Leistungen zu sparen. Und da muss man meiner Meinung nach auch mit aller Transparenz daran gehen. Also sprich, einen klaren Plan vorlegen, was passiert, wenn die Situation, so wie sie sich aktuell gestaltet, in der Form weitergeht. Und das steht ja auch im Amtsbericht. Die Stadt hat nicht nur ein temporäres Problem, wo man jetzt vielleicht einmal durchtauchen kann, sondern ein ganz klares strukturelles Defizit. Das heißt, die Stadt muss tätig werden. Und die Hoffnung, dass da jetzt von irgendwo die Rettung kommt, vielleicht von der neuen Regierung, also den Spoiler, glaube ich, den kann ich schon geben, das wird nicht passieren. Die haben die nächsten Jahre genug damit zu tun, dass sie die Bundesfinanzen in den Griff bekommen. Also Steyr muss schauen, dass sie sich da entsprechend aufstellt und, wie gesagt, einen Plan entwickelt. Momentan sehe ich davon keine Spur, weder im Finanzausschuss noch in den stillgelegten Arbeitsgruppen. Also da gehört deutlich mehr Drive hinein und dementsprechend, solange sich die Situation so gestaltet, wie sie sich eben aktuell gestaltet, kann ich dem Voranschlag 2025 keine Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Eine kurze Korrektur von mir. Zuerst hat sich eigentlich die Gemeinderätin Julia Greger gemeldet. Bitte zur Wortmeldung und im Anschluss dann Pichler Uwe.

GEMEINDERÄTIN JULIA GREGER:
Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Wenn die geplanten Ausgaben die voraussichtlichen Einnahmen übersteigen, hat da wohl niemand Freude damit. Jetzt kann man, um ein Haushaltsgleichgewicht zu erreichen, entweder die Einnahmen erhöhen oder die Ausgaben reduzieren oder sinnvollerweise beides. Eine Erhöhung der Einnahmen wird in der Regel nur in geringem Umfang mehr Einnahmen bringen. Wie das mit der Erhöhung der Einnahmen ist, haben wir ja heute schon zur Genüge diskutiert. Das ist ja nicht so ganz einfach. Und es ist auch der Hebel über z.B. Gebührenerhöhungen oder zusätzliche Abgaben einfach zu gering. Reduzierung der Ausgaben kann da natürlich wesentlich mehr bringen. Da stimme ich einzelnen Kollegen durchaus zu. Jetzt ist aber so, dass bei einigen dieser Ausgabenposten haben wir rechtliche Verpflichtungen. Da können wir also gar nicht anders. Bei anderen Ausgaben, die könnte man natürlich streichen, beispielsweise Subventionen und Förderungen für Kultur können wir komplett streichen. Ist dann übrigens die Blaskapelle aber auch dabei, nicht nur das Röda. Wir können auch das Hallenbad und den Eislaufplatz zusperren, freilich. Wir können Schulturnhallen und Kindergärten halt nicht renovieren. Wir können keine zusätzlichen Krabbelstuben bauen und überhaupt die Ausgaben im Sozialbereich können wir drastisch reduzieren. Weil da liegt der Return on Investment, wenn es überhaupt einen gibt, eh in ungewisser Zukunft. Aber wollen wir das? Ich will das nicht. Ich sehe es als Aufgabe einer Stadt, ihren Bürgerinnen und Bürgern adäquate Infrastruktur inklusive öffentlichem Nahverkehr zur Verfügung zu stellen, Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Kulturangebote zu bieten. Ich sehe es als unsere Verpflichtung, für unsere Kinder und Jugendlichen adäquate Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu schaffen, und Menschen in sozialen Notlagen allein zu lassen, das verbietet mir sowieso mein humanistisches Weltbild. Der vorliegende Voranschlag stellt für mich einen unter den gegebenen Parametern gangbaren Kompromiss dar und ich werde ihm mit einer Ausnahme zustimmen. Wie unschwer zu erahnen, ist das der Buchungskreis 6, wo wieder Mittel geplant sind für Infrastrukturmaßnahmen in der Gartenbauersiedlung. Wir

Grünen waren von Anfang an gegen die Siedlung, gegen weitere Bodenversiegelung durch diesen Neubau und wir sind folgerichtig natürlich auch gegen die dadurch erforderlich gewordenen Infrastrukturmaßnahmen. Ansonsten wünsche ich mir auch ja eine Fortführung der Sparbemühungen zum Beispiel in den Arbeitsgruppen, aber ich sehe auch, dass wir in der momentanen Situation, denke ich, diesem Haushalt durchaus zustimmen können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes am Wort Gemeinderat Uwe Pichler, in Vorbereitung bitte Stadtrat Christian Baumgarten.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, nachdem jetzt jede Fraktion so eine Überblickstellungnahme gebracht hat, würde ich gerne jetzt ins Detail gehen, anschließend an die Kollegin Pumberger, die ja gesagt hat, dass wir bei gewissen Punkten diesmal nicht mitgehen können. Ich bin übrigens sehr dankbar, dass wir das kapitelweise abstimmen, auf unsere Forderung, da darf man auch immer wieder darauf hinweisen, dass wir es nicht in einem abstimmen, sondern dass man auch die Möglichkeit hat, sich zu gewissen Kapiteln zu äußern. Kommt den Grünen recht. Und wir haben da auch ein paar Punkte und die möchte ich aber begründen. Und zwar werde ich über das Kulturbudget reden, Punkt 3, und werde vorwegnehmen, dass die FPÖ-Fraktion diesmal diesem Budgetkapitel nicht zustimmen kann und bevor die anderen Parteizentralen bereits ihre Presseaussendungen vorbereiten, dass die FPÖ gegen die Kultur ist oder vielleicht kulturlos ist, werde ich diese Gegenstimme meiner Fraktion durchaus sehr gerne begründen. Wer meine Reden bis jetzt zu kulturellen Themen in den letzten Jahren verfolgt hat, dürfte mitbekommen haben, dass sowohl ich persönlich als auch meine Fraktionskolleginnen und Kollegen das kulturelle Geschehen, und auch das Angebot in Steyr, sehr schätzen und dies auch bei der Gelegenheit betonen. Für eine Stadt in dieser Größe hat Steyr ein reges und breit gefächertes Kulturleben und das Angebot an kulturellen Möglichkeiten für jeden Geschmack ist durchaus vorhanden. Und wer meine Wortmeldungen in diesem Haus zu Kultur und kulturellen Themen verfolgt hat, wird auch bemerkt haben, dass ich und meine Kolleginnen und Kollegen nicht müde waren auf unserer Meinung nach Missstände in Bezug auf mangelnde Verhältnismäßigkeit von Ausgaben und Kulturförderungen hinzuweisen. Ja geschätzte Kolleginnen und Kollegen, manche in diesem Raum werden jetzt sagen, jetzt kommt das schon wieder, immer das Gleiche, eh klar und so weiter und so fort. Wir sagen es auch nicht bei den Grünen. Ich hoffe ihr sagt es dann auch nicht. Und wir wollen jetzt das gleich einmal vorbeugen mit dem Gegenargument, ja, wir waren auch in den Gremien zu den Einsparungsmaßnahmen vertreten und haben die dabei gefassten Beschlüsse mitgetragen. Ja, wir stimmen auch in vielen Punkten kulturellen Themen und Förderungen betreffend immer wieder zu und tun dies auch aus der Überzeugung, denn wir sind der Meinung, dass Kultur was kosten darf und Kultur was kosten muss. Als Beispiel seien hier etwa Maßnahmen im Bereich der Altstadterhaltung angeführt, die enorm wichtig für unsere historische Stadt sind und natürlich den Aufwand von großen oder vielleicht größeren finanziellen Mitteln rechtfertigen. Viele weitere kulturelle Einrichtungen wie beispielsweise das Musikfestival, das Theater am Fluss, die Stadtkapelle ist heute schon angesprochen worden, ja, ist mir ein Herzensanliegen die Stadtkapelle, die Literaturtage bis hin zu den unzähligen kleinen Kultureinrichtungen in unserer Stadt seien hier genannt. Mein Dank gilt hier besonders allen, die oft unter widrigen Umständen und mit wenigen Mitteln, mit viel Ehrenamt und Herzblut das kulturelle Leben in unserer schönen Stadt bereichern. Mein Dank gilt ebenso hier der Kulturabteilung unter der Leitung von Dr. Rangger und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Großartiges leisten. Das muss gesagt werden. Aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, nein, wir können und wollen in der Höhe und Unverhältnismäßigkeit mancher Förderungen für manche kulturelle Einrichtungen in Steyr nicht mitstimmen, weil wir in Zeiten, wo in allen Ecken und Enden unserer Stadt Geld fehlt, wir haben es heute schon diskutiert, und gespart werden muss, wo Gebühren und Abgaben erhöht werden müssen oder fortgesetzt werden, wo wichtige und oft auch grundlegende Projekte nur mehr mit Mühe durchgeführt werden können, weil wir eben in diesen Zeiten es nicht mittragen können, dass hier unverhältnismäßig Geld ausgegeben wird und unseres Erachtens nach eine Schieflage entsteht, die es

uns Freiheitliche in diesem Fall nicht möglich macht, diesem Kapitel im Gesamten die Zustimmung zu geben. Überdenken wir noch einmal die Förderungspolitik der Kultur in der Stadt Steyr, stellen wir eine Förderungsgerechtigkeit in unserer Stadt her und wir reden nicht, Kollegin Greger, von einer kompletten Streichung von Subventionen oder Förderungen. Ich bin ja froh, dass du vorher geredet hast, dann kann ich das auch klarstellen. Von dem reden wir nicht. Wir reden von einer Verhältnismäßigkeit. Wenn das der Fall ist, dann werden wir auch in Zukunft dem Budgetkapitel Kunst und Kultur gerne wieder die Zustimmung geben können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes bitte Stadtrat Christian Baumgarten, in Vorbereitung Gemeinderat Steinmayr Dominik.

STADTRAT CHRISTIAN BAUMGARTEN:
Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das war jetzt ein super Beispiel vom Uwe, genau um das geht es nämlich auch. Es hat diese Einsparungsgruppen gegeben, ja, ihr habt da auch einiges mitgetragen, ja, nur was fehlt, und das war jetzt dasselbe, herum lamentieren, da müssen wir ein bisschen sparen und da sollte man sparen, und die Förderungen sollte man da ein bisschen kürzen und dort kürzen. Weißt du, was das Problem ist? Es kommen 0,0 Vorschläge. Es kommt gar nichts. Sagt einfach einmal, nein, sagt einfach einmal Röda wollen wir streichen, MAW wollen wir streichen oder sonst irgendwas, nein. Oder wollen wir streichen. Sagt einmal, wo die Sportförderungen gestrichen werden sollen. Traut euch einmal raus. In jeder, in jeder dieser Sitzungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in jeder Sitzung ist darauf gewartet worden, dass die SPÖ Vorschläge macht und dann ist die Opposition drinnen gesessen, FPÖ, ÖVP, Pit Freisais, du warst leider nie da, du kannst nicht mitreden. Und dann ist gekommen und dann macht man, macht man wie im alten Rom dann so oder so (Daumen hoch oder Daumen runter). Die ÖVP, FPÖ sagt dann ja, nein, oder wie auch immer. Das ist das ganze Spannende. Es kommt, es ist nicht ein einziger Vorschlag gekommen, wo man, bei was für einem Verein, bei was für einer Kultureinrichtung, die man streichen soll oder sparen soll. Ich meine, das mit dem MAW ist ein alter Hut von euch und mit dem Röda, aber sonst ist nichts gekommen, gar nichts. Und im MAW haben wir übrigens gemeinsam, lieber Uwe, eine Reduzierung der Förderung vorgenommen, und da ist die FPÖ-Fraktion auch eben mitgegangen, allerdings dann im Gemeinderat eh wieder nicht, aber es hat eigentlich gepasst, dass wir die Förderung gekürzt haben, beim MAW. Nur zur Info. Vorschlag, aber es kommt nichts. Sagt einmal, ÖVP und FPÖ, in was für einen Verein ihr hineinschneiden wollt, was für eine Geschichte ihr nicht mehr wollt, und dann sagen, dann können wir ja drüber reden. Aber da kommt nichts. Immer nur lamentieren und sagen ja da müssen wir eh eigentlich, macht einmal einen Vorschlag. Und dann so und so. Gilt nicht, wird so auch nicht sein, weil ich das erstens einmal als unfair empfinde, ich kenne zwar das politische Spielchen schon, dann steht in der Zeitung, SPÖ hat dort eingespart, und ihr habt dann gesagt, na ja, vielleicht tun wir da mit oder auch nicht. So geht das nicht, macht einmal ordentliche Vorschläge, traut euch einmal heraus, wo ihr was nicht wollt, und dann reden wir drüber.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes Gemeinderat Dominik Steinmayr.

GEMEINDERAT DOMINIK STEINMAYR:
Geschätzter Gemeinderat, liebe Zuseher, ich darf heute bei dem Budget zum Punkt 4 Soziales sprechen und bevor ich zur Erklärung komme, warum wir auch hier unsere Zustimmung nicht geben und uns enthalten werden, möchte ich am Anfang gleich einmal sagen, ja, Soziales darf was kosten. Soziales soll auch was kosten. Und uns als Politiker soll es auch wichtig sein, dass gerade im sozialen Bereich auch investiert wird. Wichtig ist uns aber, dass wenn man als Stadt investiert, dass das Ganze auch zielgerichtet ist. Und auch vor allem an den richtigen Stellen geschieht. Wie jedes Jahr schauen uns wir als FPÖ-Fraktion das Budget ganz genau an. Und im Bereich Soziales haben wir halt schon Ausgaben in Höhe von 50 Millionen Euro aufzuweisen. Und wenn man sich dann weiter die einzelnen Punkte anschaut, wo die Stadt

Steyr da investiert, beziehungsweise auch Geld ausgibt, dann findet man da wieder sehr hohe Ausgaben bei den Förderungen an Vereine und auch Institutionen. Wie zum Beispiel an das Paraplü mit über 40.000 Euro, wo wir auch diese Förderung ja auch schon des Öfteren kritisiert haben, Herr Baumgarten. Gerade in so herausfordernden Zeiten und einem schlechten Gesamtbudget der Stadt, in Zeiten der Teuerung, wo es Steyrer gibt, die an der Armutsgrenze leben und oft nicht mehr wissen, wie sie sich die Lebensmittel leisten können. Wo es Familien in Steyr gibt, die es generell schon nicht leicht haben. Und jetzt vielleicht sogar noch ein Elternteil aufgrund der ganzen Insolvenzreihen und Firmenschließungen vielleicht den Job auch noch verloren hat, und nicht mehr wissen, wie es weitergeht. Wo wir uns in unserer Stadt, wo es immer noch in den Winterzeiten, immer noch Obdachlose gibt, die auf den Straßen leben müssen. Genau in diesen Zeiten können wir als Soziale Heimatpartei diesem Sozialbudget mit diesen hohen Förderungen, die was da immer noch dabei sind, wie zum Beispiel das Paraplü, die unserer Meinung nicht zielgerichtet und an anderer Stelle besser investiert wären, unsere Zustimmung nicht geben und werden uns deshalb enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes hat sich Gemeinderat Jürgen Unger gemeldet.

GEMEINDERAT JÜRGEN UNGER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, liebe Gemeinderatskolleginnen und Kollegen, ich möchte nur kurz was richtigstellen. Es muss in unserer tollen Stadt kein einziger Obdachloser auf der Straße schlafen. Ich bin selber Leiter einer Obdachloseneinrichtung des Tageszentrums und wir versorgen unsere Obdachlosen in Steyr wirklich sehr, sehr gut. Ob das jetzt untertags ist, mit dem Tageszentrum oder auch in der Nacht in der Notschlafstelle. Dass man immer wieder Menschen sieht, die auf der Straße sind, ist vielleicht auch ihr eigener Wille und den kann man ihnen nicht wegnehmen. Wenn Menschen so leben möchten, aus psychischen Erkrankungen oder aus der Familiengeschichte heraus, dann sind wir die Letzten, die sagen, geh woanders hin, wir wollen dich hier nicht haben. Nein, wir sind mit offenen Armen da und sagen, wir möchten euch unterstützen, wir möchten euch in eurem Leben weiterhelfen. Und dafür steht die Stadt Steyr auch als soziale Musterstadt. Und da möchte ich Danke sagen für diese Möglichkeiten von der Stadt auch. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Vizebürgermeister Dr. Michael Schodermayr hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:
Ja beim Thema Soziales fühle ich mich schon ein bisschen aufgerufen, auch was dazu zu sagen. Aber nur ganz kurz, 50 Millionen, weiß nicht, wie die zusammenkommen, ich kann nur sagen, dass zumindest die SPÖ-Fraktion ziemlich stolz darauf ist, dass sich die Stadt Steyr hinstellen kann und sagen kann, wir tun was für unsere Leute. Und zwar für alle Leute, Steyrerinnen, wie sagt der Bundespräsident immer, Steyrerinnen und Steyrer, und alle die hier wohnen. Ich finde, da können wir uns was drauf einbilden und wir können auch gut den Vergleich herstellen zu anderen Städten. Was mich gestört hat, das stört mich immer wieder, ist, nein, ich möchte das Positive zuerst sagen, wir arbeiten glaube ich gut zusammen im Zusammenlebensprozess, ich möchte das wirklich hervorstreichen, fraktionsübergreifend, wo alle mit drinnen sind und wirklich konstruktiv mitarbeiten. Was mich jetzt aber, wo mir die Magensäure ein bisschen hochgekommen ist, ist, so zu tun, wie wenn das Paraplü für die Würste wäre, das weise ich wirklich vehementest zurück, die tun über, glaube ich, 25 Jahre, ich weiß es jetzt nicht genau, oder 30 Jahre schon, in Steyr wirklich arbeiten für die SteyrerInnen in Steyr und für die Leute, die herkommen und für ein gutes Miteinander. Also die haben uns das vorgehüpft von Anfang an, wie es geht und wie es gehen kann, und die machen ganz viel sinnvolle Sachen. Und eigenartig ist, und wir sind uns ja einig in der Einschätzung, wir wollen, dass die Leute, die zu uns kommen, sich integrieren, was immer man darunter versteht, aber wir sollen gut miteinander zusammenleben, das ist meine Definition. Und bei jeder Maßnahme, die wir vorschlagen, die dann natürlich auch den einen oder anderen Euro kostet, sind wir dagegen, das verstehe ich nicht, mir geht es fast schon wie dem Baumi, ich verstehe das inhaltlich nicht,

ich kann das intellektuell nicht nachvollziehen. Und das zweite, was mich stört daran, ist so zu tun, Dominik, wie wenn irgendein Mensch und die haben wirklich meine Empathie, die jetzt in Steyr Automotive arbeitslos werden oder wo auch immer, egal aus welchen Zulieferbetrieben, was auch immer, wie wenn da einer davon den Arbeitsplatz behalten könnte, wenn wir das Paraplü zusperren, das ist so schwachsinnig, das halte ich überhaupt nicht aus. Und ich bin wirklich dafür, dass wir uns einigen darauf und wir sind uns ja in Wahrheit dann immer einig in diversen Sitzungen und Besprechungen, dass wir darauf schauen, was ist gescheit zu tun, damit die Leute in Steyr gut zusammenleben. Und wir können mit unseren Zahlen wirklich hausieren gehen, es passiert Gott sei Dank wenig, es gibt ein bisschen Unmut da, ein bisschen Unmut dort, der letzte Unmut, der entstanden ist im Thema Integration war, dass Mistkübeln zu voll gestopft worden sind und nicht Müll getrennt wurde, das Paraplü hat sich sofort eingeschaltet, die Volkshilfe hat sich sofort eingeschaltet, es wurde das Problem gelöst, das sind Gott sei Dank, Gott sei Dank unsere Probleme, Gott sei Dank keine anderen und dass es so bleibt, dafür plädiere ich da und dass wir da ein paar Euro in die Hand nehmen und uns da einig sind in der Zielsetzung, dafür plädiere ich auch noch einmal. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Stadträtin Evelyn Kattnigg bitte.

STADTRÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):
Sehr geehrte Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Damen und Herren, auch im Internet, liebe Zuhörer, ja, es war eine sehr interessante Diskussion bis jetzt, der Herr Stadtrat Baumgarten hat gesagt, wir lamentieren immer herum, jetzt werde ich dem einmal ein bisschen entgegenwirken, und zwar, wir freuen uns, dass die SPÖ in ihrer kürzlichen Aussendung Steyr sozial, lebenswert, zukunftsfit gestalten als Beilage in der Zeitung TIPS unsere FPÖ-Themen aufnimmt. Ich habe mir das Innenleben angeschaut, ihr könnt eh ruhig lachen, ich werde das noch erläutern, ich habe mir das Innenleben angeschaut und da sind sehr viele Themen dabei, die FPÖ-Handschrift haben. Von der FPÖ, ich glaube, ich habe das Recht, dass mir zugehört wird, lachen kann man nachher und man kann dann viel diskutieren, von der FPÖ wurde der Antrag am 23.5. in den Gemeinderat eingebracht, Arbeitsgruppen einzusetzen, der sogenannte Runde Tisch, um die wirtschaftliche Entwicklung in der Steyrer Altstadt und in der Innenstadt zu verbessern, falls ihr euch erinnern könnt. Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen. Dass die SPÖ gute Themen der FPÖ für sich verkauft, ist nichts Neues, weil euch der Hut brennt. In der Folge tagte mehrfach der sogenannte Runde Tisch, da waren wir auch immer wieder dabei, natürlich auch mit Bürgerbeteiligung. Aus diesem Prozess haben sich drei Arbeitsgruppen herauskristallisiert. Marke und Positionierung, Leerstandsmanagement und Aufenthaltsqualität haben sich daraus herauskristallisiert. Wir sind bei allen Themen in der Zielgeraden. Und der Dr. Zöttl und ich waren auch immer dabei. Weiters wurde auf Initiative der FPÖ der erfolgreiche Stadt... *unverständliche Zwischenrufe* … Das war aber unser Thema. Die erfolgreiche Stadtteile... *unverständliche Zwischenrufe* … Baumi, ich werde dir nachher noch etwas sagen. Darf ich einmal ausreden? Das ist sehr nett.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Die Rednerin ist bitte am Wort.

STADTRÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA (FH):
Bei dem Thema Stadtteilemanagement haben wir auch den Herrn Jungreitmayr von Wels eingeladen in den Arbeitskreis. Nämlich die zweitgrößte Statutarstadt, ja, du kannst schon den Kopf schütteln, das ist so, die in den schwarzen Zahlen ist, um Themen mitzunehmen, die wir vielleicht auch für Steyr verwenden können, für unsere Arbeitskreise. Was ist denn da für ein Problem dabei? Wir haben die einfach geholt und gesagt, tun wir einmal mitpartizipieren, was wir von denen verwenden können. Warum sage ich das? Weil die Wirtschaft in Steyr stagniert und die Arbeitslosigkeit immer mehr ansteigt. Und die Einwohnerzahl, und das ist auch ein wichtiger Punkt, in Steyr rückläufig ist. Wir befinden uns derzeit in einer Rezession, das wissen wir alle und die wird uns auch noch länger begleiten. Das große Sorgenkind sind die ständigen Negativmeldungen von Personalabbau bei Steyr Automotive. Jedoch straucheln auch andere

Unternehmen der Automobilindustrie in Steyr. Zulieferfirmen der Automobilindustrie wie zum Beispiel die Firma Schneegans in der Nachbargemeinde, Weber Hydraulik und Unitech bauen Mitarbeiter ab. Dass uns das in Steyr treffen wird ist klar, weil die erwarten, dass sie vielleicht Arbeitsplätze bei den Großunternehmen in Steyr bekommen. Und das ist auch so, die fragen auch schon bei den Großunternehmen an. Auch Automobilzulieferer Berndorf in Niederösterreich baut 450 Arbeitsplätze ab. Immerhin arbeiten auch viele Mitarbeiter aus dem Nachbarbundesland Niederösterreich in Steyr. Meiner Meinung nach eine totale Fehlentscheidung der Europäischen Union sich nur auf das E-Fahrzeug zu werfen und die Verbrennungsmotoren und die Verbrennerfahrzeuge langfristig zu verbieten. Die Konsequenzen müssen wir wirtschaftlich jetzt alle mittragen. Aber die SPÖ zeichnet sich in ihrer Wahlbroschüre auch für die Errichtung der neuen Produktionslinie für E-Motoren bei BMW verantwortlich. Das müssen Sie mir mal erklären, wie Sie dafür verantwortlich sein können. Das kostet mir wirklich einen Lacher. So ein großer Konzern entscheidet nicht nach Standort, sondern nach Produktivitätskennzahlen. So schaut die Welt aus. Aber in einer Wahlbroschüre kann man natürlich alles reinschreiben. Natürlich können und müssen wir dem Fachkräftemangel in Steyr entgegenwirken. Aber ich denke, da sind wir mit den Fachhochschulstudiengängen in Oberösterreich sehr gut aufgestellt. Wir müssen verstärkt versuchen, den Wirtschaftsstandort Steyr attraktiver zu gestalten. Aber ob das Gefängnis in der Berggasse, wie ich heute der Zeitung entnommen habe oder der Pressemeldung entnommen habe, die richtige Location für Startups ist, die Idee hat auch nur unser Herr Bürgermeister oder die SPÖ-Fraktion. Ich weiß nicht, wer sie gehabt hat, die anderen Fraktionen wurden auf jeden Fall bei dem Thema nie eingebunden. Und das ist die gute Zusammenarbeit, von der sie da so herausposaunen. In diesem Zusammenhang hilft uns auch das WAG-Stadtteilekonzept. Dieser Stadtteil wird mit rund 6.500 Einwohnern derzeit komplett durchleuchtet. Hinsichtlich Verbesserung des bestehenden Wohnanlagenbestandes, es werden Balkone anschaut, bessere Nutzung von Grünflächen, Müllplatzkonzept, Fahrrad-Abstellplätze, Isolierungen, Beschatten, aber auch die Mobilität und Parkmöglichkeiten, E-Ladestationen werden durchleuchtet, um den Stadtteil attraktiver zu machen. Da werden auch die Bürger von Münichholz eingebunden, aber auch Baulandreserven der WAG werden durchleuchtet, um für mögliche Zukunftsprojekte sie hernehmen zu können oder umwandeln zu können, um den Stadtteil attraktiver, mit dem Bedacht auf Leistbarkeit für die Bewohner zu machen und weitere Ansiedlungen vielleicht, was die Einwohnerzahl in Steyr betrifft, zu machen. In der Folge werden Prototypenmodelle für den Stadtteil abgeleitet. Eine Rohfassung des Stadtentwicklungskonzeptes wird voraussichtlich im Februar 2025 vorgestellt. Der Abschluss des Projektes ist im zweiten Quartal 2025 geplant. Der Vorteil dieses Projektes liegt darin, und da sind wir beim Kostenbewusstsein, dass uns dieses Konzept nur Mitarbeit kostet und Know-how, dass wir da einbringen, ja, du kannst dich schon langweilen Baumi, ich schaue dich eh an, aber es kostet nichts. Das Studio 5 arbeitet das gemeinsam mit unserem Input aus und da habe ich genau die ganzen Stadtsenatsmitglieder gefragt, welchen Input sie haben und habe den eingebracht. Das ist nicht mein Projekt, sondern wir haben den Input geliefert und es kostet uns vor allem nichts. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt werden wir dann verwenden für neue Stadtteilkonzepte. Dafür haben wir auch 100.000 Euro budgetiert, um andere Stadtteile auch wieder attraktiver zu machen. Noch ein kurzer Blick zum Marktwesen. Ich denke die Abteilung Eventmanagement, da danke ich dem Dr. Rangger sehr herzlich, wo das Marktwesen angesiedelt ist, hat gute Arbeit in den letzten Jahren geleistet. Wir haben mit Sondermärkten, die alle kennen, versucht nicht nur den Stadtplatz, sondern auch den Resthof-Markt zu beleben und ich verspreche es ihnen, es wird auch in Zukunft noch weitere Sondermärkte geben im nächsten Jahr. Einige sind schon auf der Homepage Markt Steyr.at ersichtlich, mit Terminen belegt. Nicht nur die Wochenmärkte, sondern auch die Sondermärkte beleben unsere Stadtteile, das wissen wir alle. Vor allem die umliegenden Geschäfte und die Gastronomie sollen natürlich mitpartizipieren und genauso soll es sein. Jetzt bin ich beim Herrn Stadtrat Baumgarten. Was mich besonders ärgert, ist die Tatsache, dass ich wegen 5.000 Euro Zusatzbudget mit dir diskutieren muss im Budgetvorgespräch, wo du gesagt hast, 5.000 Euro kriegst du dann, wenn du bei der Lustbarkeitsabgabe, sicher hast es gesagt, wenn wir einen Rückzieher machen. Nein, du hast das gesagt. Und da habe ich mir gedacht, wo sind wir denn eigentlich? Wo sind wir eigentlich? Ich muss um läppische 5.000 Euro für Sondermärkte kämpfen. Das sind nicht meine Sondermärkte, sondern das sind Sondermärkte für die

Belebung der Stadt. Das möchte ich schon erwähnt haben. Und da fehlt mir wirklich der Zugang, wie es zu so einer Diskussion überhaupt kommen kann. Wir versuchen nur das umzusetzen, was wir aus Erfahrungen aus der Besucherfrequenz vom Markt von den Wochenmärkten gelernt haben und was beim Bürger ankommt. Nicht mehr und nicht weniger. Und es ist weder mein Wochenmarkt, ich bin halt die zuständige Referentin. Dass immer Luft nach oben ist bei dem Thema, das ist eh klar. Das ist ganz logisch. Es gäbe noch vieles zu sagen bei der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung, bei der Wirtschaftsförderung, zum Budget. Ich will es hiermit belassen und Weihnachtsfrieden einkehren lassen. Ich wünsche Ihnen, den Bürgern von Steyr und den Kollegen ein besinnliches Weihnachtsfest und zur FPÖ-Fraktion kann ich nur eines sagen, ich glaube schon, dass wir sehr gute Arbeit leisten, produktiv mitarbeiten und wir versuchen unsere schöne Stadt noch attraktiver zu machen und vor allem leistbar zu halten. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Vizebürgermeister Zöttl bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Danke. Ja, kann allen Vorrednern natürlich etwas abgewinnen. Selbstverständlich, wir haben auch im Vorfeld diese Gespräche geführt, wie es mit dem Budget ausschaut. Warst auch du dabei, Christian Baumgarten Stadtrat. Und du tust da so, wie wenn wir nichts beitragen würden. Also da muss ich schon sagen, bist du nicht anwesend, wenn wir da herinnen über Ausgaben diskutieren? Also da frage ich mich schon ein bisschen. Ja, ja, in deinen Gruppen. Genau, da komme ich noch hin. Jetzt sage ich, was schon interessant ist und das war meine einzige Frage, die ich euch gestellt habe, nachdem wir den Budgetentwurf gesehen haben. Die allgemeine Situation ist schlecht. Wissen wir. Meine Frage war die an den Herrn Bräuer und an den Herrn Bürgermeister. Was macht Wels unter dem FPÖ-Bürgermeister Rabl anders? Die machen Gewinne und alle anderen machen Verluste. Das ist eine legitime Frage. Da kann man eh lachen von Seiten der SPÖ, aber man könnte auch von den Besten lernen. Ich sage es ganz ehrlich, weil vielleicht wäre das für uns auch nicht so schlecht. Auf jeden Fall ist mir gesagt worden, das Problem ist der Schuldendienst und dass die Stadt keine Einnahmen hat. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten immer gewarnt, dass Schulden schlecht sind. Von Seiten der SPÖ ist sehr oft der Vorwurf gekommen, dass wir das immer kritisieren und Schulden per se nichts Schlechtes sind. Ja, in einer Niedrigzinsphase. Aber jetzt, wo die Zinsen gestiegen sind, fällt uns das mit 10 Millionen Euro, wie wir schon gesagt haben, auf den Kopf und kostet uns extrem viel Substanz und Handlungsspielraum. Weil wie wir wissen, wie wir gesehen haben, und da werden wir auch in vielen Kapiteln zustimmen, wir haben vor dem riesigen Brocken von 174 Millionen Euro Pflichtaufgaben Infrastruktur zu erfüllen. Da kommen wir nicht aus. Es ist der Handlungsspielraum sehr klein. Und da sind halt 10 Millionen für den Schuldendienst extrem viel. Da muss ich, ja Einnahmen, die Idee mit der Wasserkraft, die haben wir eingeworfen, weil da kann die Stadt langfristig Gewinne oder zumindest Erträge erwirtschaften. Da sind wir möglicherweise unabhängig von Strompreisschwankungen, wie wir es heute schon gehört haben von Herrn Bürgermeister, wo wir nicht wissen, warum es plötzlich ums Zehnfache steigt und wieder fällt. Das ist wie mit den Zinsen so ähnlich. Wenn wir da eine gewisse Unabhängigkeit uns erarbeiten, dann kann das auf lange Zeit und sind es 50 Jahre nur positiv sein. Aber da können wir ja möglicherweise unseren nächsten Generationen etwas hinterlassen, was positiv ist und nicht nur Schulden. Was ich ganz interessant noch finde, weil du sagst, wir haben mit den Einsparungsgruppen nichts gebracht. Ich sehe es jetzt vice versa, du stellst dich bei Sportehrungen hin und bist stolz darauf, dass du in dem Sportbereich, wo du zuständig bist, keine Einsparungen machen hast müssen und das auch geschafft hast. Da könnte ich jetzt, so wie du uns vorwirfst, vice versa vorwerfen, dass du nicht verantwortungsbewusst für das Budget der Stadt Steyr arbeitest. Ich mache es nicht, aber es ist die Überlegung, du bringst es uns, vice versa machst du uns den Vorwurf. Das ist mal zum Überlegen. Ja, was wollte ich noch sagen? Das mit dem Paraplü vom Dr. Schodermayr. Dominik Steinmayr hat nicht das Paraplü mit den Arbeitslosen im Verhältnis gestellt, sondern nur die Ausgaben im Sozialbereich bemängelt, dass die zu hoch sind und die Arbeitslosen in Steyr haben halt ein finanzielles und wirtschaftliches und Lebensproblem, weil sie halt leider ihren Job

verloren haben. Er hat nicht gesagt, dass das Paraplü was dafür kann. Also schon ein bisschen, nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, sondern man muss da schon ein bisschen bei der Sache bleiben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes hat sich Bürgermeister Markus Vogl zu Wort gemeldet.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Ich halte es aufgrund vom politischen Stil glaube ich auch für gescheit, dass man sich zu Wort meldet, weil natürlich auch, wenn man als Berichterstatter das Schlusswort hat, natürlich dann immer die Möglichkeit fehlt auch darauf zu replizieren und man merkt schon, dass es durchaus eine emotionale Diskussion ist. Und ich glaube, man kann da durchaus unterschiedlicher Meinung sein und ich habe auch zu vielen Themen eine ganz unterschiedliche Meinung und vielleicht auch Auffassung. Wir haben uns in diesen Arbeitsgruppen zusammengesetzt, haben damals dort Maßnahmen beschlossen und wenn man sich die Liste anschaut, ich glaube man wird nichts finden, was wir nicht umgesetzt haben. Und einer der Rückschlüsse ist vielleicht auch Einwohnerzahl, wir sind gestiegen. Das heißt, das Ziel, das wir uns damals gesetzt haben, dass Steyr wächst, ist passiert. Steyr hat mehr Einwohner als vor zwei Jahren, und zwar in dem Ausmaß was wir uns damals vorgenommen haben. Der Hintergrund dafür und das muss ich auch ganz ehrlich sagen, und auf den bin ich nicht stolz, ist, dass irgendein Wahnsinniger angefangen hat, dass er nämlich in die Ukraine marschiert. Dass wir heute in Steyr mehr als 300 Menschen aus der Ukraine beheimaten, die heute hier in Steyr Heimat gefunden haben. Und das ist der Hintergrund, warum in Steyr auf einmal Bevölkerungswachstum ist. Also wir merken schon, dass die Welt rund um uns nicht ganz angenehm ist. Und darum finde ich es auch gescheit, dass wir dann Institutionen haben, denn wenn Menschen zu uns nach Steyr kommen, und die sich das nicht ausgesucht haben, dass sie nach Steyr kommen müssen, dann auch, wenn sie hier ankommen, bei der Hand nimmt und ein Stück weit hilft, hier in der Gesellschaft Fuß zu fassen. Weil alles andere würde nämlich massive Probleme machen in der Gesellschaft. Denn wir wissen, wie das ist im Zusammenleben und dass das alles nicht so einfach ist. Ich glaube, Nachbarschaftsstreitigkeiten sind oft die intensivsten und heftigsten. Und wenn wir dann so tun bei den Vereinen, ja dann kürzen wir mal, wie gesagt, es hat Arbeitsgruppen gegeben, es ist jede einzelne Subvention angeschaut worden und das war wirklich so. Ich meine, wo ist denn was gekommen? Und dann zu sagen und dann Stadtrat Baumgarten vorzuwerfen er hat bei den Sportvereinen sich nicht getraut. Was wir machen derzeit, dass wir nicht erhöhen, ist auch eine Kürzung. Wenn das Leben rundherum teurer wird und wir erhöhen jetzt seit Jahren die Förderungen für Vereine und auch die Sportvereine nicht, dann ist es eine Kürzung, die wir da vornehmen. Geschuldet der Not und dem Druck, den wir haben. So ehrlich müssen wir sein. Und wenn wir dann draußen sind und jeder von uns, der in seinem Bereich tätig ist, dann wissen wir sehr wohl, dass das eng ist. Und dass viele Vereine kämpfen. Und dass man vielen Vereinen, jeder von uns, gern mehr Geld geben würde. Und wir sind diszipliniert und sagen, okay, es geht gerade nicht. Aber das, was wir gerade machen, ist durchaus auch eine Kürzung, die wir vornehmen. Und die Vereine haben alle einen Namen. Wenn ich sage 50 Millionen im Sozialbereich, dann ist das Hilfswerk, dann ist das Diakonie, dann ist das Volkshilfe. Weil abseits dessen, was wir zuerst gelobt haben, dass wir wirklich super Kolleginnen und Kollegen in den Alten- und Pflegeheimen haben, wir sind auch stolz darauf, dass wir Betreuungsangebote haben, dass man selber entscheiden kann, gehe ich am Ende des Tages in ein Alten- und Pflegeheim oder nutze ich andere Möglichkeiten. Und nämlich die so zu nutzen, dass es auch sozial verträglich ist. Und da haben wir viel aufgebaut gemeinsam. Da können wir wirklich stolz sein, glaube ich, auf dieses reißfeste Netz, und das sind Vereine. Wir haben das Thema Gewalt heute schon angesprochen, auch da haben wir zum Glück Vereine und da haben wir auch die Förderung für das nächste Jahr erhöht, weil es notwendig ist, dass wir dort unterstützen. Oder wollen wir, dass Kinder die Gewalt erfahren, dann keine Unterstützung kriegen? Und das machen nicht wir als Stadt. Natürlich unterstützen wir als Stadt. Natürlich haben wir auch bei uns Beschäftigte, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Aber wir sind froh, dass wir da auch einen Verein haben, der uns dabei unterstützt. Also das sind alles Entscheidungen, die uns nicht leichtfallen. Und wir wissen alle

miteinander, das ist alles nicht einfach, das zusammenzubringen. Und trotzdem noch einmal dieses große Bild. Wir haben eine herausfordernde Situation. Aber jetzt stellt euch vor, ihr habt ein Haus gebaut und die Perspektive ist, die Kreditrate sinkt im Verhältnis zu eurem Einkommen. Würdest du jetzt dann sagen, Wahnsinn, das geht sich alles nicht mehr aus. Das ist das, was die Folien da sind. Dass es unangenehm ist, und das Schöne ist natürlich auch, wenn man sich für Investitionen nicht verschulden muss, schön. Und weil das Beispiel Wels gefallen ist, die schönste Regel ist immer, mit der vollen Hose ist gut stinken. Wenn wir uns anschauen Wels, dann haben die pro Kopf höhere Ausgaben als Steyr. Weil wir eh wissen, dass wir es uns nicht leisten können. Das ist so. Wir geben weniger pro Bürger aus als in Wels. Der große Unterschied ist nur, dass ein Welser einfach mehr wert ist als ein Steyrer. Da kann man sagen, es ist fair oder nicht, weil es ist so, es ist die Tatsache in dem Land. Man kriegt einfach für jeden Bürger in Wels mehr Geld. Und es sind umgelegt auf Steyr pro Jahr 6,5 Millionen Euro, was jeder Bürger mehr wert ist in Wels. Umgelegt auf Steyr 6,5 Millionen Euro und jetzt rechnet das 10 Jahre zurück, und dann schaut euch die Finanzen der Stadt Steyr an. Das ist der abgestufte Bevölkerungsschlüssel. Und Wels hat so wie wir viele Aufgaben zu erledigen, sind auch eigenes Statut. Das heißt, Bezirksverwaltung müssen sie selber zahlen. Das ist nämlich die zweite Sauerei, dass wir eine BH haben, die vom Land gezahlt wird, aber die Städte müssen sie natürlich selber zahlen. Aber wie gesagt, stellt euch vor, wir hätten nur über 10 Jahre diese Mehreinnahmen gehabt. 65 Millionen Euro. Dann hätten wir genau 0 Schulden. Aber es ist halt so. Wir haben es. Die Frage ist, ist es fair? Ich glaube, dass man darüber nachdenken muss, weil die Aufgaben einer Stadt Wels im Verhältnis zur Stadt Steyr nicht so viel anders sind. Ich sage es gibt schon Gründe, warum größere Städte mehr Geld brauchen. Erinnert euch an Linz, die haben eine Straßenbahn zu erhalten. Das ist ein ganz anderer Aufwand, als wenn wir in Steyr unsere Busse bedienen. Aber hier ist die Relation aus meiner Sicht nicht da. Also wie gesagt, Wels, natürlich immer wieder schauen wir gerne hin. Wir schauen auch dorthin, was dort passiert, im Bereich der Grünanlagen, wo wir bei uns diskutieren, ob wir es uns leisten wollen oder nicht, ob es gescheit ist. Die machen sehr viel in diesem Bereich. Sie können es auch. Stimmt. Die haben auf Grund ihrer Finanzertragssituation deutlich mehr Spielraum als wir. Darum müssen wir auch schauen, dass wir mit den Mitteln gut haushalten. Ich glaube, dass es ein guter Kompromiss ist, dass man immer diskutieren kann über Maßnahmen, bin ich gerne bereit. Wenn es gute Vorschläge gibt, wo man glaubt, dass man sinnvoll sparen kann, haben wir uns, glaube ich, in der Arbeitsgruppe nie verwehrt dagegen, das zu diskutieren und anzuschauen. Aber wie gesagt, es ist, glaube ich, ein Budget, das unter den Rahmenbedingungen, und ich habe ja vorhin einmal erwähnt, ein gutes Budget ist vor allem, wenn man weiß, dass wir wirklich das ganze Jahr hart daran arbeiten, dass wir die Ziele erreichen. Und das Thema Berggasse, es hat einen Auftrag gegeben hier eine Konzeptstudie zu erstellen und ich habe nur gesagt, dass ich aus meiner Sicht es für gescheit finde, dass das zum Beispiel eine Möglichkeit wäre, wo wir Startups einbringen. Ich habe von anderen Fraktionen auch schon viele gute Ideen gehört, was dort in der Berggasse entstehen soll. Also ich glaube, es ist uns allen freigenommen, hier gute Vorschläge zu entwickeln. Wir werden im Jänner einen Workshop haben, wo wir dann auch schauen, in welche Richtung kann es gehen. Aber aus den Gesprächen heraus, wenn es um den Wirtschaftsstandort geht, merken wir, wir brauchen Raum für Kreativität. Und wo haben wir Raum für Kreativität? Hier hätten wir eine Immobilie, die der Stadt gehört, weil es ist nämlich auch oft die große Herausforderung. Und hier könnten wir wahrscheinlich wirklich etwas realisieren für die Zukunft. Und auch dafür werden wir Geld aufnehmen müssen. Aber auch das ist gut investiertes Geld, wenn wir dort etwas tun, weil es in die Zukunft investiert ist. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gemeinderat David König, im Anschluss bitte Stadtrat Christian Baumgarten.

GEMEINDERAT DAVID KÖNIG:
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gemeinderatskollegen und Kolleginnen, ja, ich möchte zum Punkt 9 Finanzen etwas sagen, vielleicht jetzt die Zahlen selber, liegen im Amtsbericht vor. Wo ich speziell eingehen will, weil ich das eigentlich nicht nur als Hinweis oder Randnotiz wahrnehme, vom Herrn Finanzdirektor, das ist, dass wir auch diesmal wieder in der laufenden

Geschäftstätigkeit ein Minus von 5.325.000 Euro vorzuweisen haben. Und für einen positiven Haushaltsausgleich muss dieses Minus über kurz oder lang irgendwann einmal weg. Das ist, vorher haben wir schon ein paar Beispiele gehört, vom Häuslbauer zum Beispiel, das ist schon, er muss seinen Kredit bedienen, aber das wäre so, wie wenn er Einkünfte hat von sagen wir einmal 1.800, 1.900 netto und aber er braucht jedes Monat 2.500. Das geht über kurz oder lang, ich möchte da fast nicht vorgreifen auf die Mittelfrist, aber es ist halt keine positive Aussicht, die uns da gestellt wird. Da muss man uns auch ein bisschen verstehen. Wir haben eine Bruttoverschuldung von 93,3 Millionen Euro für den Voranschlag 2025 und das heißt, die Basis war vorher der Rechnungsabschluss 2023, da waren wir bei 83.243.000 und irgendwo dazwischen werden wir wieder zum Liegen kommen. Aber es ist halt schon ein wenig zu erkennen, es wird immer in der Finanzsprache, sagt man, vorsichtige Planung, es wird immer ein höheres Minus angenommen und dann kommt man irgendwo dazwischen zum Liegen, aber so richtig weiter einen Fortschritt kann ich da nicht erkennen. Und weil vorher gesagt worden ist, wir haben das Budget im Griff, ich glaube, wenn man sich die Zahlen genau durchliest, die 656 Seiten im Voranschlag, dann weiß man, dass das Budget uns im Griff hat in Wahrheit. Und dann auch zu sagen, okay, das sind aber diese globalen Ereignisse und die Wirtschaftslage ist schlecht. Wir haben alles schon vor, ich war in der vorherigen Legislaturperiode auch unter Bürgermeister Hackl, wir haben uns immer wieder eingebracht, wir haben immer wieder Kritik geübt, wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es eine außergewöhnlich gute Zinssituation und Wirtschaftssituation ist und dass man nicht darauf hoffen darf, dass das immer so sein wird. Und das ist nicht das Budget oder die Zahlen, oder die Finanzen sind nicht vom Himmel geflogen. Selbstverständlich ist ein Budget in Zahlen gegossene Politik, in dem Fall SPÖ-Politik, und da muss man sagen, dass man offenbar doch nicht so gut unterwegs ist, wie man glaubt, sondern irgendwo da den Turnaround oder wenn man das so sagen will, irgendwann einmal verschlafen oder übersehen hat. Und ich freue mich auch, wenn auch Vorschläge von uns dann irgendwo eingebaut werden oder in irgendeinem Prospekt wieder oder Papier wieder auftauchen, ist ja schön, wenn man als Politik oder Politiker dazu beitragen kann, dass man Meinung oder Politik mitbestimmt, auch wenn man nicht die Mehrheitsfraktion ist. Es ist ja schön, wenn ihr euch Themen nehmt von uns und sagt, okay, das ist wichtig, das zeigt uns ja, dass wir richtig liegen und dass das wichtige Themen sind, und was die Bürger anspricht. Es gehört dann natürlich schon viel Fantasie dazu, angesprochen auf das Klima 2040, wie ich das dann subsumieren muss, dass ich dann auf die Kleinkraftwerke und die Wasserkraft komme, weil das ja ein Vorschlag, ein Impuls der FPÖ ist, und in der Person Helmut Zöttl der ersten Stunde war von uns. Man kann natürlich dann alles, was ich sehe, nehmen und passt gut dazu, tun wir das da dazu und da. Aber ich würde jetzt wirklich auch sagen, wenn man miteinander gut zusammenarbeiten will, da muss man auch ehrlich sein, was habe ich, was habe ich unter dem Strich, auch bei diesem Klima 2040. Ich habe in Wahrheit Ausgaben. Ich habe Ausgaben, ich habe Projekte, ich habe Ideen und die einen sind weniger gut und die anderen sind mehr gut, aber dass ich jetzt sage, okay, jetzt verkaufe ich alles unter dem, ja, und das mit der BMW, das ist sowieso, also wenn man sich anmaßt, ich habe auch ein bisschen unternehmerisches Denken, würde ich jetzt einmal behaupten, wenn man dann sagt, man hat die Produktionslinie von der BMW beeinflusst, dann muss man wirklich, also dann können die Kollegen wirklich zum Lachen anfangen, weil das wäre ein wenig zu weit gefasst. Die Politik kann immer nur die Rahmenbedingungen festlegen oder machen in einer Art und Weise, dass sie für Wirtschaftstreibende und Unternehmer fruchtbar sind, dass das passt, dass die gut arbeiten können, aber nie selbst die wirtschaftlichen Entscheidungen treffen, das halte ich für komplett einen Blödsinn, wenn man das irgendwo reinschreibt in ein Papier. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Als nächstes Stadtrat Christian Baumgarten, in Vorbereitung Julia Granegger.

STADTRAT CHRISTIAN BAUMGARTEN:
Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Vizebürgermeister, ich möchte nur kurz etwas richtigstellen, ich halte euch nicht lange auf. Wir haben in der Einsparungsgruppe, und du weißt das, über die Sportförderungen geredet, Uwe. Was ist dabei rausgekommen? Wenn

man 10 Prozent, 10 Prozent ist extrem viel, wenn man was kürzt, 10 Prozent der Sportförderungen für die rund 100 Vereine in Steyr gekürzt hätten, hätte man 7 oder 8.000 Euro eingespart. Daher hat man sich in dieser Arbeitsgruppe dann entschlossen das nicht zu tun, weil den überwiegenden Teil von den Vereinen, es gibt nur drei die große Summen kriegen, der Rest kriegt 250 Euro, 450 Euro, 500 Euro, wenn wir da 10 Prozent eingespart hätten bei diesen Vereinen, wäre das ein fatales Zeichen das zu tun und daher hat man sich in dieser Gruppe geeinigt, dass man die Sportförderungen nicht um 10 Prozent reduziert, weil das überhaupt keine Auswirkung hat und man einfach ein schlechtes Signal setzt. Und da hätten die Vereine um 45 Euro weniger gekriegt, um 25 Euro, das war also dann schon einhellige Meinung in dieser Gruppe, das nicht zu tun. Und ja, du hast völlig recht, da bin ich extrem stolz darauf, dass man in der Gruppe, dass jeder mitgetan, alle mitgetan haben und darum sage ich das auch, dass man beim Sport nicht die Förderungen gestrichen hat oder gekürzt hat, weil wir erstens die Sportvereine sowieso brauchen, weil es eine der wichtigsten Säulen unserer Gesellschaft ist und das betone ich immer wieder, ich schaue mir eine Gesellschaft an, wo es keine Vereine mehr gibt, es hat natürlich nicht nur mit Sportvereinen zu tun, sondern auch Kulturvereine, da brauchen wir überhaupt nicht reden, aber eine Gesellschaft die kein Vereinsleben mehr hat, also ich möchte mir das nicht vorstellen und ich bin eh schon in einem Alter, wahrscheinlich brauche ich mir das auch nicht vorstellen, aber genau das war es und ansonsten bin ich bei manchen Sachen sogar bei dir, aber dass ich da stolz drauf bin, das ist richtig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gemeinderätin Julia Granegger bitte.

GEMEINDERÄTIN JULIA GRANEGGER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher, ich möchte schon noch seitens der ÖVP-Fraktion betonen, dass uns das ganz klar ist, dass man in die Zukunft investieren muss. Es gibt sehr viele wichtige Punkte, wo wir als Stadt einfach auch Verantwortung übernehmen müssen, in die Zukunft investieren, vor allem auch in die Wirtschaftsentwicklung, um unsere Stadt lebenswerter zu machen. Hier Menschen auch in unsere Stadt reinzuholen, weil, das sind dann auch wieder Dinge, wo wir einfach Einnahmen lukrieren können. Was ich aber schon zu den Arbeitsgruppen auch noch sagen möchte, und ich selbst war in zwei dieser Arbeitsgruppen vertreten, es hat glaube ich sieben oder acht Arbeitsgruppen gegeben, wovon drei mit politischen Mandataren besetzt waren. Natürlich ist in den Arbeitsgruppen finde ich schon von allen Parteien her sehr gut diskutiert worden, was man aber schon auch sagen muss, im Vorfeld der Arbeitsgruppen haben wir die Info trotzdem nicht erhalten, dass man sagt, es gibt eine Tagesordnung und heute wird über dies und das diskutiert. Das heißt, man hat sich dann vor Ort in den Arbeitsgruppen damit beschäftigt und da seine Meinung kundgetan. Was ich auch sagen muss, ist, die SPÖ stellt den Bürgermeister und die Mehrheitsfraktion, ich sehe das nicht in Verantwortung der Opposition, dass wir dann mit konstruktiven, komplett, konstruktiv schon, aber mit kompletten Forderungen kommen und sagen, das und das wollen wir gekürzt haben und das und das gehört gefördert. Ich finde schon, dass da seitens der SPÖ und der Verwaltung her die Vorschläge kommen müssen und dass wir das gemeinsam diskutieren. Ich wollte das nur so kundtun. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Die Rednerinnenliste ist aktuell erschöpft. Die Zuhörerinnen auch. Okay, gut. Dann möchte der Berichterstatter wahrscheinlich das Schlusswort. Bitte darum.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Ja, vielleicht nur kurz zur Zusammenfassung für die Diskussion, weil der Gemeinderat David König gesagt hat, man muss uns auch verstehen. Ja, ich verstehe das schon. Es ist eine Situation, die wir uns alle irgendwie anders vorstellen. Natürlich würden wir alle jetzt gern Budgets haben, wo wir einfach darüber diskutieren können, was machen wir denn nun zusätzlich und was können wir für die Bevölkerung noch Gescheites machen. Weil natürlich viele Dinge, wir wissen, was noch gescheit wäre, wie wir die Stadt noch cooler machen könnten und noch weiterentwickeln müssen. Und diese Diskussion, und das geht ja nicht nur uns so, wie gesagt,

ich habe es erwähnt, in vielen Gemeinderäten, nämlich auch bei uns im Bezirk, diskutiert man jetzt auch gerade, man geht in den Härteausgleich. Härteausgleich heißt in Wirklichkeit, du gibst deine Handlungsfähigkeit auf. Und das ist derzeit eine Situation, die natürlich nicht angenehm ist. Und ich verstehe schon, dass das schwierig ist. Und ich sage auch Danke dafür, dass bis jetzt auch all diese Maßnahmen von einer großen Mehrheit mitgetragen worden sind, weil ich weiß, dass das schwierig ist. Und ich weiß, dass wir uns gegenseitig das Leben auch schwerer machen könnten. Weil natürlich es schön ist, darauf hinzuweisen, da gibt es einen, der verantwortlich und eine große Partei, die ist da verantwortlich. Und ich erlebe es durchaus so, dass wir in großen Punkten immer wieder dann auch den Weg geschafft haben, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Auch wenn es nicht einfach war. Und ich sage noch immer Danke auch für das letztjährige Budget, weil, auch dazu hat es Mut gebraucht, dass man sagt, okay, wir trauen uns drüber, dass wir so eine große Investition auch stemmen. Wir haben aber im heurigen Jahr gesehen, es hat uns gutgetan. Wenn man so das heurige Jahr Revue passieren lässt in der Stadt, ich glaube, das Gefühl der Bevölkerung war ein gutes. Und wir haben viel weitergebracht. Und das sogar noch mit einem besseren Ergebnis, als wir gedacht haben. Also wir haben, glaube ich, die Dinge, die wir machen, machen wir ja nicht schlecht. Vielleicht auch noch einmal darauf hinzuweisen, weil das Thema Wohnungslosigkeit gekommen ist zuerst und auch noch einen Aspekt trotzdem zusätzlich zu erwähnen. Wir tun als Stadt nicht nur beim Verein Wohnen Steyr sehr viel, wo wir Infrastruktur zur Verfügung stellen, sondern wir machen als Stadt generell sehr viel. Wir haben auch dank der GWG, und das ist auch sowas, man nimmt es natürlich dann auch als selbstverständlich, dass du eine städtische GWG hast, wo du Möglichkeiten hast, auch für Menschen, denen es nicht so gut geht, etwas zu machen. Also das ist ja nicht selbstverständlich, dass es eine städtische GWG gibt, die dann auch einen sozialen Auftrag miterfüllt. Und da haben wir sehr viele Möglichkeiten. Da gibt es dank der GWG auch Möglichkeiten Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind oder schon wohnungslos waren, auch wieder zurückzubringen in ein normales Leben. Und das machen wir. Und darüber reden wir nicht groß, sondern wir tun es. Und ich glaube das ist auch wichtig im Sozialbereich. Man muss nicht über alles reden, was wir tun, sondern wichtig ist, dass die Leute die Hilfe brauchen, dann auch von uns Hilfe bekommen. Und ja, es hat gute Jahre gegeben. Das ist so. Darum haben wir jetzt auch die Möglichkeit, hier vieles von dem, was wir gemacht haben, aus Rücklagen zu finanzieren. Denn die Nettoverschuldung ist natürlich eine andere als die Bruttoverschuldung. Das heißt wir haben aber natürlich, und das stimmt, in dieser schwierigen Situation in den letzten Jahren zum Teil auf die Rücklagen zurückgreifen müssen. Wir haben auch Rücklagen aufgebaut zu Beginn der Legislaturperiode, haben aber jetzt gerade im letzten Jahr massiv die Rücklagen angreifen müssen. Ich hoffe nicht ganz in dem Ausmaß, wie es geplant war. Aber es ist nicht so gewesen, dass man in den guten Zeiten gar nichts gemacht hat und nichts erspart hat. Es sind auch in den guten Zeiten Rücklagen aufgebaut worden. Und ich ersuche daher um eine möglichst breite Zustimmung zu diesem Budget für das nächste Jahr, damit wir nun auch alle gemeinsam wieder schauen können, dass am Ende des Tages ein besserer Rechnungsabschluss vorliegt. Vielen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Wir kommen nun zu den Beschlussanträgen. Wir beginnen mit dem **Punkt 1**. Wie bereits schon bekannt, jede einzelne Voranschlagsgruppe wird einzeln abgestimmt. Zuerst die **Gruppe 0**, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen von 5.507.400 Euro und Auszahlungen von 29.522.400 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 6.305.800 Euro sowie Aufwendungen von 29.422.800 Euro. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich bitte um Zustimmung. Das sind die Stimmen von SPÖ, Grünen und FPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Das sind die Stimmen von NEOS, ÖVP und MFG. Nur zur Sicherheit, wer übt Stimmenthaltung? Niemand.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
0	**Vertregungskörper und allgemeine Verwaltung**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**5.507.400**	
	und Auszahlungen von	**29.522.400**	**-24.015.000**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**6.305.800**	
	mit Aufwendungen von	**29.422.800**	**-23.117.000**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **27**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **7**

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **0**

Gruppe 1 – Öffentliche Ordnung und Sicherheit. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen von 867.500 Euro und Auszahlungen von 2.650.700 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 441.400 Euro sowie Aufwendungen von 2.185.600 Euro. Wer für diesen Antrag? Das sind die Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung von MFG.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
1	**Öffentliche Ordnung und Sicherheit**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**867.500**	
	und Auszahlungen von	**2.650.700**	**-1.783.200**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**441.400**	
	mit Aufwendungen von	**2.185.600**	**-1.744.200**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Gruppe 2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen von 13.580.900 Euro und Auszahlungen von 30.833.100 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 9.781.200 Euro sowie Aufwendungen von 27.556.100 Euro. Wer ist für diesen Antrag? Das sind Stimmen der FPÖ, MFG, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Stimmenthaltung übt niemand aus.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
2	**Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**13.580.900**	
	und Auszahlungen von	**30.833.100**	**-17.252.200**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**9.781.200**	
	mit Aufwendungen von	**27.556.100**	**-17.774.900**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **0**

Gruppe 3 Kunst, Kultur und Kultus. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen von 1.253.700 Euro und Auszahlungen von 4.840.500 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 1.153.800 Euro sowie Aufwendungen von 4.516.700 Euro. Wer ist für diesen Antrag? Das sind die Stimmen der Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmen von FPÖ, MFG, ÖVP und NEOS. Stimmenthaltung übt niemand aus.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
3	**Kunst, Kultur und Kultus**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**1.253.700**	
	und Auszahlungen von	**4.840.500**	**-3.586.800**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**1.153.800**	
	mit Aufwendungen von	**4.516.700**	**-3.362.900**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **20**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

GRÜNE 3 – (GR[in] Julia Greger, GR[in] Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **14**

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR[in] Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR[in] Ing. Judith Ringer, GR[in] Tina Forster, GR[in] Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

MFG 1 – (GR[in] Stefanie Hofstätter)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **0**

Gruppe 4 – Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen 15.926.100 Euro und Auszahlungen von 51.187.400 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 16.057.400 Euro sowie Aufwendungen von 51.411.700 Euro. Wer für diesen Antrag? Stimmen von ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung? FPÖ und MFG.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
4	**Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**15.926.100**	
	und Auszahlungen von	**51.187.400**	**-35.261.300**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**16.057.400**	
	mit Aufwendungen von	**51.411.700**	**-35.354.300**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **25**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm[in] Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR[in] Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR[in] Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR[in] Heidemarie Kloiber, GR[in] Sevil Ramaj, GR[in] Alexandra Riedl, GR[in] Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR[in] Lisa Wesp, BSc MSc)

ÖVP 5 – (StR[in] Ing. Judith Ringer, GR[in] Tina Forster, GR[in] Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR[in] Julia Greger, GR[in] Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **8**

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR[in] Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

MFG 1 – (GR[in] Stefanie Hofstätter)

Gruppe 5 Gesundheit und Umweltschutz. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen von 1.636.300 Euro und Auszahlungen von 18.991.900 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 1.718.000 Euro sowie Aufwendungen von 19.001.100 Euro. Wer ist für diesen Antrag? Die Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung aus? Eine Stimme MFG.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
5	**Gesundheit und Umweltschutz**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**1.636.300**	
	und Auszahlungen von	**18.991.900**	**-17.355.600**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**1.718.000**	
	mit Aufwendungen von	**19.001.100**	**-17.283.100**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm[in] Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR[in] Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR[in] Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR[in] Heidemarie Kloiber, GR[in] Sevil Ramaj, GR[in] Alexandra Riedl, GR[in] Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR[in] Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR[in] Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR[in] Ing. Judith Ringer, GR[in] Tina Forster, GR[in] Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR[in] Julia Greger, GR[in] Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Gruppe 6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen von 5.342.500 Euro und Auszahlungen von 10.019.300 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 1.840.000 Euro sowie Aufwendungen von 7.548.100 Euro. Wer ist für diesen Antrag? Die Stimmen von FPÖ, MFG, ÖVP und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Die Stimmen von NEOS und Grünen. Stimmenthaltung übt niemand aus.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
6	**Straßen- und Wasserbau, Verkehr**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**5.342.500**	
	und Auszahlungen von	**10.019.300**	**-4.676.800**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**1.840.000**	
	mit Aufwendungen von	**7.548.100**	**-5.708.100**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **30**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Gegenstimmen: **4**

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **0**

Wir kommen nun zur **Gruppe 7** Wirtschaftsförderung. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen von 386.700 Euro und Auszahlungen von 1.486.300 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 68.100 Euro sowie Aufwendungen von 1.274.000 Euro. Wer für diesen Antrag ist, bitte um Zustimmung. Die Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung aus? Eine Stimme MFG.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
7	**Wirtschaftsförderung**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**386.700**	
	und Auszahlungen von	**1.486.300**	**-1.099.600**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**68.100**	
	mit Aufwendungen von	**1.274.000**	**-1.205.900**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Gruppe 8 Dienstleistungen. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen von 38.662.400 Euro und Auszahlungen von 39.678.800 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 36.088.000 Euro sowie Aufwendungen von 37.688.900 Euro. Wer ist für diesen Antrag? Stimmen von FPÖ und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? MFG, ÖVP, NEOS und Grüne. Stimmenthaltung übt niemand aus.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
8	**Dienstleistungen**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**38.662.400**	
	und Auszahlungen von	**39.678.800**	**-1.016.400**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**36.088.000**	
	mit Aufwendungen von	**37.688.900**	**-1.600.900**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **24**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Gegenstimmen: **10**

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **0**

Gruppe 9 Finanzwirtschaft. Der Finanzierungshaushalt mit Einzahlungen von 111.325.200 Euro und Auszahlungen von 8.566.900 Euro, und dem Ergebnishaushalt mit Erträgen von 111.770.500 Euro sowie Aufwendungen von 7.852.900 Euro. Wer ist für diesen Antrag? Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung aus? Eine Stimme MFG.

Gruppe	Bezeichnung	Betrag (€)	Saldo (€)
9	**Finanzwirtschaft**		
	Finanzierungshaushalt		
	mit Einzahlungen von	**111.325.200**	
	und Auszahlungen von	**8.566.900**	**102.758.300**
	Ergebnishaushalt		
	mit Erträgen von	**111.770.500**	
	mit Aufwendungen von	**7.852.900**	**103.917.600**

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Wir kommen nun zu **Punkt 2** und ich darf folgenden Antrag zur Abstimmung bringen.

Als gegenseitig deckungsfähig erklärt werden die in der Beilage 2 zum gegenständlichen Amtsbericht in den einzelnen Deckungskreisen ausgewiesenen Haushaltsstellen. Wer ist für diesen Antrag? Die Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimme MFG.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Wir kommen nun zu **Punkt 3** und ich darf folgenden Antrag zur Abstimmung bringen.

Der Wirtschafts- und Investitionsplan der Alten- und Pflegeheime Steyr (APS), der Wirtschafts- und Investitionsplan der Kommunalbetriebe Steyr (KBS), die Voranschläge 2025 der Sparkassenfonds Steyr Reithoffer KG, der Sparkassenfonds Steyr Stadterneuerungs KG sowie der KFA der Stadt Steyr, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß Stiftung und der Dienstpostenplan. Wer ist für diesen Antrag? Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung aus? Eine Stimme MFG.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Punkt 4 des Berichtes.

Die Möglichkeit zur Umschichtung von Finanzmitteln zwischen den im Voranschlag ausgewiesenen Vorhaben lt. Investitionsplan der Alten- und Pflegeheim Steyr (APS) sowie der Kommunalbetriebe Steyr (KBS). Das heißt, dass Mitteleinsparungen bei einem Investitionsvorhaben für einen allfälligen Mehrbedarf bei einem anderen der im Investitionsplan ausgewiesenen Vorhaben verwendet werden dürfen. Wer ist für diesen Antrag? Die Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimme MFG.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Wir kommen nun zu **Punkt 5** und ich darf folgenden Antrag zur Abstimmung bringen.

Die Freigabe und Auszahlung der auf der Voranschlagsstelle 5/858000/759000 vorgesehenen Mittel für den Investitionskostenzuschuss zugunsten der KBS im Jahr 2025 im Ausmaß der tatsächlich von den KBS bis längstens 31.12.2025 vorgenommenen Auszahlungen für Investitionen auf Basis des im Punkt 3) beschlossenen Investitionsplans der KBS bzw. der

beschlossenen Investitionspläne der Vorjahre maximal bis zu dem im VA 2025 vorgesehenen Betrag zuzüglich allfällig beschlossener Kreditübertragungen und -überschreitungen. Wer ist für diesen Antrag? Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimme MFG.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Wir kommen nun zu **Punkt 6** und ich darf folgenden Antrag zur Abstimmung bringen.

Die Freigabe und Auszahlung der auf der Voranschlagsstelle 5/899000/759000 vorgesehenen Mittel für die Gesellschaftereinlage zugunsten der APS im Jahr 2025 im Ausmaß der tatsächlich von den APS bis längstens 31.12.2025 vorgenommenen Auszahlungen für Investitionen auf Basis des im Punkt 3) beschlossenen Investitionsplans der APS bzw. der beschlossenen Investitionspläne der Vorjahre sowie des im Jahr 2024 angefallenen Schuldendienstes für langfristige Darlehen der APS maximal bis zu dem im VA 2025 vorgesehenen Betrag zuzüglich allfällig beschlossener Kreditübertragungen und -überschreitungen. Wer ist für diesen Antrag? FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimme MFG.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Wir kommen nun zu **Punkt 7** und ich darf folgenden Antrag zur Abstimmung bringen.

Die Freigabe und Auszahlung der auf den Voranschlagsstellen 5/851000/754000 sowie 1/851000/754000 vorgesehenen Mittel für die Transferzahlungen an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für die von der Stadt zu leistenden anteiligen Betriebs- und Investitionskosten maximal bis zu dem im VA 2025 vorgesehenen Betrag zuzüglich allfällig beschlossener Kreditübertragungen und -überschreitungen. Wer ist für diesen Antrag? Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimme MFG.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

Wir kommen nun zu **Punkt 8** und ich darf folgenden Antrag zur Abstimmung bringen.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt festgesetzt:
Die Hebesätze betragen:
a) Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500 v. H.
b) Grundsteuer B für andere Grundstücke 500 v. H.

Wer ist für diesen Antrag? Stimmen von FPÖ, ÖVP, Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Eine Stimme NEOS. Wer enthält sich der Stimme? Eine Stimme der MFG. Ich bedanke mich. Somit ist der Voranschlag für die Stadt Steyr angenommen.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

16) 2024-342300 Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2025-2029.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Gut, es hat ja schon noch einige Wortmeldungen zuvor zu dieser Mittelfristplanung gegeben. Ich versuche es kurz zu machen. Trotzdem hier ein paar Zahlen auch für diejenigen, die die Sitzung digital verfolgen. Wir haben hier einmal die Rahmenbedingungen, die wirtschaftlichen. Und wenn wir natürlich diesen Prozess schon öfters gemacht haben und auch immer wieder darauf angesprochen worden sind, jetzt hier auf diesen Konsolidierungsprozess, natürlich verändern sich die Zahlen und leider Gottes nicht in eine positive Richtung. Wir erleben gerade, dass das BIP-Wachstum sehr, sehr schwach ist. Der Verbraucherpreisindex zum Glück sehr konstant ist. Personalkostensteigerungen zwischen moderat und auch die Zinssituation eine ist, die wieder nach unten zeigt, also von daher, wie gesagt, das Wachstum ist leider Gottes sehr gedämpft. Ansonsten kann man mit den anderen Parametern ganz gut umgehen. Das führt dazu, ich darf zum Finanzierungssaldo kommen, das mit den Zahlen, die heute vorliegen. Wobei, hier gibt es schon wieder einige Verbesserungen. Aber aktuell einmal, dass die laufende Gebarung nicht ausgeglichen werden kann. Die Einzahlungen der Investitionstätigkeit sind nach bestem Wissen und Gewissen einmal gemacht worden. Also man kann davon ausgehen, dass mittelfristig wahrscheinlich immer um die 15 Millionen Euro gebraucht werden. Wo wir uns schwertun, das sind die Einzahlung der Investitionstätigkeit zu planen. Wir haben es in den letzten Jahren gesehen, hier gibt es sehr viele Programme, die kurzfristig aufgelegt werden. Was dazu führt, dass natürlich dann deutlich mehr Einzahlungen bei der Investitionstätigkeit zu Buche fallen. Weshalb es hier eine Worst-Case-Situation gibt. Unten ist dann dargestellt, wie wir glauben, dass das alles dann zu finanzieren ist. Oder wie diese Finanzierung funktioniert. Es gibt dann auch diesen Überschuss aus der wirksamen Gebarung und die Bruttoverschuldung. Das sind natürlich durchaus spektakuläre Zahlen. Vor allem in der Fortschreibung dieser Zahlen. Wo wir alle gemeinsam wissen, dass wir daran arbeiten, dass natürlich die Zahlen besser sind. Und nur zur Einordnung. Wir haben 2022 damals diese Mittelfristplanung ja nicht beschlossen. Sondern beschlossen, sie unter der Auflage, dass diese Arbeitsgruppen gemacht werden, haben dann im Sommer eine Mittelfristplanung beschlossen 2023. Und darf mitteilen, dass die Planwerte, die wir damals hatten für 2027, das war das Ende des Horizonts, den wir uns damals gemeinsam gesetzt haben. Aktuell liegen wir 2 Millionen Euro unter diesem Plan. Das heißt, wir sind hier durchaus auf dem, was wir damals gemeinsam im Sommer 2023 vereinbart haben. Es sind Zahlen, die natürlich nicht zufriedenstellend sind. Wir werden nicht nur den Kopf in den Sand stecken, sondern wir tun auch sehr, sehr viel, damit der Wirtschaftsstandort Steyr auch erfolgreich ist. Und auch, dass die Zahlen hier anders sind. Aber das sind die Zahlen, die wir derzeit mit dem jetzigen Wissen und aufgrund der Basis der Daten, die wir haben, derzeit vorlegen können. Der Blick in die Zukunft war immer schwierig. Weil es einfach schwer vorherzusehen ist, wie Entwicklungen laufen. Wir haben es mitbekommen, jetzt auch aus anderen Regionen, wenn dann auf einmal Märkte sich wieder abschotten. Und das ist natürlich für einen Markt wie Steyr, der immer exportorientiert war als Standort, extrem schwierig, wenn auf einmal das nicht mehr möglich ist, was wir gut können, nämlich Waren in die Welt zu exportieren. Aber auch das werden wir wahrscheinlich trotzdem gut meistern. Aber wie gesagt, das ist jetzt einmal die Mittelfristplanung. Und ich habe noch eine Folie dabei, die glaube ich auch ganz wichtig ist. Das heißt, selbst sollte dieses Worst-Case-Szenario eintreten, wo wir wissen, dass das aus meiner Sicht so nie passieren wird, werden wir bei den Aufwendungen für Zinsen- und Schuldentilgung unter dem Niveau von 2021 liegen. Also das heißt, und das war das, was ich zuerst gemeint habe, wir haben glaube ich, das Budget trotz aller Herausforderungen gut im Griff. Dass das keine einfache Geschichte ist und dass wir natürlich weiter versuchen werden, hier gegen zu steuern ist vollkommen klar. Aber wie gesagt, es ist weit davon entfernt, dass hier Dinge aus dem Ruder laufen. Vielen Dank.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichts der FA Finanz- und Beteiligungsverwaltung und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten wird bewilligt:

Die im Amtsbericht dargestellte mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2029 wird beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gibt es eine Wortmeldung? Ja, Gemeinderat Zöttl Wolfgang bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BEd:
Geschätzte Kollegen, wir haben heute schon viel gehört im Voranschlag. Das Budget im Griff, das stößt mir immer ein bisschen auf. Ich will dem Bürgermeister nicht zu nahetreten, aber wenn er sagt Budget im Griff und die Mittelfristplanung, wenn man sich das jetzt anschaut und die Zahlen sieht, dann stößt es mir eigentlich schon auf, wo ich mir denke, ach, wo soll das noch hinführen? Ich weiß, alles was wir vorher schon diskutiert haben, wir haben viele Sachen nicht in unserer eigenen Hand. Wir können es nicht beeinflussen. Es gibt einfach Aufgaben der Stadt, die wir erfüllen müssen, wo wir nicht wirklich irgendeinen Hebel ansetzen können. Aber wie gesagt, die Zahlen, die jetzt da vor uns liegen und die Prognosen, die sind natürlich echt schockierend. Im Voranschlag jetzt für 25,93 Millionen, dann für jedes weitere Jahr 104 Millionen minus 113, 119, 122 Millionen. Also das beunruhigt mich sehr. Und wir waren letztes Jahr auch schon dagegen, gegen die Mittelfristplanung, haben auch schon dagegen gestimmt. Und da war die Aussage vom Finanzdirektor in seiner Stellungnahme, dass wir nicht einen ausgeglichenen Haushalt haben, ein durchgängig negatives Ergebnis in der Einschätzung des Geschäftsbereiches für Finanzen darauf hin, dass es sich bei den Abgängen nicht um eine lediglich temporäre Störung des Gleichgewichtes handelt, sondern um ein strukturelles Defizit. Das haben wir heute eh schon oft gehört und werden schon viele sagen das kann ich nicht mehr hören. Wir wissen nicht mehr, wo wir irgendeinen Hebel ansetzen können. Und da muss ich ein paar Stellungnahmen vom Herrn Bürgermeister wieder zitieren, wo der Finanzreferent sagt, das ist ein strukturelles Problem, was die ganzen Gemeinden in Österreich einfach haben. Wir sind unterfinanziert für das, was die Stadt an Leistungen bringen soll. Da gebe ich völlig recht. Aber jetzt kommt das Aber. Aber es gibt auch im Wirkungsbereich der Stadt Steyr, wo wir etwas ändern können und die wir sehr wohl beeinflussen können. Ich weiß, es sind nur geringe, und ich muss jetzt ein bisschen vorgreifen, was ich da nicht auf meinem Zettel habe. Wir haben erst jetzt vor kurzem einen Liegenschaftsausschuss gehabt. Wir haben natürlich auch Gebäude zu erhalten, wo immer wieder Unerwartetes kommt oder Brücken, die gefährdet sind. Oder das Neutor, also, es fließt da ständig was ein. Aber, wenn ich wieder vom Häusl bauen oder von Häusern, die ein Haus besitzen, spreche oder Eigentum generell. Ja, sanieren muss man, da muss man Rücklagen schaffen. Man weiß, okay, irgendwann, weiß ich nicht, Heizungstausch, Fenstertausch oder was auch immer. Und da muss man halt auf das hin sparen. Was natürlich aus der jetzigen Situation schwierig ist, weil die Kommunalsteuern wegfallen oder die Arbeitsplätze geringer werden und weniger Geld da ist. Und dann, desto vorsichtiger, genauso wie ein Häuslbauer, muss er vorsichtiger sein, wenn er Investitionen wirklich startet. Da möchte ich auch immer auf die oft diskutierte im Voranschlag Diskussion, was kommt von der FPÖ, da kommt eh nichts. Ich möchte wieder in die gleiche Kerbe einschlagen. Nein, es kommt was. Aber, da werden wir teilweise belächelt da herinnen und lautstark ausgeklopft, möchte ich fast sagen, wieder auf die Tische teilweise, vielleicht müssen wir die als nächstes sanieren, wenn die Kollegen von der SPÖ da immer so stark auf die Tische klopfen. Vielleicht das ein bisschen zurücknehmen. Wir klopfen auch, aber ein bisschen mit Maß und Ziel, weil sonst können wir die auch noch bald sanieren. Und ich weiß nicht, ob wir so viel Geld haben, dass wir die jetzt auch noch sanieren. Aber jetzt zurück. Wo haben wir Vorschläge gehabt, die immer wieder belächelt worden sind und dann, wie gesagt, lautstark geklopft worden ist? Nein. Wo wir nachher draufgekommen sind. Was von meinem Bruder und vom Vizebürgermeister Dr. Zöttl schon angesprochen worden ist und auch von anderen schon. Bei der

Oberflächenabdeckung der Mülldeponie, nur da rund zwei Millionen. Haben wir heute schon, weiß nicht, fünfmal sicher gesagt. Heute haben wir wieder gesagt, die Mehrkosten sind beschlossen worden, wo wir den Abänderungsantrag jetzt zurückgezogen haben, da Mehrkosten zwei Millionen. Ich weiß schon, das ist eh vorher schon berücksichtigt worden. Und wir haben das eh schon, wie heißt das nochmal, aus Rücklagen, aus Unsicherheiten schon zwei Millionen drin gehabt. Und jetzt ist es eh nicht so viel. Nein, aber es sind ja Mehrkosten, die Auflistung da mit Mehrkosten von 1,9 Millionen. Das sind trotzdem zwei Millionen. Auch wenn wir es vorher schon berücksichtigt haben, wir müssen das Geld ausgeben. Dann unter dem Synonym klimaneutral 2040, ja, ich möchte auch gern das Bestmögliche machen für meine Kinder und Nachkommen, dass alles die heile Welt ist, mehr oder weniger. Aber wir in Steyr allein mögen es auch nicht retten. Und wenn man jetzt da sagt, okay, ich ziele auf die Elektrobusflotte, wo dann Millionen investiert werden für die Ladestationen. Millionen, auch wenn es ausgelagert ist. Aber trotzdem ist es das Budget der Stadt Steyr. Wenn man dann auf die LED-Umstellung, was Millionen kostet. Okay, ich weiß jetzt schon wieder, ja das wird alles gefördert, aber Steuerzahler sind wir alle, und auch wenn man dann Förderung abrufen kann. Ich weiß schon ganz genau, was der Bürgermeister sagen wird. Aber trotz allem sind das Ausgaben die vorhanden sind. Auch wenn wir wieder was zurückkriegen von den EU, wo auch immer, von welchen Institutionen, dass da alles gefördert wird, weil wir klimaneutral sind, ja, sollte man ausschöpfen. Aber man muss das Ganze sehen. Also ich sehe das als Familienvater im Paket, wo ich sage, ja, da können wir sparen. Wir können nicht alles mit Klimaneutralität durchwinken. Und ja, koste es was es wolle, sozusagen. Wir haben das Geld zum Beispiel für Studien, Entwicklungskonzepte für den Masterplan Schlosspark, wo hunderte von Tausend Euro schon reingeflossen sind oder dass man wir dem Gender-Wahnsinn da irgendwelche Zebrastreifen bunt anmalen. Ja, ich glaube viele Leute, die es wirklich unter den Nägeln brennt und kein Geld haben, die verstehen das nicht, dass wir da Geld ausgeben für gewisse Sachen, wenn sie auch möglicherweise sinnvoll sind. Ich rede jetzt nicht von den Zebrastreifen, vom Schlosspark zum Beispiel, wenn es möglicherweise sinnvoll ist. Ja, wenn ich das Geld habe. Ich grabe auch nicht meinen ganzen Garten um, und nachher irgendwas Verschönerung, Verbesserung, wenn ich das Geld nicht habe, dann kann ich es nicht machen. Dann muss ich es erst machen, wenn ich das Geld habe. Ganz einfach. Da sehe ich, dass wir auch noch Einsparungspotenzial haben, auch wenn es vielleicht nur im ganzen Vergleich vom gesamten Budget nur gering ist. Aber es gibt überall kleine Stellschrauben, wo wir auch ein bisschen dran schrauben können und sich wirklich bei der Hand oder bei der Nase nehmen und sagen, okay, ist es wirklich jetzt nötig wegen Klimaneutralität 2040 da uns noch mehr zu verschulden, wo wir nicht mehr wissen. Und wie gesagt, mit der Mittelfristplanung, wo da die Millionen in die Höhe schießen, wo man sagt, okay, da gibt es kein Licht am Ende des Tunnels, sondern ich weiß es nicht, wie es da weitergeht. Also da frage ich mich echt, wirklich. Also wie gesagt, wir müssen uns selber bei der Hand nehmen, schauen, dass wir da eine Trend-Wende herbeiführen, dass wir nicht uns noch mehr verschulden. Und darum werden wir, wie auch in den letzten Jahren, gegen die Mittelfristplanung abstimmen. Weil wenn das Statement sogar vom Finanzdirektor kommt und wir wissen es alle, und winken das jedes Jahr durch, was wir nicht machen, dann kann ich nicht gut schlafen. Und deshalb werden wir von der FPÖ wieder dagegen stimmen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Mir sind keine weiteren Wortmeldungen … Vizebürgermeister Zöttl bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Ja, das möchte ich noch fragen, weil es gerade vorgelesen worden ist, vom Amtsbericht von Dr. Bräuer, dass es sich bei der Störung nicht lediglich um eine temporäre Störung des Gleichgewichtes handelt, sondern um ein strukturelles Defizit. Jetzt möchte ich nur gern die Definition haben von Herrn Dr. Bräuer. Ist es das strukturelle Defizit auf nationaler Ebene oder ist es auf der Gemeindeebene ein strukturelles Defizit? Weil das sind zwei verschiedene Überlegungen, da möchte ich gerne von ihnen wissen, wie sie das sehen.

MMAG. DR. BERNHARD BRÄUER *vom Platz aus*:
Strukturelles Defizit vor allem in Hinblick auf die Struktur wie die Gemeinden derzeit finanziert werden. Also im Hinblick auf die Verteilung der Aufgaben, wo die Gemeinden viele Aufgaben übernehmen, verglichen zu den Einnahmen. Man sieht es auch an den Entwicklungen der Ertragsanteile die nicht mit dem Aufgabenzuwachs und den Ausgaben … *unverständlich.*

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:
Also nicht auf Gemeindeebene, sondern die nationale Ebene.

MMAG. DR. BERNHARD BRÄUER *vom Platz aus*:
Die Rahmenbedingungen sind strukturell so, dass die Gemeinden, und das hat der Herr Bürgermeister referiert, immer weniger in der Lage sein werden, die … *unverständlich.*

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Gibt es sonst noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Der Berichterstatter wünscht das Schlusswort.

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Dinge werden nicht wahrer, wenn man es öfter wiederholt. Es ist so. Diese Deponieabdeckung, ich weiß das stört euch, aber dieses Anzweifeln von Expertenmeinungen, wir haben Anita Schürrer-Wizani hier herinnen gehabt, die hat uns damals sehr gut erklärt, was da alles die Unterschiede sind und woraus sich diese Dinge zusammensetzen. Und dann sagt es offen und ehrlich, ihr zweifelt die Kompetenz unserer Mitarbeiterin an. Weil sie hat uns sehr gut erklärt, warum es notwendig ist, diese Ausschreibung so zu machen und warum es auch einen Preisunterschied gibt, der gerechtfertigt ist, weil es ungefähr so ist, wie wenn ich eine Brücke vergleiche die zu drei Viertel gebaut ist, oder eine ganze Brücke. Das sind unterschiedliche Kosten, das stimmt. Aber ich werde mir, wenn ich die Brücke bauen will, die zwei Millionen nicht ersparen. Wenn ich die Brücke haben will, werde ich die gesamten Kosten ausgeben müssen. Und das war genau das, was glaube ich sehr gut gebracht worden ist. Und ja, wir alle glaube ich hätten das Geld lieber woanders ausgeben, weil es natürlich Projekte gibt, wo es viel lustiger ist, wenn du 10 Millionen Euro ausgibst, wo wir selber glaube ich viel mehr Spaß haben, wenn wir das eröffnen können. Eine Deponieabdeckung ist halt etwas, was notwendig ist, aber ist halt nichts, was man so richtig mit Leidenschaft und Begeisterung macht. Dieses ewige Diskutieren, jetzt ganz ehrlich, entweder akzeptieren wir mal, ich meine es ist eh außer Streit gestellt. Es ist so, wir glauben daran und wir glauben nicht nur daran, sondern wir wissen es, dass wir gegensteuern müssen, was das Thema Erderwärmung betrifft. Und das tun nicht alle im gleichen Tempo. Und es ist vollkommen richtig, wir werden von Steyr aus nicht die Welt retten. Aber es ist nicht der richtige Ansatz zu sagen, dann warten wir halt, bis alle anderen sich bewegt haben. Unser Anspruch war schon immer, und das ist auch das, was mich manchmal stört in der Gesellschaft, dass wir in Steyr immer den Anspruch gehabt haben, wir sind die Besten. Wir wären nämlich sonst nicht Weltmarktführer gewesen über 500 Jahre. Von Steyr aus ist immer in die Welt exportiert worden. Und diese Haltung, wir wollen die Besten sein, muss sich auf alle Bereiche beziehen. Und darum glaube ich auch, dass wir im Klima- und Umweltschutz versuchen sollten, diesen Weg zu gehen. Das ist nicht einfach, weil natürlich sind wir auch, was die Ressourcen betrifft, limitiert. Aber Dinge zu machen, die sinnvoll sind, wie eine Busflotte, die sowieso erneuert gehört, Schritt für Schritt jetzt zu ersetzen. Busse die Abgase emittieren zu ersetzen durch Busse, die keine Abgase emittieren. Und gleichzeitig noch zu versuchen, das, was ja eh ein gemeinsames Ziel ist, und wo wir, glaube ich eh schon gemeinsam lange überlegen, wie können wir Stromproduktion grüner gestalten, das ist ja etwas Gescheites. Und da muss man auch versuchen, dorthin zu kommen. Noch dazu, wenn wir das so gefördert bekommen als Stadt, dass die Mehrkosten sehr überschaubar sind, weil ja auch dann die laufenden Kosten hoffentlich dann auch geringer sein werden, die wir mit diesen Bussen haben. Und schockierend ist für mich viel was anderes, schockierend ist, wenn du Häusl gebaut hast, da bei uns in der Gegend, und das haben viele gemacht, mit dem Vertrauen darauf, dass ich zwei Einkommen habe, und dass ich auf einmal dastehe und mindestens einer arbeitslos ist. Das ist schockierend. Weil dann kriegst du nämlich wirklich deine

Einnahmen und Ausgaben nicht mehr in den Griff. Weil dann passiert nämlich eines, was uns noch nicht passiert, das habe ich versucht zu erklären, wir haben nach wie vor kein Problem, das was wir finanzieren und an Krediten aufnehmen, mit unseren Einnahmen auch zu finanzieren. Das ist so, wie wenn zwei Leute arbeiten gingen und sich ein Häusl gebaut haben, die können ihren Kredit bedienen. Und genau das machen wir auch. Und nichts anderes machen wir da. Und das ist in der Mittelfristplanung abgebildet. Wir können mit dem, was wir einnehmen nach wie vor im gleichen Umfang unsere Rückzahlung bedienen. Natürlich ist es schöner, wenn ich noch weniger habe, dann kann ich noch öfter auf Urlaub fahren. Aber das heißt, wir können das, was wir derzeit an Investitionen brauchen, können wir uns noch leisten, ohne dass wir irgendwo im Budget umverteilen müssen, in anderen Bereichen. Und auch noch einmal, ja, dieses strukturelle Defizit, das macht uns allen miteinander Sorgen. Und ja, wenn jetzt irgendetwas passiert, und ich bin nicht der, der jetzt zuwartet und auf Hoffnung setzt, darum haben wir auch die Arbeitsgruppen gemacht. Aber das geht schon noch in eine Richtung, wo wir uns überlegen müssen, aber dann reden wir nicht mehr über die 7.000 Euro von den Sportvereinen, dann schauen wir, wo einfach andere schon gezwungen sind, dann hat eine Landeshauptstadt auf einmal kein Hallenbad mehr, weil es gerade nicht geht. Dann hat eine große Bezirksstadt keinen Eislaufplatz mehr. Und dann hat eine große, die zweitgrößte Stadt Oberösterreichs am Sonntag auf einmal keinen Busverkehr mehr. Ja, das kann man sparen. Müssen wir nicht machen. Aber das wird dann nicht mehr mit ein bisschen Kosmetik gehen. Das heißt, da geht es richtig ans Eingemachte bei den ganzen Maßnahmen. Wie gesagt, wir haben eine Situation, die ist angespannt, wir sehen aufgrund der Zahlen, das ist machbar. Ich verstehe, dass man sich Sorgen macht. Macht sich jeder, glaube ich, wenn man die Entwicklung sieht. Aber wie gesagt, ich glaube wir müssen wirklich da ein bisschen auch die Kirche im Dorf lassen und ja, sollte sich nicht strukturell, konjunkturell etwas ändern, dann werden wir überlegen müssen, welchen Lebensstandard wir in dem Land in Zukunft haben, aber nicht nur in Steyr, sondern in dem ganzen Land. Und wir haben alle gemeinsam die Köpfe schief halten müssen, wenn wir wieder in eine Situation kommen wollen, dass wir wieder die Besten sind und auch gemeinsam das finanzieren können, was wir gewohnt sind, denn wir haben einen wirklich super Lebensstandard gemeinsam geschaffen. Auf das sind wir gemeinsam stolz und das sollten wir auch für die Zukunft absichern. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN ANNA-MARIA DEMMELMAYR-DURST, BA MA:
Wir kommen nun zur Abstimmung von Tagesordnungspunkt 16, was auch unser letzter Tagesordnungspunkt der heutigen Gemeinderatssitzung ist. Wer für die im Amtsbericht dargestellte mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2029 ist, den ersuche ich um Zustimmung. Das sind die Stimmen von Grünen und SPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? Sind die Stimmen von FPÖ, MFG, ÖVP und NEOS. Stimmenthaltung übt niemand aus. Ich bedanke mich und übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

Die Abstimmung erfolgte durch Erheben vom Sitzplatz.
Der Antrag wurde **wie folgt angenommen.**

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **20**

SPÖ 17 – (Bgm. Ing. Markus Vogl, Vbgm^{in} Anna-Maria Demmelmayr-Durst, BA MA, Vbgm Dr. Michael Schodermayr, StR^{in} Mag. Katrin Auer, StR Christian Baumgarten, GR Rudolf Blasi, GR^{in} Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR^{in} Heidemarie Kloiber, GR^{in} Sevil Ramaj, GR^{in} Alexandra Riedl, GR^{in} Evelyn Schröck, GR Martin Schröder, GR Georg Stimeder, BA, GR Jürgen Unger, GR^{in} Lisa Wesp, BSc MSc)

GRÜNE 3 – (GR^{in} Julia Greger, GR^{in} Ruth Pohlhammer, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **14**

FPÖ 7 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GR Patrick Breitwieser, GR David König, GR Uwe Pichler, GR^{in} Mag. Irene Pumberger, GR Dominik Steinmayr, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

ÖVP 5 – (StR^{in} Ing. Judith Ringer, GR^{in} Tina Forster, GR^{in} Julia Granegger, GR DI Harald Peham, GR Dr. Markus Spöck, MBA)

MFG 1 – (GR^{in} Stefanie Hofstätter)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **0**

BÜRGERMEISTER ING. MARKUS VOGL:
Ich glaube wir haben heute sehr intensiv diskutiert. Es ist die letzte Sitzung im heurigen Jahr. Es ist beeindruckend, wie schnell, wenn man ständig nach vorne schaut, und das sind wir gezwungen, auch so ein Jahr vergeht. Ich darf auch in Erinnerung rufen, wir haben heuer sehr, sehr viele Aktivitäten weitergebracht gemeinsam. Es waren einige Highlights dabei, die immer so schnell nicht vergessen werden. Tour of Austria war wieder sehr, sehr beeindruckend, der Zieleinlauf, den wir hier erleben haben dürfen, Public Viewing am Steyrer Stadtplatz war etwas, was gerade junge Menschen wieder in die Stadt gebracht hat. Also viele Dinge, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben und die die Stadt Steyr noch ein Stück lebenswerter macht, als sie aus meiner Sicht ohnehin schon ist. Wir haben gegenüber, und das ist glaube ich auch für uns sehr wichtig, endlich gesehen, dass dieser Schandfleck Alte Post verschwunden ist. Also vieles in der Stadt geht in eine richtige Richtung, da ist eine Dynamik da. Und das ist etwas, wo wir, wie es schon angesprochen worden ist, nicht immer selber was dafür können, aber wo wir die Rahmenbedingungen schaffen und mit unterstützen, dass so eine Entwicklung möglich ist. Ich weiß, dass die heutige Sitzung von vielen hier als vielleicht ein bisschen auch dynamischer erlebt worden ist. Ein guter Freund und Gewerkschaftsvorsitzender hat immer gesagt, das ist eine wüde G´schicht. Ich glaube, so eine wüde G´schicht war das heute gar nicht. Und das zeichnet uns aber auch aus. Und das ist so. Ich weiß, ich betone es immer wieder, und ich meine es aber wirklich ernst. Natürlich, da geht es um Emotionen. Ich meine, da geht es ja um was. Jeder von uns hat seine Überzeugungen, jeder hat von uns seinen Blickwinkel, wie man glaubt, dass die Stadt sich besser entwickeln kann. Und dass dann in diesem Glauben und Wollen da Argumente aufeinanderprallen, das ist auch richtig und gut so. Ich erlebe das aber trotzdem noch in einem sehr wirklich vernünftigen Rahmen, wie wir das machen. Und ich glaube, dass wir auch durchaus Vorbild sein können hier, wie Politik gestaltet werden kann. Und das meine ich ernst. Das ist wirklich etwas, wo wir gemeinsam stolz drauf sein können. Bei allen Unterschieden, die wir haben und bei allen Zuspitzungen, die wir auch gerne machen, passiert das immer nur auf eine Art und Weise, dass wir uns am Ende des Tages auch in die Augen schauen können. Dass wir dann, glaube ich, auch nach dieser Sitzung heute gemeinsam hoffentlich einen Reiterweckerl essen können und auf ein hoffentlich gutes neues Jahr anstoßen können, und vor allem auch vielleicht noch auf eine nicht ganz so turbulente restliche Adventzeit. In diesem Sinne darf ich noch einmal Danke sagen für die wirklich konstruktive Arbeit das ganze Jahr über. Ich wünsche uns, wie gesagt, und vor allem auch den Beschäftigten im Hause, eine schöne Adventszeit, vor allem eine ruhige Weihnachtszeit und einen guten, unfallfreien Rutsch in ein hoffentlich dann erfolgreiches Jahr 2025. Vielen Dank und ich darf die Sitzung beenden.

ENDE DER SITZUNG UM 17:59 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. Markus Vogl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Martina Kolar-Starzer

Martina Straßer

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Martin Schröder

GR Uwe Pichler